

DIE JAHRE 1989/90 IN DER ERINNERUNGSARBEIT
IN DEUTSCHLAND, NORDOST-, MITTELOST-
UND SÜDOSTEUROPA

ERINNERUNG GESTALTET

ZUKUNFT?

STUDENTISCHE ESSAYS

ERINNERUNG GESTALTET ZUKUNFT?

DIE JAHRE 1989/90 IN DER ERINNERUNGSARBEIT IN DEUTSCHLAND, NORDOST-, MITTELOST- UND SÜDOSTEUROPA

STUDENTISCHE ESSAYS

Impressum

Herausgeber:
Deutschen Gesellschaft e. V.
Mosse Palais
Voßstraße 22
10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 41 21 41
Fax: +49 (0)30 88 41 22 23
E-Mail: dg@deutsche-gesellschaft-ev.de
www.deutsche-gesellschaft-ev.de

Redaktion und Lektorat: Cathleen Reinhardt

Berlin, Februar 2021

Die Beiträge der Autor*innen stellen keine Meinungsäußerung der Deutschen Gesellschaft e. V. und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird an einigen Stellen auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m / w / d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.



Vorwort

„Erinnern“ steht im Allgemeinen in einer Wechselbeziehung zum „Vergessen“ und stellt eine wichtige Funktion des Gedächtnisses dar. Die Annahme, „Vergessen“ helfe, schwere traumatische Erlebnisse zu vergessen, um zu einer „Normalität“ zurückzukehren, ist ein Missverständnis, dass nicht erst gestern aufgedeckt wurde.¹ Programmatisches Vergessen kann nicht zur beabsichtigten Selbstaussöhnung führen – dies betrifft Individuen wie Gesellschaften gleichermaßen.

„Vergangenheitsbewältigung“ wird daher per se von der Frage begleitet, was ein normales (nationales) Identitätsbewusstsein und ein normaler Umgang mit der Vergangenheit ist. Verdrängung bedeutet nur ein kurzweiliges Vergessen und birgt die Gefahr, dass die Wunden umso heftiger wieder aufbrechen und, so Aleida Assmann, „lange Schatten“ auf Gesellschaften werfen.²

Es bedarf der Aufarbeitung, mithin der Auseinandersetzung oder der Versöhnung mit der prägenden meist belastenden Vergangenheit. Ohne die Erinnerung ist Identität und damit eine innere Kohäsion nicht denkbar. Auf gesellschaftlicher Ebene werden spezifische Erinnerungen daher „gepflegt“, so dass Erinnerungskulturen wirken und der Formung einer neuen gesellschaftlichen Selbstidentität dienen können.

Die Jahre 1989/90 gehen in der europäischen Erinnerungskultur mit nachhaltigen Veränderungen einher. Nach den Revolutionen standen die DDR und die ehemaligen kommunistisch regierten Staaten vor gewaltigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen. Der Sturz der kommunistischen Herrschaftssysteme sichert zugleich das Ende des Kalten Krieges.

Dennoch ist der Rückblick auch heute, 30 Jahre später, trotz internationaler Verflechtungen der Geschehnisse, zumeist national geprägt. Die grenzüberschreitende Dynamik, die den Prozess auslöste, weicht entkoppelten Einzelbetrachtungen.

Ein Grund mehr, das historische Geschehen und die Aufarbeitung der kommunistischen Diktaturen im Rahmen des international ausgerichteten Projekts *Herbstakademie – Erinnerung gestaltet Zukunft? Die Jahre 1989/90 in der Erinnerungsarbeit in Deutschland, Nordost-, Mittelost- und Südosteuropa* gemeinschaftlich noch einmal verstärkt in den Blick zu nehmen.

1 Vgl. Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

2 Vgl. Aleida Assmann: *Der lange Schatten der Vergangenheit, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2006.

Welche Relevanz haben die Jahre des Umbruchs und ihre Ereignisse 30 Jahre später für die Öffentlichkeit in den einzelnen Ländern? Welche Rolle spielen staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen in der Erinnerungsarbeit und wie stark bzw. mit welcher Zielsetzung bezieht Erinnerungsarbeit andere Länder, Europa oder die EU mit ein? Ist sie national oder international ausgerichtet und versteht sie sich in einer inklusiven oder exklusiven, versöhnenden oder ausschließenden Rolle?

Im Rahmen der *Herbstakademie* waren junge Studierende aufgerufen, sich mit ihren Forschungsvorhaben zum Thema zu bewerben. Es gingen zahlreiche Beiträge ein. Die besten wurden von einer Jury ausgewählt und erhielten sowohl die Möglichkeit der Teilnahme an der Herbstakademie, als auch die Chance, ihre Beiträge zu veröffentlichen. Die Autor*innen stammen aus Deutschland, Litauen, Lettland, Georgien, Rumänien, Kroatien, Serbien, Tschechien oder wohnen in Polen. Die hier veröffentlichte Publikation enthält 12 ausgewählte Essays mit einer thematischen Vielfalt und unterschiedlichen Zugängen zur Erinnerungsarbeit.

Allen Teilnehmer*innen der *Herbstakademie*, die mit ihren Vorträgen und Diskussionsbeiträgen zum Erfolg der Veranstaltung beigetragen haben, sei herzlich gedankt – ausdrücklich auch all jenen, die ihre Forschungsergebnisse in dieser Publikation einem größeren Interessentenkreis vorstellen.

Ebenso danken wir der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für die Unterstützung dieses wichtigen Projekts.

Berlin, Februar 2021

CATHLEEN REINHARDT



Inhalt

LEA PINTARIĆ	6
13. Mai 1990 – Der Tag, an dem der Fußball den Zerfall Jugoslawiens vorantrieb	
KAROLÍNA BUKOVSKÁ	12
Museum des Kommunismus in Prag: Museum als touristisches Angebot?	
CLAUDIA-MARIA MARUSCHKE	21
Deckname: Besuch bei Freunden	
JENNIFER TEMPFLI	29
Zurück in die Heimat? Beweggründe für eine Remigration Rumäniendeutscher in ihre alte Heimat nach 1990	
SALOME BELKANIA	36
Der Weg Georgiens in die Unabhängigkeit	
ROBERTA BARTKUTĚ	42
Deutschland – die (mögliche) Leiterin kommunistischer Vergangenheitsaufarbeitung	
SIMON ECKERT	48
Deutschland als erinnerungspolitische Miniatur Europas und als Modell für eine europäische Geschichtserzählung?	
ALEKSANDRA PURE	55
Die Romantisierung der lettischen Autonomiebewegung zwischen 1986 und 1991 im gegenwärtigen Feier- und Gedenktagskalender	
ALEXANDRA JELITTE	63
Königsberg/Kaliningrad – von der östlichsten deutschen zur westlichsten russischen Region. Politische und wirtschaftliche Umbrüche in der Exklave bis 1996	
TATJANA SCHMALZ	69
Alte Wunden – offene Rechnungen?	
CHARLOTTE MELLENTIN	76
Vergangenheitsbewältigung mit Humor? Das tschechische Brettspiel „Soudruhu, nezlob se!“	
SABINE VOLK	83
Erinnerung von Rechtsaußen? Wie und warum die rechtspopulistische PEGIDA die Symbole der Friedlichen Revolution mobilisiert	

13. Mai 1990 – Der Tag, an dem ein Fußballspiel den Zerfall Jugoslawiens vorantrieb

Das Jahr 1990 ist von zahlreichen politischen Neuerungen in Europa geprägt: Deutschland wird wiedervereint, die Baltischen Staaten erklären ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion und das Schengener Durchführungsübereinkommen (Schengen II) wird von den Benelux-Staaten sowie Deutschland und Frankreich unterzeichnet. Wie es scheint, steht einer weiteren Bündnisstärkung Europas nichts im Weg.

Doch der 13. Mai 1990 geht als Tag in die Geschichte ein, an dem die Sicherheit und Einigkeit Europas noch einmal in Gefahr kommt – mit einem Fußballspiel im Stadion Maksimir in Zagreb, Kroatien. An diesem Tag sollten die beiden besten Mannschaften Jugoslawiens, FC Dinamo Zagreb und FC Roter Stern Belgrad, aufeinandertreffen. Doch statt eines sportlichen neunzigminütigen Spiels bricht eine zweistündige Schlägerei zwischen kroatischen und serbischen Fußballfans aus, gefolgt von rechtspopulistischem Hassgeschrei und einem gewalttätigen Polizeieinsatz. Dieses Fußballspiel wird als ein einschneidendes Ereignis in die Geschichte Jugoslawiens eingehen, da an diesem Tag symbolisch die fünfjährigen Balkankriege begannen, die später zum endgültigen Zerfall des Vielvölkerstaates Jugoslawien führten. Noch heute erinnern Gedenktafeln, Graffitis und andere Objekte an den Tag, an dem aus einem Fußballspiel, das ein sozialistisches Land vereinigen sollte, ein Krieg ausbrach und die Landkarte Europas komplett veränderte.

Das Ziel dieses Beitrags ist es, zu erläutern, welche Relevanz ein einziges Fußballspiel im Jahr 1990 und die damit verbundenen Ereignisse gegenwärtig sowohl für die Nachfolgestaaten Jugoslawiens als auch für Europa haben, wie stark und mit welchem Ziel in Politik, Gesellschaft und Medien daran erinnert wird und was die nachfolgenden Generationen aus diesem Ereignis lernen können.

Die Bedeutung von Fußball im sozialistischen Jugoslawien

In den 1980er-Jahren war Jugoslawien noch ein sozialistischer Staat, in dem es offiziell nicht wirklich geduldet war, nationalistische Positionen zu vertreten.¹ Auch im Fußballstadion hatte der Nationalismus keinen Platz. Während Fußballfans im Jahr 1980, unmittelbar nach dem Tod des jugoslawischen Präsidenten Tito, bei einem Fußballspiel in Split zwischen Hajduk und Crvena zvezda, einstimmig den Spruch „Genosse Tito, wir schwören Dir, wir werden von Deinem Weg nicht

¹ Vgl. Ronny Blaschke: Kriegsspiele auf dem Balkan: Wie der Fußball den Zerfall Jugoslawiens beschleunigte, online abrufbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/kriegsspiele-auf-dem-balkan-wie-der-fussball-den-zerfall.966.de.html?dram:article_id=476361 (Stand: 13.10.2020).

abweichen“² sangen, sieht man elf Jahre später im Maksimir-Fußballstadion, gerade vor dem Spiel Dinamo gegen Roter Stern, ein komplett anderes Bild, nämlich einen heftigen, nationalistisch gefärbten Aufstand gegen das damalige Regime, das heißt, einen Aufstand, der teilweise als Anfang der Balkankriege mythologisiert wird.³ Die Wichtigkeit und der Einfluss von Fußball im ehemaligen Jugoslawien wird in der folgenden Aussage von Ronny Blaschke auf den Punkt gebracht: „Innerhalb dieser elf Jahre ist aus dem Fußball, der ein sozialistisches Land einen soll, ein Sport geworden, der viele Ethnien in der Region trennt“.⁴ Seitdem wird der Nationalismus im Fußballstadion allgegenwärtig.⁵ Nur wenige Wochen nach den ersten Mehrparteienwahlen in Kroatien, die überwiegend von Parteien gewonnen wurden, die sich für die Unabhängigkeit Kroatiens einsetzten, sollte sich das Fußballspiel abspielen, das in die Geschichte als der „Vorbote des ‚wahrhaft echten Kriegs‘“⁶ eingeht.

Das Fußballspiel, das nie gespielt wurde

Am 13. Mai 1990 sollte sich das Fußballspiel zwischen dem Zagreber Fußballclub Dinamo und dem Belgrader Fußballclub Crvena zvezda abspielen, doch statt einem Fußballspektakel entwickelte sich eine hasserfüllte Schlägerei zwischen den Fans. Laut Augenzeugen war die Stimmung im Maksimir-Stadion von Anfang an aufgeheizt. Von der südlichen Tribüne tönnten serbische nationalistische Lieder, während kroatische Fußballfans ihre eigenen nationalistischen Lieder sangen.⁷ Nach Hassgesängen kam es zur mutwilligen Zerstörung von Sitzplätzen und Werbetafeln und anschließend zu schweren Ausschreitungen zwischen den Fans. Jedoch folgte der Höhepunkt dieser Ausschreitungen, als die Fangruppen auch die Schutzzäune umstürzten und ins Fußballfeld einbrachen. Erst dann ist die Polizei eingeschritten. In all der Hektik und Schlägerei, zwischen der Polizei und den Fußballfans, stürzten Spieler der Nationalmannschaften, bis auf einen, in die Kabine. Der damals 21-jährige Kapitän von Dinamo Zagreb, Zvonimir Boban, trat stattdessen einen Polizisten, der gerade auf einen Fan losgegangen war. Diese Szene wurde von Dritten gefilmt, ging um die ganze Welt und wurde von den Medien als Sinnbild für den Aufstand gegen das verhasste Regime, als der symbolischer Anfang der Balkankriege, verbunden mit dem Zerfall Jugoslawiens bezeichnet.⁸ Schließlich wurde die Schlägerei mit dem Einsatz von Wasserwerfern aufgelöst. Obwohl sich die Unruhen auch auf den Straßen von Zagreb fortsetzten, beschränkten sich die Unruhen zunächst nur auf die Fußballfans und andere Leute schlossen sich diesen Ausschreitungen nicht an. Laut Prof. Žarko

2 Ebd.

3 Vgl. ebd.

4 Ebd.

5 Vgl. ebd.

6 Žarko Radulović: Krieg der Tribünen, online abrufbar unter: <http://legacy.ballesterer.at/heft/thema/krieg-der-tribuenen.html> (Stand: 18.10.2020).

7 Tatjana Mautner: Više od igre: Dinamo – Crvena Zvezda [Mehr als ein Spiel: Dinamo – Crvena Zvezda], online abrufbar unter: <https://www.dw.com/bs/vi%C5%A1e-od-igre-dinamo-crvena-zvezda/a-5568624-0> (Stand: 15.10.2020).

8 Vgl. Žarko Radulović: Krieg der Tribünen.

Puhovski, einem kroatischen Philosophen und Politologen, waren alle Ereignisse, die mit diesem Fußballspiel zu tun hatten, „eine Reihe von Zufällen, die aufgrund des Kontexts eine andere Bedeutung hatten. [...] Sicherlich war das nicht der Anfang des Krieges, sondern nur eines der Vorfälle, die symbolisch nach dem Anfang des Kriegs als Anfang dieses Kriegs interpretiert wurden.“⁹

Aufarbeitung des Fußballspiels in den Medien

Die Ausschreitungen im Maksimir-Stadion waren tagelang das heikelste Thema in Politik, Gesellschaft und Medien. „Differenzierungen gab es kaum: Während in Kroatien die Schuld einzig bei den serbischen Fans gesehen wurde, machte Belgrad die *Bad Blue Boys* verantwortlich.“¹⁰

Außerdem wurde in kroatischen Medien der Fußtritt des Kapitäns von *Dinamo Zagreb* zum Symbol für den Aufstand gegen das verhasste Belgrader Regime, obwohl der von Boban angegriffene Polizeibeamte eigentlich Kroatie war.¹¹ „Der historische Angriff von Zvonimir Boban auf den Polizisten hat den Weg gezeigt, den Jugoslawien gehen wird“, meinte der spätere kroatische Teamchef Zlatko Kranjčar in einer späteren Dokumentarserie unter dem Namen „Fußball, Fußball und noch Einiges“¹², die die Ereignisse vor, während und nach diesem historischen Fußballspiel dokumentierte.

Weiterhin wurde der Polizeieinsatz in den Medien differenziert gedeutet. „Laut den kroatischen Medien wollte die Polizei die Fans aber zunächst nicht trennen und wurde selbst direkt in die Auseinandersetzungen hineingezogen“.¹³ Von dem US-amerikanischen Fernsehsender CNN wurde dieses Fußballspiel als eines der Fußballspiele genannt, die die Welt veränderten.¹⁴

Erinnerung an das Fußballspiel heute

In Serbien wird eher selten an das Fußballspiel vom 13. Mai 1990 erinnert. Jedoch stößt man laut dem Publizisten und ehemaligen Belgrad-Korrespondenten Krsto Lazarević in der serbischen Hauptstadt Belgrad noch heute auf Erinnerungen aus dieser Zeit. Man findet Graffitis und Aufkleber von Fußballfans, die verummte und kampfbereite Männer und nationalistische Motive zeigen, aber eigentlich nicht direkt mit dem Fußballspiel vom 13. Mai 1990 zu tun haben. Auch befindet sich in der Nähe des heimischen Fußballstadions von *FC Roter Stern* eine Gedenktafel, den Opfern der Jugoslawienkriege gewidmet und ein Panzer, der 1991 durch Vukovar gefahren ist.¹⁵

9 Žarko Puhovski, zitiert nach: Tatjana Mautner: *Više od igre: Dinamo – Crvena Zvezda* [Mehr als ein Spiel: Dinamo – Crvena Zvezda] (Übersetzung L. P.).

10 Žarko Radulović: *Krieg der Tribünen*.

11 Vgl. ebd.

12 Im Original: *Fudbal, nogomet i još po nešto* (Übersetzung Ž. R.).

13 Žarko Radulović: *Krieg der Tribünen*.

14 Vgl. *Večernji list*: *Susret Dinama i Zvezde u Maksimiru promijenio svijet*, online abrufbar unter: <https://www.vecernji.hr/sport/susret-dinama-i-zvezde-u-maksimiru-promijenio-svijet-237806> (Stand: 16.10.2020).

15 Vgl. Ronny Blaschke: *Kriegsspiele auf dem Balkan*.

In Kroatien wird diesem historischen Fußballspiel mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Am Maksimir-Stadion, dem Ort des damaligen Geschehens, erinnert eine Gedenktafel an das Spiel zwischen FC Dinamo Zagreb und FC Roter Stern Belgrad. Weiterhin glorifiziert eine große Wandmalerei in Zagreb den oben beschriebenen Tritt des kroatischen Kapitäns Zvonimir Boban gegen den Polizisten. Der kroatische Journalist und Blogger Juraj Vrdoljak berichtet Blasphemie, dass dort jedes Jahr im Mai die alten Heldengeschichten erzählt werden und dass der Krieg im „Maksimir“ begonnen habe: „Schon ab den 80er-Jahren haben Fans von Dinamo Zagreb den kroatischen Nationalismus in die Stadien getragen. Einige Politiker sagen heute, sie seien dabei gewesen. 1990 stand Kroatien dann kurz vor der Unabhängigkeit von Jugoslawien. So entwickelte sich das Spiel im Nachhinein zu einem nationalistischen Mythos.“¹⁶ In vielen Augen stärke, so Vrdoljak, gerade der Sport die Identifikation mit dem jungen Staat Kroatien.¹⁷ Das bestätigt auch die Tatsache, dass neben der schon früher erwähnten Dokumentarserie unter dem Namen „Fußball, Fußball und noch Einiges“¹⁸ noch zwei weitere Verfilmungen der mit diesem Fußballspiel verbundenen Ereignisse gedreht wurden, nämlich „Roter Staub“ aus dem Jahr 1999 und „ZG80“ aus dem Jahr 2016.¹⁹

Die Nachwirkungen des Fußballspiels auf die Ex-Yu-Länder und Europa

Bei dem Spiel wurden 79 Polizisten und 59 Zuschauer verletzt. Der Kapitän, Zvonimir Boban, der einen Polizisten trat, wurde vom jugoslawischen Fußballverband für sechs Monate suspendiert und angeklagt, weshalb er neun Monate lang nicht spielen durfte und schließlich an der Fußball-Weltmeisterschaft in Italien nicht teilnehmen durfte.

Für viele waren die Ereignisse auf dem Fußballfeld der Auslöser für den Ausbruch des „wahrhaft echten Kriegs“.²⁰ Laut Darko Pančev, dem mazedonischen Goalgetter im Dienste von Roter Stern, war alles politisch montiert: „Bei diesem Spiel hat praktisch der Zerfall des Systems begonnen, der Zerfall Jugoslawiens.“²¹ Auch der ehemalige Zvezda-Präsident Dragan Džajić hat bis zu diesem Spiel nicht geglaubt, dass es zum Zerfall Jugoslawiens kommt, aber danach wurde klar, welchen Weg das alles nehmen wird.²² Auch in diesem Krieg „waren die Fans in den vordersten Reihen zu finden. Sie waren unter den ersten Freiwilligen, die sich für die ‚Verteidigung‘ ihres Landes und Volkes meldeten und sie zogen oftmals mit den Wappen und anderen Symbolen ihrer Vereine ‚bewaffnet‘ an die Front.“²³ Eine große Überraschung sei das nicht, meint Radulović:

16 Juraj Vrdoljak, zitiert nach: ebd.

17 Vgl. ebd.

18 Žarko Radulović: Krieg der Tribünen. Im Original: Fudbal, nogomet i još po nešto (Übersetzung Ž. R.).

19 (Übersetzung L. P.)

20 Žarko Radulović: Krieg der Tribünen.

21 Darko Pančev, zitiert nach: ebd.

22 Vgl. Dragan Džajić, zitiert nach: ebd.

23 Ebd.

„Schon viel früher hatte sich in Jugoslawien abgezeichnet, dass Fans nicht nur des Sports wegen in die Stadien strömen. [...] Die Fangruppen mutierten zu nationalistischen Bewegungen. Die Stadien dienten als politische Bühnen und wurden zu Objekten für die Durchsetzung politischer und nationaler Forderungen.“²⁴

„Ähnlich wie im Stadion eine Konfliktlinie zwischen kroatischen und serbischen Fußballfans verläuft, kommt es zu weiteren Konflikten auf gesellschaftlicher und politischer Ebenen. Ein fünfjähriger Krieg bricht aus, gefolgt von großen wirtschaftlichen Problemen und rechtsextremistischem Nationalismus, mit denen in den ehemaligen Ex-Yu-Ländern noch heute gekämpft wird. Ludwig Steindorff fasst die Situation am Beispiel Kroatiens folgendermaßen zusammen:

Ähnlich wie in anderen postsozialistischen Ländern ist die gegenwärtige Gesellschaft in Kroatien geradezu gespalten in der Frage, wie die Ära des Sozialismus in der eigenen Geschichte zu verorten ist. Für die einen war das Regime wegen seiner Gewalttaten bei Kriegsende und wegen seiner ideologischen Intoleranz von Anfang an ein historischer Irrweg trotz aller späteren Milderung. Die anderen verbinden mit der Zeit den Sieg über den Faschismus, die Schaffung Kroatiens in seinen gegenwärtigen Grenzen, Aufbauleistungen und den sozialen Aufstieg der eigenen Familie.“²⁵

Während für die meisten Bürgerinnen und Bürger Kroatiens ihr Land zu einem Land der offenen Grenzen und weitgehend problemlosen Beziehungen zu seinen Nachbarn geworden ist, besonders nach dem Beitritt in die EU, kämpfen andere heute noch mit der Erinnerung an vergangene Zeiten.²⁶ Bei Fußballfans zeichnet sich dieser Kampf durch mutwillige, nationalistisch orientierte Ausschreitungen aus, meist unter dem Vorwand, für ihren Fußballclub und ihr Land zu kämpfen. Die Szene der Fußballfans ist „wie eine Armee, es gibt Anführer und Soldaten. [...] Das sind meist rechtsradikale Leute, die schnell Tausende Männer für die Straße mobilisieren können.“²⁷ Außerdem sei der Fußball für diese Leute auch ein Sinnbild für Korruption und Machtmissbrauch in der Politik.²⁸

In serbischen und kroatischen Fußballstadien ist der Nationalismus bis zum heutigen Tage allgegenwärtig. Jedoch basieren laut Puhovski gewalttätige Ausschreitungen der Fußballfans eher auf der sozialen als auf der politischen Ebene.²⁹ Welcher Grund auch dahinter steckt, das aggressive, zerstörerische und nationalistisch orientierte Verhalten der Hooligans ist und bleibt unerwünscht in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und auch in der Fußballszene.³⁰

24 Ebd.

25 Ludwig Steindorff: Ein kurzer Gang durch die Geschichte Kroatiens, online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/apuz/158166/ein-kurzer-gang-durch-die-geschichte?p=all> (Stand: 26.10.2020).

26 Vgl. ebd.

27 Ronny Blaschke: Kriegsspiele auf dem Balkan.

28 Vgl. ebd.

29 Vgl. ebd.

30 Vgl. Tatjana Mautner: Više od igre: Dinamo – Crvena Zvezda [Mehr als ein Spiel: Dinamo – Crvena Zvezda] (Übersetzung L. P.).

Fazit

Der 13. Mai 1990 und das nie gespielte Fußballspiel zwischen FC Dinamo Zagreb und FC Crvena zvezda geht in die Geschichte ein als der Tag, an dem mehrjährige politische und gesellschaftliche Spannungen ihren Höhepunkt erreichten, die letztendlich zu einem fünfjährigen Krieg zwischen den Ex-Yu-Ländern führten. Im Zusammenhang mit diesem Tag treten noch viele Fragen auf. Was wäre gewesen, wenn das Fußballspiel planmäßig hätte stattgefunden? Würde Jugoslawien als gemeinsamer Vielvölkerstaat noch heute existieren oder nicht? Anders gefragt, könnten sich die Nachfolgestaaten Jugoslawiens im 21. Jahrhundert wiedervereinigen und wie würde das heutige Jugoslawien aussehen? Allerdings wäre ein neuer sozialistischer Staat zwischen den Ex-Yu-Ländern kaum vorstellbar, doch frühere Ereignisse sollten gutnachbarlichen Beziehungen sowohl zwischen Serbien und Kroatien, als auch zwischen den anderen Nachfolgeländern des ehemaligen Jugoslawiens nicht im Wege stehen. Schließlich sind Kroatien und Slowenien heute Teil einer neuen Union, nämlich der Europäischen Union, während Serbien, Nord-Mazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und andere Länder des Westbalkans Beitrittskandidaten für die Erweiterung der Europäischen Union sind.³¹ Man kann weder vor seinen Nachbarn noch vor den Konsequenzen unserer vergangenen Handlungen davon laufen. Jedoch heißt das nicht, dass man keine guten Verhältnisse wieder aufbauen kann. So wie kontinuierliches Lernen zu Wissen führt, ist Erinnerung die Grundlage unseres Verhaltens in der Zukunft. Übertragen auf das Thema dieses Beitrags: Das Fußballspiel zwischen Dinamo Zagreb und Crvena zvezda wurde zwar nie gespielt, doch dieser Tag und seine Konsequenzen bleiben bis heute in Erinnerung, als der Tag, an dem der Frieden in Europa noch einmal gebrochen wurde. Damit aus dem Fußball ein Sport wird, der Leute und Länder auch aus den Ex-Yu-Ländern verbindet und nicht entfremdet, stehen die Abschaffung des Nationalismus und der Gewalt aus den Fußballstadien noch aus.

Lea Pintarić, geb. 1993 in Zagreb, Kroatien, Studium der Anglistik und Germanistik an der Philosophischen Fakultät in Zagreb, Bachelorstudium Anglistik und Germanistik an der Philosophischen Fakultät in Zagreb, Masterstudium Anglistik und Germanistik auf Lehramt an der Philosophischen Fakultät in Zagreb, Auslandsaufenthalt an der Freien Universität in Berlin im Rahmen eines Sommersprachkurses 2017 als DAAD Stipendiatin.

³¹ Vgl. Bernd Riegert: EU will den Westbalkan bei Laune halten, online abrufbar unter: <https://www.dw.com/de/eu-will-den-westbalkan-bei-laune-halten/a-53337178> (Stand: 29.10.2020).

Museum des Kommunismus in Prag: Nur ein touristisches Angebot?

Einleitung

Ich sitze im Zug Eurocity 179 Berliner und begeben mich in meine Heimatstadt Prag. Das Abteil teile ich mit zwei jungen Frauen, die anscheinend aus Großbritannien kommen. „Look, there is a Museum of Communism!“ Die beiden Backpackerinnen haben auf ihren Handys die Touristikwebseite *Tripadvisor* aufgerufen und bereiten sich langsam auf ihren Aufenthalt in der tschechischen Hauptstadt vor. Ich kann ihre Konversation nicht überhören: „We should definitely go there, it looks interesting!“ Es ist wohl möglich, dass ich meinen Mitreisenden erneut begegnen werde: Auch für mich steht das *Museum des Kommunismus* auf dem Programm.

Mein Museumsbesuch wird allerdings einem ganz anderen Zweck dienen: Ich möchte herausfinden, warum eine an Museen interessierte Geschichtsstudentin aus Prag nie auf die Idee gekommen ist, das zentral gelegene private Museum zu besuchen. Wie ist es möglich, dass ich bis jetzt das einzige Museum in heutiger Tschechischer Republik, das ausschließlich der Periode der Diktatur der *Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ)* gewidmet ist, einfach ignoriert habe?



© KAROLÍNA BUKOVSKÁ

Die Besucher*innen des Museums des Kommunismus empfängt am Eingang die Statue von Karl Marx.

Die Episode aus dem Zug veranschaulicht, was die Statistiken¹ sowie die Äußerungen der Museumsleitung² bestätigen: Das *Museum des Kommunismus* wird hauptsächlich von ausländischen Tourist*innen aufgesucht. In der folgenden Auseinandersetzung mit seiner aktuellen Dauerausstellung stelle ich mir daher die Frage, inwiefern dieses Museum ein kommerzielles Angebot für internationale Besucher*innen von Prag darstellt und wie die Ausstellung samt ihren Inhalten diesem Zweck angepasst sind.

Museum als Unternehmen

Im November 2020 feierte Tschechien den 31. Jahrestag der *Samtenen Revolution*. Bereits das runde Jubiläum im Vorjahr bot eine Gelegenheit dazu, Bilanz über den Stand der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit zu ziehen.³ Angesichts der musealen Repräsentation des Zeitraums zwischen 1948 und 1989 ließ sich feststellen: Die bestehenden öffentlichen Museen und Gedenkstätten konnten keine gesamtgesellschaftliche Relevanz gewinnen und beleuchten meist nur die repressiven Seiten des kommunistischen Regimes.⁴ Die kommunistische Ära wird in den tschechischen Museen vorwiegend im Rahmen von Wechselausstellungen thematisiert.⁵ Diese sind entweder mit den bedeutenden Jahrestagen verknüpft,⁶ oder behandeln den Alltag unter der Diktatur der KSČ.⁷ Die einzige Institution, die der gesamten Periode sowie den unterschiedlichen Aspekten des kommunistischen Alltags gewidmet ist, stellt das private *Museum des Kommunismus* in Prag dar.

Das *Museum des Kommunismus* wurde 2001 von einem US-amerikanischen Unternehmer gegründet. Glenn Spicker (*1965) kam Mitte der 1980er Jahre nach Europa und studierte zuerst in England und später in der Bundesrepublik internationale Beziehungen.⁸ Nach dem Fall der kommunistischen Regime in Mitteleuropa siedelte er in die tschechische Hauptstadt um.⁹ In den „wildem Osten“

1 s. Návštěvnost muzeí a galerií v krajích ČR, online abrufbar unter: https://statistikakultury.cz/wp-content/uploads/2019/05/N%C3%A1v%C5%A1t%C4%Bvnost_MUZEJA2018.pdf (Stand: 30.05.2020).

2 Vgl. Václav Müller: Sen, noční múra a realita. To je Muzeum komunismu v centru Prahy, online abrufbar unter: <https://dabpraha.rozhlas.cz/sen-nocni-mura-a-realita-je-muzeum-komunismu-v-centru-prahy-8148483> (Stand: 19.05.2020).

3 Vgl. Dobře už bylo. Za komunistů, myslí si více než třetina lidí starších 40 let, online abrufbar unter: <https://ct24.ceskatelevize.cz/domaci/2956412-dobre-uz-bylo-za-komunistu-mysli-si-vice-nez-tretina-lidi-starsich-40-let> (Stand: 13.03.2020).

4 Vgl. Jakub Jareš, Proč nemáme muzeum komunismu, online abrufbar unter: <http://veznice.uh.cz/doc/101/> (Stand: 13.03.2020).

5 Vgl. Jakub Jareš / Čeněk Pýcha / Václav Sixta (Hg.): Jak vystavujeme soudobé dějiny. Muzeum v diskuzi, Praha 2020, S. 38.

6 Vgl. Sametová revoluce: Říká se jí sametová - Národní muzeum, online abrufbar unter: <https://www.nm.cz/virtualne-do-muzea/sametova-revoluce-rika-se-ji-sametova> (Stand: 25.11.2020).

7 Vgl. Stálá expozice – Retromuseum Cheb, online abrufbar unter: <http://www.retromuseum.cz/stala-expozice-667> (Stand: 14.03.2020).

8 Vgl. Miroslav Krupička: Glenn Spicker: The American who brought bagels to the Czech Republic, online abrufbar unter: <https://www.radio.cz/en/section/panorama/glenn-spicker-the-american-who-brought-bagels-to-the-czech-republic> (Stand: 13.03.2020).

9 Vgl. Daniela Lazarová: Museum of Communism offers foreign visitors a glimpse of life behind the Iron Curtain, online abrufbar unter: <https://www.radio.cz/en/section/special/museum-of-communism-offers-foreign-visitors-a-glimpse-of-life-behind-the-iron-curtain> (Stand: 13.03.2020).

zog ihn seine Sehnsucht, etwas Neues zu entdecken.¹⁰ Der junge Abenteurer nutzte schließlich die Chancen des erwachenden Kapitalismus und gründete in Prag mehrere Restaurants und einen Jazzclub.¹¹ Mit der Zeit wurde ihm diese Branche aber zu anstrengend und der erfolgreiche Unternehmer gab sich auf die Suche nach einer neuen Marktlücke.¹²

„Woran es in Prag mangelt?“ fragte sich Glenn Spicker Anfang der 2000er Jahre.¹³ Der US-Amerikaner, der an „Politik und Geschichte der [osteuropäischen] Region“ sehr interessiert war und der in seiner Freizeit unterschiedlichste Erinnerungsstücke aus der kommunistischen Ära sammelte,¹⁴ gewann den Eindruck, die jüngste Vergangenheit würde im post-kommunistischen Tschechien zu wenig diskutiert und teilweise verdrängt.¹⁵ Deswegen kam er auf die „tolle Idee“, in Prag ein Museum des Kommunismus zu gründen.¹⁶ Die steigende Zahl von ausländischen Tourist*innen und die Tatsache, dass in Tschechien zu der Zeit kein ähnliches Museum existierte, lieferten gute Voraussetzungen für seinen neuen Businessplan.¹⁷

Das „kommunistische Kuriositätenkabinett“ über dem McDonald’s

Die Eröffnung des ersten tschechischen Museum des Kommunismus fand am 20. Dezember 2001 statt.¹⁸ Es wurde im Palais Savarin untergebracht – einem Barockbau aus dem 18. Jahrhundert, der sich auf der Shopping-Meile Am Graben in direkter Nachbarschaft zu einem Kasino und einer Filiale der Fast-Food-Kette McDonald’s befand.¹⁹ Die erste Dauerausstellung basierte auf der eigenen Sammlung von Glenn Spicker. In den engen Räumen des historischen Palais wurden an die 1000 Exponate zusammengedrängt.²⁰ Ausgestellt waren beispielsweise ein Pflug aus einem kollektivierten Bauernhof, Maschinengewehre der Grenzpolizei, anti-amerikanische Propagandaplakate, Schutzanzüge

10 Vgl. Jan Richter: Pražský Američan prorazil s mexickou kuchyní. Podíl v jeho Burrito Loco koupil majitel Leo Expressu, online abrufbar unter: <https://ekonom.ihned.cz/c1-65911760-prazsky-american-ktery-prorazil-s-mexickou-kuchyni> (Stand: 13.03.2020). (Übersetzung K.B.)

11 Vgl. Miroslav Krupička: Glenn Spicker, : The American who brought bagels to the Czech Republic, online abrufbar unter: <https://www.radio.cz/en/section/panorama/glenn-spicker-the-american-who-brought-bagels-to-the-czech-republic> (Stand: 13.03.2020).

12 Vgl. ebd.

13 Vgl. Miroslav Krupička: Glenn Spicker: The American who brought bagels to the Czech Republic, online abrufbar unter: <https://www.radio.cz/en/section/panorama/glenn-spicker-the-american-who-brought-bagels-to-the-czech-republic> (Stand: 13.03.2020). (Übersetzung K.B.)

14 Vgl. ebd. (Übersetzung K.B.)

15 Vgl. Inside Museum of Communism – YouTube, online abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=liaxYVi-UJA> (Stand: 13.03.2020).

16 Vgl. Miroslav Krupička: Glenn Spicker: The American who brought bagels to the Czech Republic, online abrufbar unter: <https://www.radio.cz/en/section/panorama/glenn-spicker-the-american-who-brought-bagels-to-the-czech-republic> (Stand: 13.03.2020). (Übersetzung K.B.)

17 Vgl. ebd.

18 Ebd.

19 Vgl. Kate Connolly: Red revival – World news – The Guardian, online abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2002/mar/06/worlddispatch.education> (Stand: 13.03.2020).

20 Vgl. Tribute barren shops, online abrufbar unter: <https://www.newsweek.com/tribute-barren-shops-148005> (Stand: 13.03.2020).

für den Fall eines nuklearen Krieges oder Statuen von Lenin und Karl Marx.²¹ Einen Teil der Ausstellung bildeten (außer erklärenden Texten über die Geschichte des Kommunismus in der Tschechoslowakei) auch räumliche Inszenierungen, etwa ein Verhörzimmer der Staatssicherheit, ein Klassenzimmer dekoriert mit einer sowjetischen und einer tschechoslowakischen Flagge oder ein halb leeres Geschäft mit zwei Sorten von Dosenessen.²²

Anhand dieser Schau versuchte das Museum, das wirkliche Leben in der kommunistisch regierten Tschechoslowakei zu rekonstruieren.²³ Die Foto- und Videoaufnahmen²⁴ aus der ersten Dauerausstellung vermitteln allerdings den Eindruck, dass die vermeintliche Rekonstruktion des Alltags unter dem Regime der KSČ eher einem „kommunistischen Kuriositätenkabinett“ ähnelte.²⁵ Der Standort auf der zentralen Einkaufsstraße zusammen mit dem relativ hohen Eintrittspreis verstärkten gleichzeitig den kommerziellen Charakter des privaten Museums. Spickers Unternehmensprojekt stand daher als Begleiterscheinung für die Kommerzialisierung der tschechischen Museumslandschaft am Anfang des neuen Jahrtausends.²⁶

Ein Jahr nach der Eröffnung empfing die Ausstellung durchschnittlich 100 Besucher*innen täglich und gehörte damit zu einem der meist besuchten Museen in Prag.²⁷ Trotz Spickers ursprünglichem Wunsch, ein Museum zu gründen, das „von und für Tschech*innen gemacht wird“,²⁸ besuchten das zentral gelegene Museum vorwiegend Tourist*innen aus dem Ausland.²⁹ Dies mochte einerseits an der öffentlichen Kommunikation des Museums liegen: Die Einheimischen fühlten sich von Flyern mit dem Bildnis vom sowjetischen Diktator Stalin oder Plakaten mit dem Maskottchen der Olympischen Spiele in Moskau 1980 nicht angesprochen, da sie diese Symbole nicht unbedingt mit „ihrem“ Kommunismus assoziierten. Eine weitere plausible Erklärung für das niedrige Interesse von Einheimischen am *Museum des Kommunismus* lieferten selbst die Tschech*innen aus Spickers Freundeskreis. Auf sein Vorhaben reagierten sie mit dem Verweis darauf, dass sie doch im Kommunis-

21 Vgl. ebd.

22 Vgl. ebd.

23 Vgl. Kate Connolly: Red revival – World news – The Guardian, online abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2002/mar/06/worlddispatch.education> (Stand: 13.03.2020).

24 S. Tour of communist museum in Prague on July 2017 – YouTube, online abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=QOSmD-ZuGCc> (Stand: 13.03.2020).

25 Vgl. Jakub Jareš: Proč nemáme muzeum komunismu, online abrufbar unter: <http://veznice.uh.cz/doc/101/> (Stand: 13.03.2020). (Übersetzung K.B.)

26 Vgl. Jakub Jareš: Český „komunismus“ v muzeu. Mapování muzejní krajiny a konstitutivní faktory pro její formování, in: Luba Hédlová/Radka Šustrová (Hg.): Česká paměť. Národ, dějiny a místa paměti, Praha 2014, S. 367.

27 Vgl. Tracy Burns: Communism in display cases: Interview with the owner of Prague's Museum of Communism, online abrufbar unter: <https://www.radio.cz/en/section/cultura/communism-in-display-cases-interview-with-the-owner-of-pragues-museum-of-communism> (Stand: 13.03.2020).

28 Inside Museum of Communism – YouTube, online abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=liaxYVi-UlA> (Stand: 13.03.2020). (Übersetzung K.B.)

29 Vgl. Kate Connolly: Red revival – World news – The Guardian, online abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2002/mar/06/worlddispatch.education> (Stand: 13.03.2020).

mus aufgewachsen seien und sich daher in keinem Museum darüber zu informieren brauchen.³⁰ Damit blieb das *Museum des Kommunismus* für 15 Jahre lang ein wichtiger Bestandteil des touristischen Verkehrs in Prag. Im Sommer 2017 verließ das private Museumsprojekt die Räume des Savarin-Palais und zog entlang der Einkaufsmeile auf den Platz *der Republik* um. Die etwa veraltete Dauerausstellung sollte nach dem Umzug „verbessert, vergrößert und modernisiert werden.“³¹

Traum – Albtraum – Realität im neuen Gewand

Mit dem neuen Standort hat sich die Dauerausstellung tatsächlich deutlich verändert. Ihre Gestaltung mit Ausstellungstafeln, Vitrinen, Medienstationen und ausgewählten Inszenierungen entspricht einer gängigen Darstellungsweise in zeitgenössischen Museen.³² Trotz der wesentlichen Erweiterung wird in der neuen Schau nur eine kleine Auswahl aus Spickers privaten Beständen präsentiert. Die ausgestellten Exponate dienen als Illustration von insgesamt 62 Ausstellungstexten, die den Gang durch das Museum bestimmen. Die Texte erzählen chronologisch die Geschichte der Tschechoslowakei seit ihrer Gründung bis zum Fall des kommunistischen Regimes (1918-1989).

Die Entwicklung des tschechoslowakischen Kommunismus ist dabei genauso wie in der alten Dauerausstellung als eine „Tragödie in drei Akten“ Traum – Albtraum – Realität inszeniert³³. Der erste Teil beschreibt die Anfänge der kommunistischen Bewegung in der Welt und in der Tschechoslowakei. Der Teil Realität behandelt einerseits den kommunistischen Putsch im Februar 1948 und die darauf folgende Festigung der Macht, andererseits, anhand der Themen wie Wohnen, Freizeit und Kultur, den Alltag unter dem kommunistischen Regime. Der Abschnitt Albtraum befasst sich mit den 1950er Jahren, also mit der Periode, die durch die Verfolgung politischer Gegner, ihre Schauprozesse und die Errichtung von Zwangsarbeitslagern gekennzeichnet war. Die Atmosphäre eines Albtraums evozieren dabei düstere Räume mit schwarzen Wänden, die im deutlichen Kontrast zum hellen und mit weißen oder roten Wänden ausgestatteten Rest der Ausstellung stehen. Dieser Abschnitt endet mit einem kleinen Gedenkraum mit Zahlen und Namen der Opfer des kommunistischen Regimes. Der allerletzte Abschnitt der Dauerausstellung wird wieder in hellen Räumen präsentiert. Behandelt werden hier die Goldenen 1960er Jahre, der Prager Frühling und seine Beendigung durch die Truppen des Warschauer Paktes im August 1968, die Ära der Normalisierung der 1970er und 1980er Jahre, die Dissidentenbewegung und schließlich auch der Fall des kommunistischen Regimes im November 1989. Als gewisser Epilog dient ein kleiner Ausstellungsraum direkt vor dem Ausgang, der dem Dissidenten und dem ersten nicht-kommunistischen Präsidenten Václav Havel gewidmet ist. Damit ist die Schau im umgezogenen Museum des Kommunismus beendet.

30 Vgl. Suchi Rudra: Interview: Glenn Spicker – Prague, Czech Republic, online abrufbar unter: <https://news.expats.cz/interviews/glenn-spicker-interview/> (Stand: 13.03.2020).

31 Vgl. Miroslav Krupička / Glenn Spicker: The American, Who Brought Bagels to the Czech Republic, online abrufbar unter: <https://www.radio.cz/en/section/panorama/glenn-spicker-the-american-who-brought-bagels-to-the-czech-republic> (Stand: 06.05.2020). (Übersetzung K.B.)

32 Vgl. Jareš / Pýcha / Sixta (Hg.): *Jak vystavujeme*, S. 122.

Authentisches Gefühl der Ära: Aber für wen?

Die überarbeitete Dauerausstellung soll laut der Webseite des Museums einen „suggestiven Einblick ins Leben in der kommunistischen Tschechoslowakei“ bieten und damit den Besucher*innen ein „authentisches Gefühl der Ära“ vermitteln.³³ Wem ist jedoch dieser Einblick vorrangig gewidmet? Seit dem Umzug 2017 orientiert sich das Museum hauptsächlich an zwei Zielgruppen: Einerseits an Tourist*innen aus dem Ausland, die, laut dem Kurator Alexander Koráb, oft „genug von Hradschin“ und anderen berühmten Sehenswürdigkeiten Prags hätten.³⁴ Im Museum des Kommunismus sollten sie da



Die Ausstellung spiegelt die US-amerikanische Perspektive des Museumsgründers wider.

her erfahren, „was der Realsozialismus war“.³⁵ Andererseits versucht das Museum tschechische Schüler*innen anzusprechen. In der Ausstellung sollten sie lernen, so die Museumsdirektorin Jana Čepičková, „wie ihre Eltern und Großeltern mal gelebt haben“.³⁶ Diese Zielgruppen mögen auf den ersten Blick unterschiedlich wirken, eins haben sie allerdings gemeinsam: Weder internationale Tourist*innen noch die jüngste Generation von Tschech*innen haben das kommunistische Regime in der Tschechoslowakei miterlebt. Das Museum des Kommunismus stellt sich daher als gewisser Vermittler dar und bietet den beiden Gruppen spezifische Dienstleistungen (zum Beispiel

33 Vgl. Museum of communism | About | Nearly 1500 m2 authentic feel ..., online abrufbar unter: <https://muzeumkomunismu.cz/en/about/> (Stand: 15.5.2020). (Übersetzung K.B.)

34 Vgl. Václav Müller: Sen, noční múra a realita. To je Muzeum komunismu v centru Prahy, online abrufbar unter: <https://dabpraha.rozhlas.cz/sen-nocni-mura-a-realita-je-muzeum-komunismu-v-centru-prahy-8148483> (Stand: 19.05.2020). (Übersetzung K.B.)

35 Ebd. (Übersetzung K.B.)

36 S. Muzeum komunismu video, online abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=n82o576PXgk> (Stand: 20.05.2020). (Übersetzung K.B.)

englischsprachige Führungen für Tourist*innen oder ein Geschichtswettbewerb für tschechische Schüler*innen). Trotz der vielfältigen Angebote für die jungen tschechischen Besucher*innen ähnelt das Museum im Ganzen eher einer touristischen Attraktion als einem Lernort für die einheimischen Schüler*innen.

Disneyland und Matroschka

Ein näherer Blick auf das umgezogene Museum und seinen täglichen Betrieb zeigt, wie es, als privates Unternehmen, in erster Linie der Gewinnerzielung dient und dass seine eigentliche Zielgruppe (solvente) Tourist*innen aus dem Ausland darstellen. Die Orientierung an das internationale Publikum wird beispielsweise gleich beim Betreten des Museumsgebäude deutlich. Die Inschrift am Eingang lautet „Museum of Communism“, wobei die tschechische Variante, „Muzeum komunismu“, weder am Eingang noch weiter an der Kasse zu finden ist. Beim Gang durch das Museum fällt es weiter auf, dass Englisch auch in den Ausstellungsräumen überwiegt. Alle Texte sind zwar zweisprachig vorhanden, die englischen Überschriften sind aber oft deutlich größer als die tschechischen. Die Dominanz der englischen Sprache ist außerdem selbst in den Texten zu spüren. Tschechische Texte beinhalten Rechtschreibfehler und ungewöhnliche Formulierungen, die auf die Dominanz des Englischen hinweisen.³⁷

Die Anpassung an die internationalen Besucher*innen geschieht allerdings auch auf der inhaltlichen Ebene. Die Ausstellungstexte verweisen durchlaufend auf Phänomene oder Ereignisse, die offensichtlich die (nationale) Perspektive aus Sicht des Museumsgründers widerspiegeln: der Automobilhersteller **Škoda** aus der westböhmisches Stadt Pilsen ist beispielsweise als „General Motors Europas“³⁸ dargestellt und der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei im August 1968 ist mit den Attentaten auf Martin Luther King und Robert Kennedy gleichgesetzt.³⁹ Einige Vergleiche erinnern sogar an die Propaganda des Kalten Krieges. So stehen die politischen Schauprozesse der 1950er Jahre und die Enthüllung des Stalindenkmals im Gegensatz zur Erfindung von Polio-Impfung in den USA und zur Eröffnung des ersten *Disneylands*. Solche Annäherung an das internationale Publikum kann im Rahmen einer Ausstellung grundsätzlich sinnvoll sein, im *Museum des Kommunismus* ist dies allerdings etwas problematisch: Der Fokus auf die Ereignisse aus den USA schließt nämlich alle anderen Perspektiven aus, insbesondere die Sichtweise der Besucher*innen aus der ehemaligen Sowjetunion und anderen post-kommunistischen Ländern.⁴⁰

Ein weiteres Merkmal der Anpassung des *Museums des Kommunismus* an Besucher*innen aus dem Ausland und gleichzeitig ein Zeichen für den gewinnorientierten Charakter der Institution liefert

37 Vgl. Museum des Kommunismus, Ausstellungstext Nr. 9, „Sovětský Svaz – Náš Vzor“ a Americký rival / The Soviet Union – Our Model and America's Rival“.

38 Vgl. Museum des Kommunismus, Ausstellungstext Nr. 1, „Vznik Československa / The Birth of Czechoslovakia“. (Übersetzung K.B.)

39 Vgl. Museum des Kommunismus, Ausstellungstext Nr. 55, „Srpen 1968 / August 1968“.

40 Vgl. Lizylee: Людям из бывшего СССР там делать нечего, online abrufbar unter: https://www.tripadvisor.ru/ShowUserReviews-g274707-d276188-r1511057260-Muzeum_komunismu-Prague_Bohemia.html (Stand: 30.05.2020).

der Museumsshop. Auf den ersten Blick bietet er übliche Waren wie Bücher, Ansichtskarten und kleine Souvenirgegenstände, ein großer Teil seines Sortiments erinnert aber stark an unzählige Souvenirläden aus der Prager Altstadt: Propaganda-Plakate, Kühlschrankschrankmagneten mit Karikaturen von Lenin und Karl Marx und insbesondere die hölzerne russische Puppe Matrjoschka, die früher als Maskottchen des privaten Museums auf vielen Plakaten zu sehen waren. Für internationale Tourist*innen mögen solche Artikel ungewöhnliche Erinnerungsstücke darstellen. Für die tschechischen Besucher*innen gilt dieser „kommunistischer Kitsch“⁴¹ allerdings als eindeutiges Signal, dass das Museum des Kommunismus, wie in einer Bewertung auf Tripadvisor steht, „ein weiteres kommerzielles Lockmittel für Touristen“ verkörpert⁴² und als solches bloß zur Prager „touristischen Zone“ gehört.



© KAROLINA BUKOVSKÁ

Das Museumsshop bietet Waren, die in vielen Souvenirläden der Prager Altstadt zu finden sind.

Zusammenfassung

Die zwei jungen Britinnen, mit denen ich im Zug nach Prag saß, habe ich nie mehr gesehen. Im Museum des Kommunismus begegnete ich aber vielen anderen Besucher*innen aus unterschiedlichen Ländern, die sich dort über das kommunistische Regime und das Leben in der Tschechoslowakei zwischen 1948 und 1989 informierten. Die Auseinandersetzung mit der Dauerausstellung dieses Museums

41 Vgl. Lisa Pope Fischer: Washing Machine Races, Gulag Pizza, and McLenin Kitsch-ification in Post-Socialist Hungary, Ethnos 2017, S. 331-365. (Übersetzung K.B.)

42 Stěpán V: Noční můra, avšak realita - Muzeum komunismu, online abrufbar unter: https://www.tripadvisor.cz/ShowUserReviews-g274707-d276188-r589430554-Muzeum_komunismu-Prague_Bohemia.html (Stand: 30.05.2020). (Übersetzung K.B.)

hat meinen Eindruck, den ich in den Räumen des umgezogenen Museums nicht loswerden konnte, und damit auch meine Fragestellung, bestätigt: das *Museum des Kommunismus* in Prag dient hauptsächlich als kommerzielles Angebot für Tourist*innen aus dem Ausland.

Das Unternehmen des US-Amerikaners Glenn Spicker, das sich seit 2017 auf einem neuen Standort im Zentrum der tschechischen Hauptstadt befindet, ist diesem Zweck und dem spezifischen Teil der Besucherschaft auf allen Ebenen angepasst: vom Standort, über die Öffentlichkeitsarbeit, die angebotenen Dienstleistungen, die Waren im Museumsshop, die Beschriftungen in der Schau bis hin zum Inhalt und Narrativ der Ausstellungstexte. Angesichts der offiziellen Definition des *International Council of Museums (ICOM)*, die Museen als „non-profit institutions“ beschreibt,⁴³ öffnet sich daher die Frage, ob das *Museum des Kommunismus* überhaupt als solches einzuordnen ist. Diese Anpassung an „Tourist*innen“, die ja keine homogene Gruppe darstellen, schließt außerdem nicht nur Einheimische aus, sondern auch einen großen Teil der internationalen Besucher*innen aus. Die Geschichte des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei wird nämlich aus einer „westlichen“, bzw. US-amerikanischen Perspektive erzählt, wobei die Sichtweise der post-kommunistischen Länder in keiner Weise vertreten ist.

Das Prager Museum des Kommunismus stellt ohne Zweifel ein eigenartiges Museumsprojekt dar, das viele Fragen für zukünftige Auseinandersetzungen aufwirft. Es wäre interessant zu untersuchen, inwiefern das Museum des Kommunismus tatsächlich die Funktion einer musealen Institution erfüllt, wie sich die Wahrnehmung der Dauerausstellung bei internationalen Besucher*innen, abhängig von ihrer Herkunft, unterscheidet oder wie das private Museum, nach zwanzig Jahren seiner Existenz, vom einheimischen Publikum betrachtet wird. Insbesondere die andauernde ablehnende Haltung seitens der tschechischen Bevölkerung gegenüber dieser spezifischen Darstellung der KSČ-Diktatur im Museum des Kommunismus kann viel über die Aufarbeitung des kommunistischen Regime in heutiger Tschechischer Republik sowie in anderen post-kommunistischen Ländern verraten.

Karolína Bukovská, geb. 1994 in Prag. Masterstudium von Public History an der Freien Universität Berlin, Bachelorstudium Geschichte – Deutsch für interkulturelle Kommunikation an der Karlsuniversität in Prag.

43 Vgl. What is ICOM's definition of a museum? – ICOM, online abrufbar unter: <https://icom.museum/en/faq/what-is-icom-definiton-of-a-museum/> (Stand: 05.01.2021).

Deckname: Besuch bei Freunden

Die Untergrundausbildung tschechischer Aufbaustudenten am Philosophisch-Theologischen Studium Erfurt (DDR) von 1982-1991

Bücher, Fremde und viele Fragen

Zunächst möchte ich von einer Begebenheit aus dem Wintersemester 1986 während meines Studiums am Theologisch-Philosophischen Studium Erfurt, einer kirchlichen Hochschule in der DDR, berichten, die mich nach Jahren noch einmal beschäftigen soll. Damals nahmen regelmäßig zwei „fremde Besucher“ mit einem tschechischen Akzent an unseren Vorlesungen teil. Das war sehr außergewöhnlich, denn Externe waren nur im Ausnahmefall zugelassen. Nach all den Jahren möchte ich dem nun nachgehen und fragen, wer die beiden geheimnisvollen Fremden, die „still“ und offenbar nicht offiziell an unserem Unterricht teilnahmen, waren und welche Hintergrundmotive sie dazu bewogen.

Kurz nachdem die beiden ihren Aufenthalt beendet hatten, wurde ich als damalige Laienstudentin¹ gefragt, ob ich bereit wäre, theologische Literatur nach Prag zu senden. Das kam mir sehr befremdlich vor, denn es war bekannt, dass geisteswissenschaftliche Literatur nicht in die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) transferiert werden durfte. Gleichsam wussten wir alle, dass es in der damaligen Zeit der sozialistischen Diktatur üblich war, auch nicht legale Wege zur Informationsbeschaffung zu finden. Dies schien ein solcher zu sein. Ich erfüllte den Wunsch, kaufte die Bücher auf meinen Namen und auf Rechnung der kirchlichen Hochschule und versendete alles auf dem Postweg. Das war riskant, aber entsprach damals meiner Gesinnung.

Wie sich im Nachhinein herausstellte, kamen jedoch nicht nur diese, sondern drei weitere „Besucher“ aus der damaligen Tschechoslowakei illegal an unser Institut. Es schien immer geheim zu sein, wurde nicht thematisiert und wird nach meiner Recherche erst seit 2016 in Tschechien aufgearbeitet – in Deutschland bisher jedoch kaum. Wer also waren diese Leute? Was war das Ziel ihres Studiums, weshalb kamen sie inoffiziell und wofür benötigten sie geisteswissenschaftliche, speziell theologische Literatur? Was bewog die Erfurter Professoren, sie im Stillen zu unterrichten? Mit welchen Risiken waren sie konfrontiert? Wussten die Kirchenleitungen von diesen Aktionen? Wie wurde es den staatlichen Behörden verschwiegen und mit welchen Folgen war zu rechnen, wenn diese Kenntnis davon erhielten?

¹ Seit dem Ende des 2. Vatikanischen Konzils durften Männer und Frauen, die nicht den Priesterberuf ergreifen wollten, als sogenannte Laienstudenten, katholische Theologie studieren. Sie konnten nach dem Studium in der Lehre, als Professor*innen, in kirchlichen Ämtern oder anderen staatlichen Institutionen ihre Anstellung finden.

Vor dem Hintergrund dieser Fragen möchte ich mich im Rahmen meiner Arbeit mit den historischen Gegebenheiten zu dieser Zeit beschäftigen, die Hintergründe untersuchen und belegen und nach Antworten suchen.

Im Zuge dessen ist es geplant Archive², Nachlässe³ und weiterführende Literatur als Quellen hinzuzuziehen. Die Recherche gestaltet sich jedoch schwieriger als gedacht, da aus der Zeit vor 1990 keinerlei schriftliche Quellen zu finden sind. Somit kommen zunächst nur qualitative Zeitzeugeninterviews in Deutschland und Tschechien in Frage. Erst später wird eine fundamental tragende Studie⁴ in tschechischer Sprache zugänglich, die eine erweiterte Literaturrecherche möglich macht. Die Suche nach Zeitzeugen, die wichtige Informationen zu den Geschehnissen von damals geben können, Arbeit in den Archiven der Staatssicherheit der DDR und der ČSSR, Nachlasseruierungen in der Forschungsstelle für kirchliche Zeitgeschichte Erfurt (FKZE) und nicht zuletzt wichtige Hinweise durch das Internet vervollständigen das Bild.

Der gesellschaftliche Kontext und die katholische Kirche in der DDR und ČSSR bis 1989

Im März 1939 wurde die Tschechoslowakei von Deutschland annektiert.⁵ Im Mai 1945 wurden die sogenannten Beneš-Dekrete erlassen, in deren Folge es zu den Vertreibungen von ungarischen und deutschen Minderheiten aus der Tschechoslowakischen Republik kam.⁶ In der Nacht zum 21. August 1968 begann die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ in der ČSSR durch die Armeen des Warschauer Paktes, an denen auch die Armee der DDR beteiligt war.⁷ Die Folgen davon waren unter anderem jahrzehntelange Spannungen zwischen Tschechen und Deutschen sowie Ressentiments auf beiden Seiten aufgrund der gegenseitig zugefügten Verletzungen. Sowohl der „real existierenden Sozialismus“⁸ als auch das Verhältnis zwischen Staat und Kirche entwickelte sich unterschiedlich. Obwohl Religionsausübung laut Verfassung sowohl in der ČSSR also auch in der DDR garantiert war, sah die gelebte Realität anders aus. Getreu dem Lenin-Zitat „Die Religion ist eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs men-

2 Bistumsarchive von Erfurt und Görlitz, Institut für Kirchliche Zeitgeschichte Erfurt, Archiv bezpečnostních složek Brno, Hauptstaatsarchiv Weimar, Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt.

3 FKZE, Geheimes Studium.

4 Mireia Ryšková, Libor Ovečka: Das Studium der Salesianer in Erfurt: Ein unbekanntes Kapitel der Zusammenarbeit der deutschen und tschechischen Kirche in den 80iger Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Markéta Doležalová, Velhrad ruft euch! Institut für das Studium der totalen Regime, 2017, S. 253-277.

5 Vgl. Jürgen Langowski: NS-Archiv, Dokumente zum Nationalsozialismus, online abrufbar unter: <https://www.ns-archiv.de/krieg/1938/tschechoslowakei/index.php>, letzter Zugriff: 14.10.2020.

6 Vgl. Oliver Rathkolb, Demokratiezentrum Wien, Beneš-Dekrete, online abrufbar unter: <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissensstationen/benes-dekrete.html>, letzter Zugriff: 14.10.2020.

7 Vgl. Holger Kulick, Der Einmarsch des Warschauer Pakts im Überblick, online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/prag-1968/274360/ueberblick-karte-der-einmarsch-1968>, letzter Zugriff: 14.10.2020.

8 Der Terminus des „real existierenden Sozialismus“ wurde in der DDR zur Abgrenzung gegenüber dem in der Theorie beschriebenen Sozialismus gebraucht – er bringt zum Ausdruck, dass marxistischer Anspruch und Realität auseinanderfielen.

schenwürdiges Leben ersäufen.“⁹ kann die Basis der Diktatur im Hinblick auf die Unterdrückung der Religionsfreiheit als gleich gewertet werden. Unter diesen von sozialistischer Staatshand auferlegten Zwängen und Restriktionen musste die Kirche eine qualifizierte Weitergabe des christlichen Glaubens und eine akademische Ausbildung der geistlichen Führung in beiden Ländern auf „Umwegen“ organisieren. Ein Priester-Import mit entsprechenden Qualifikationen aus dem nichtsozialistischen Ausland war aufgrund der Gesetzgebung beider Länder nicht möglich.

In der DDR lag eine strikte Trennung zwischen katholischer Kirche und Staat vor. Gleichzeitig befand sich die katholische Kirche in einer Minderheiten-Situation, da das Gebiet der DDR zu den klassischen Ländern der Reformation gehörte. Als einzige Ausbildungsstätte für den katholischen Priesternachwuchs gab es seit 1952 das Philosophisch-Theologische Studium Erfurt, welches von der DDR-Regierung jedoch nur geduldet wurde.¹⁰ Es genoss keine staatliche Anerkennung und war, anders als in der ČSSR, an die Pontificia Università Gregoriana (PUG) in Rom gebunden.¹¹ Diese staatliche Duldung konnte jederzeit willkürlich aufgehoben werden. Allerdings erhoffte sich die DDR-Regierung anhand solcher Zugeständnisse die Anerkennung als eigenständigen zweiten deutschen Staat auf politischer, internationaler und deutsch-deutscher Ebene. Mit der Bundesrepublik als Nachbarn hatte die DDR zudem einen steten Beobachter und Kommentator des Geschehens, wodurch viele Repressionen gegenüber der Kirche abgemildert wurden. Professor Dr. Georg Hentschel kommentiert das heute: „Wir hatten in den Augen der tschechischen Mitbürger das Paradies.“¹² Im Unterschied zur ČSSR, die keinerlei geisteswissenschaftliche Literatur aus dem Ausland einführen durfte, war es in der DDR in begrenztem Umfang möglich, Lizenz-Literatur, allerdings unter der Zensur der DDR-Behörden, zu lesen und zu drucken und damit theologisch weitestgehend zeitaktuell am Geschehen der katholischen Kirche zu partizipieren und die Gläubigen spirituell in ihrem Glaubensleben und der christlichen Lebensgestaltung bei der Auseinandersetzung mit den modernen Wissenschaften zu leiten und zu unterstützen.

In der ehemaligen Tschechei bestand insofern schon seit dem Beginn des 20. Jahrhundert eine tiefe Spannung zwischen Staat und Kirche, da die katholische Religion in der Habsburger Monarchie Staatsreligion war. 1918 gründete sich die Tschechoslowakei als ein eigener Nachfolgestaat der Monarchie und grenzte sich damit auch gegen diese und deren Staatsreligion bewusst ab.¹³

9 Wladimir Illitsch Lenin, Sozialismus und Religion, 1905, online abrufbar: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1905/12/religion.html>, (letzter Zugriff: 13.03.2020).

10 Vgl. Josef Pilvousek: Theologische Ausbildung und gesellschaftliche Umbrüche. 50 Jahre Katholische Theologische Hochschule und Priesterausbildung in Erfurt, Leipzig (=Erfurter theologische Studien, Bd. 82), 2002, S. 45.

11 Vgl. Joachim Meisner: 3547-Artikeltext-6801-1-10-20160504%20(2).pdf, letzter Zugriff: 14.10.2020, paginiert S. 2., Vgl. ebd.: Wer sich anpasst, kann gleich einpacken. Lebenserinnerungen, Freiburg 2020, S. 120 f.

12 S. Claudia-Maria Maruschke: Interview Prof. Dr. Georg Hentschel, 14.02.2020.

13 Vgl. Benedikt Kranemann, Petr Štica (Hg.): Diaspora als Ort der Theologie, Perspektiven aus Tschechien und Ostdeutschland, Würzburg (=Erfurter Theologische Schriften, Bd. 48), 2016, S. 45.

Zwischen dem katholischen „[...]“ Priesterstand und der Lehrerschaft, die sich antiklerikaler und antireligiöser Reflexe bediente, [...]“¹⁴ bestand eine tiefe Kluft, die sich in Folge noch vertiefte. Nach dem Februarumsturz von 1948 wurden die intellektuellen Köpfe der Kirche (Theologen, Professoren, Priester, Ordensfrauen, Verwaltungskräfte) von der kommunistischen Führung verfolgt, verhaftet oder interniert. Es gab Priester-KZs, Folter, Zwangsarbeit, Umerziehung in Lagern und auch politisch motivierte Morde.¹⁵ Völlig unerwartet wurden im April und August 1950 sämtliche Orden verboten und deren Mitglieder in Priester- und Ordens-KZs zusammengesperrt.¹⁶ Die katholische theologische Fakultät der Karls-Universität Prag wurde 1950 geschlossen und als einzige katholische Bildungsstätte des tschechischen Landesteils unter strikten staatlichen Auflagen nach Litoměřice, verlegt.¹⁷ Dort wurde weiterhin Theologie gelehrt, allerdings unter staatlicher Führung, ohne neuere Literatur und ohne die Möglichkeit der näheren Berücksichtigung des II. Vatikanums. Damit waren die Arbeitsquellen mit jedem Jahr stärker veraltet, rückständig und letztendlich dem staatlichen Denken verhaftet. Weiterhin wurde zum Theologiestudium nur zugelassen, wer deutlich machen konnte, den politischen Doktrin zu entsprechen. Dies war das Erscheinungsbild der offiziell zugelassenen katholische Kirche.¹⁸ Somit wurde die Theologie und, in logischer Folge, die intellektuelle religiöse Bildung des Klerus sowie der Gläubigen aus dem modernen Gespräch mit den anderen Wissenschaften ausgeschlossen. Nur wer sich diesem Duktus, zumindest nach außen hin, unterwarf, durfte Theologie studieren und lehren. Das alte Lehrpersonal hingegen wurde systematisch ausgeschlossen.¹⁹ Auch konnte, was vom Staat intendiert war, eine auf dem vorkonziliaren Niveau eingefrorene Seelsorge die Menschen in der Auseinandersetzung mit ihrer Zeit in der ČSSR nicht mehr begleiten. Für die durch den Staat ihres Amtes enthobenen Priester bestand, unter Androhung hoher Strafen, ein Seelsorgeverbot. Schlicht gesagt: Es war der von staatlicher Seite her angestrebte, schleichende Exitus der katholischen Kirche in der ČSSR zu befürchten, zumal niemand absehen konnte, ob und wann sich die politische Lage ändern würde.

Das „geheime“ Studium

Daher arbeitete die alternativ vom Papst zugelassene tschechische Untergrund- oder Katakomben-Kirche im unauffälligen Kontakt mit der offiziellen Kirche und bildete Theologen in Wohnzimmern von Christen aus.²⁰ Diese wurden in Krakau / Polen durch Kardinal Karol Wojtyła, den späteren Papst Johannes Paul II. und in Österreich sowie der DDR durch verschiedene Bischöfe geheim geweiht. Es fehlte jedoch an auf modernem Standard ausgebildeten Dozenten und an aktueller theologische Literatur.

14 Ebd., S. 89. und Claudia-Maria Maruschke: Interview Hans-Georg Friemel, 10.02.2020.

15 Vgl. Ryšková / Ovečka: Das Studium der Salesianer in Erfurt, S. 254.

16 Mailinterview Petr Chalupa vom 11.11.2020.

17 Vgl. Ryšková / Ovečka: Das Studium der Salesianer in Erfurt, S. 254.

18 Das heißt jedoch nicht, dass sich alle offiziell zugelassenen Priester innerlich und bei der Ausübung ihres Amtes tatsächlich diesem Ansinnen beugten.

19 Vgl. Ryšková, Ovečka: Das Studium der Salesianer in Erfurt, S. 149 f.

20 Vgl. ebd., S. 255.

Der Provinzial der tschechischen Salesianer, Ladislav Vik, der in Prag als Fensterputzer arbeitete, sandte priesterliche Ordensbrüder zum Theologiestudium nach Polen aus.²¹ Mit dem am 13. Dezember 1981 in Polen verhängten Kriegsrecht und den somit hermetisch geschlossenen Grenzen brach diese Chance jedoch Anfang der 80er-Jahre weg.²²

Meine Recherche in der Forschungsstelle für kirchliche Zeitgeschichte Erfurt ergab, dass es bei der Suche nach einem Ausweg gelang, über den Berliner Pfarrer Hans Ruprecht²³ und den Weihbischof von Erfurt und späteren Bischof und Kardinal von Berlin, Joachim Meisner, mit Zustimmung des Papstes Johannes-Paul II., an den Erfurter Professor Josef Reindl die Bitte heranzutragen, ein modifiziertes und verschlanktes Aufbaustudium für ausgewählte tschechische Theologen zu ermöglichen.²⁴ Reindel sprach aus den benötigten Fachrichtungen Dozenten und Professoren des Erfurter Studiums an und fragte, ob sie bereit wären, je einen Aufbaustudenten bis zum Lizentiat zu führen. Dies erfolgte auf privater Basis, unter absoluter Geheimhaltung und auf eigene Gefahr.²⁵ Das Erfurter Studium durfte zu keiner Zeit in die Gefahr einer Schließung geraten. „Wir mussten in der Lage bleiben, alles dem Staat gegenüber abstreiten zu können.“²⁶ Bischof Joachim Wanke ließ sich bewusst aus diesem Grund nicht informieren. „Ich wollte nichts Genaues wissen, um keine Informationen freigeben zu müssen.“²⁷ „Wenn das Studium geschlossen worden wäre, wäre es eine Katastrophe gewesen. [...] Wir hätten tschechische Verhältnisse gehabt.“²⁸ Es hätte in der Konsequenz keinerlei Ausbildung zu Priestern und Dozenten gegeben. Altbischof Wanke begründete seine damalige Akzeptanz der geheimen Ausbildung in Erfurt mit der persönlichen Betroffenheit und der Sorge als Bischof um die pastorale Notlage der Gläubigen der ČSSR.²⁹ Kardinal Meisner äußerte rückblickend, dass auch er die Gefahr für das Philosophisch-Theologisches Studium in Erfurt sah und deshalb auf eine davon entkoppelte Ausbildung bestand. „Kardinal Meisner, der sich in dieser wichtigen Frage im Einklang mit dem Papst wusste, wollte diese Hilfe bei der Dozentenausbildung nicht an die kirchliche Hochschule binden, damit die Institution nicht damit belastet wird, sondern an einzelne Erfurter Professoren, die zum Stillschweigen verpflichtet wurden.“³⁰ Die Professoren kommentierten ihr damaliges Engagement: „Das war doch nur Bruderhilfe für die tschechische Kirche. Es war privat.“³¹ Auf die Frage, ob sie für sich persönlich Gefahren sahen: „Ach, nein, die [DDR-

21 Vgl. Ryšková, Ovečka: Das Studium der Salesianer in Erfurt, S. 254.

22 Vgl. Damals.de, 13.12.1981 Kriegsrecht in Polen, online abrufbar unter: <https://www.wissenschaft.de/zeitpunkte/kriegsrecht-in-polen/>, letzter Zugriff: 14.10.2020..

23 Weitere Informationen dazu siehe: FKZE, Geheimes Studium, Brief von Lothar Ullrich an Bischof Georg Sterzinsky, 25.01.1990, S. 1.

24 Vgl. FKZE, Geheimes Studium, Brief von Lothar Ullrich an den Rektor der Università Pontificia Salesiana Rom, S. 1.

25 Vgl. ebd., S. 2.

26 FKZE, Geheimes Studium, Brief von Lothar Ullrich an Bischof Georg Sterzinsky, 25.01.1990, S. 1.

27 Claudia-Maria Maruschke: Interview Altbischof Joachim Wanke, 25.09.2020.

28 Ebd.

29 Vgl. Claudia-Maria Maruschke: Interview Altbischof Joachim Wanke, 25.01.1990, S. 1.

30 FKZE, Geheimes Studium, Brief von Ullrich an Sterzinsky 25.1.1990, S.1.

31 Claudia-Maria Maruschke: Interview Prof. Dr. Franz-Georg Friemel, 10.02.2020.

Staatsorgane] hatten doch zu viel Sorge, dass der Westen dann reagieren würde. Die Gefahr bestand für die tschechischen Studenten, sie wären verfolgt worden und Schlimmeres.“³² RD³³, damaliger Priesteramtskandidat und Theologiestudent in Erfurt, äußerte sich dahingehend, dass ihm als Priesteramtskandidaten eigentlich nichts geschehen konnte und er die tschechischen Studenten unterstützen wollte.³⁴

Anders stellte sich die Situation für mich als Laienstudentin dar, da ich frei und ohne speziellen kirchlichen Auftrag in Erfurt studierte. Ich war, wie alle Laienstudent*innen, nur mit einem Gasthörerstatus immatrikuliert und hätte bei dem kleinsten Zwischenfall sofort mein Studium abbrechen müssen, um die Fakultät auf keinen Fall zu gefährden, denn meine Anwesenheit grenzte bereits an Illegalität. Von staatlicher Seite war nur eine Ausbildung für Priesteramtskandidaten geduldet.³⁵ Ich konnte deshalb mit keinem direkten Schutz durch kirchliche Institutionen rechnen.

In geführten Interviews berichteten mir die tschechischen Aufbaustudent*innen vor ein paar Wochen, dass Ihnen im Falle der Entdeckung, Berufsverbot und Gefängnisstrafen gedroht hätten. Dennoch waren sie bereit, Risiken für eine zeitgemäße Ausbildung einzugehen, um ihr Wissen später den im Untergrund studierenden zukünftigen Theologen in der ČSSR weitergeben zu können.³⁶

Im Vergleich dazu nahmen die tschechischen Aufbaustudent*innen die Situation in der DDR als „ungefährlich“ war, da die Religionsfreiheit damals so groß gewesen sei, dass für Niemanden eine Gefahr bestanden hätte. „An die Schüler und Lehrer in Erfurt habe ich nicht gedacht.“³⁷ Die tschechischen Aufbaustudent*innen kamen fortlaufend bis zu sieben Jahre in ihrem Jahresurlaub nach Erfurt. Sie wohnten meist abseits im Wald bei einem zugeteilten Professor. Der Einzelunterricht erfolgte in dessen Wohnzimmer. Ein Kontakt zu den Studierenden des Philosophisch - Theologischen Studiums Erfurt bestand kaum. Nur ganz vereinzelt wurden Vorlesungen von den Aufbaustudent*innen besucht, so dass kein Verdacht aufkam.³⁸ Die Professoren nahmen kein Entgelt für Kost, Unterbringung und Lehre.³⁹ In den Protokollen und Notizen der Sicherheitsbehörden der DDR, die den Grenzverkehr und kirchliche Aktivitäten bis 1989 dokumentierten, konnte ich keinerlei Hinweise auf einen Verdacht bezüglich der Aufbaustudent*innen oder eines „Geheimen

32 Claudia-Maria Maruschke: Interview Hentschel, 14.02.2020.

33 Die Namen wurden auf Wunsch der Interviewten mit Kürzeln versehen, um die Identität zu schützen.

34 Claudia-Maria Maruschke: Telefonprotokoll von RD 01.03.2020.

35 Priesteramtskandidaten sind diejenigen, die später als geweihte, zölibatär lebende Priester in den Gemeinden wirken wollen. Laien sind die Gemeindemitglieder an sich die diesbezüglich keinerlei Weihen haben. Sie können bestimmte Amtshandlungen innerhalb der Kirche, die Bestandteil des christlichen Lebensvollzuges sind, nicht ausführen.

36 Claudia-Maria Maruschke: Mail-Protokoll Petr Challupa, 11.11.2020.

37 Claudia-Maria Maruschke: Mail-Protokoll Josef Dolista, 22.11.2020.

38 Claudia-Maria Maruschke: Telefonprotokoll RD 01.03.2020.

39 Claudia-Maria Maruschke: Interview Hentschel, 14.02.2020.

Studiums“ derselben in der DDR finden.⁴⁰ Laut Aussagen der ehemaligen tschechischen Aufbaustudenten Ryšková und Ovečka, hieß es für sie, nach der Rückkehr in ihre Heimat, Nacht für Nacht, im Anschluss an ihre beruflichen Arbeit, im Eigenstudium neues Wissen in einer Fremdsprache zu generieren.⁴¹ Nach bis zu sieben Jahren Studium sollten sie lediglich eine Bescheinigung erhalten. Es war beabsichtigt, diese im Berliner bischöflichen Geheimarchiv der DDR und in Rom in der Universität der Salesianer als Beweis der erfolgten Ausbildung zu hinterlegen.⁴² Nach den politischen Umbrüchen 1989 galten die, aus Sicherheitsgründen immer nur mündlich getroffenen Absprachen vor den kirchlichen römischen Institutionen (PUG) nicht mehr. In einem intensiven Schriftverkehr zwischen dem römischen päpstlichen Amt und dem tschechischen Provinzial Vik, dem deutschen Provinzial der Salesianer in Kaufbeuren, Kardinal Meisner und den Erfurter Professoren wurde um die Anerkennung der Ausbildung gerungen.⁴³ „Es tut mir leid, daß das Aufbaustudium, [...] nach dem die ‚Wende‘ gekommen ist, auf solche Schwierigkeiten trifft.“⁴⁴ Inzwischen wurden die dringendst gebrauchten Dozenten mit ihrem Studium fertig und warteten auf ihren Einsatz.⁴⁵ 1991 schrieb Ladislav Vik an das Erfurter Professoren-Kollegium: „Mit großer Freude teilen wir ihnen und allen unseren Herren Professoren [mit], das der lang dauernde Prozess der Anerkennung der Lizenziats – Arbeiten [...] zu einem erfolgreichen Ende gekommen ist.“⁴⁶ „Magnifikant animae nostrae Dominum“⁴⁷ – „Meine Seele preist den Herrn“.

Fazit

In der Aufarbeitung der verschiedenen Quellen und der Literatur wird deutlich, dass die katholische Kirche in der DDR und der ČSSR vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen stand. Trotz einer weitestgehend einheitlichen Basis des „real existierenden Sozialismus“ unterschied sich der Einfluss des Staates auf die Strukturen der Kirche. In der DDR wurde eine katholisch-theologische Ausbildung seitens des Staates nicht anerkannt. Mit anderen Worten: das Theologie-Studium wurde für Männer, die Priester werden wollten seitens des DDR-Regimes geduldet. Für alle anderen und für Frauen war es offiziell nicht möglich. Sie wurden illegal unter dem Deckmantel der Kirche geschult. In der ČSSR existierte hingegen eine offizielle, staatlich anerkannte und finanzierte akademisch-katholische Ausbildung unter der Aufsicht des sozialistischen Staates. Ihre fachlichen Inhalte entsprachen dem wissenschaftlichen Stand der 40er bis 60er Jahre. Sie war konservativ, vorkonziliar und nur zukünftigen Priestern, das heißt ebenso nur Männern, zugänglich. Die Untergrundkirche

40 Andreas Bogoslawski, Sachstand Personenrecherche „Geheime Theologenausbildung am Philosophisch-Theologischen Studium in Erfurt“, Stasi-Unterlagen-Archiv - Außenstelle Erfurt, BStU, o6.11.2020 und Ordner der Rubrik X desselben betreffend.

41 Mireia Ryšková, Libor Ovečka: Das Studium der Salesianer in Erfurt, Manuskript, S. 20.

42 FKZE, Geheimes Studium, Brief von Ullrich an Sterzinsky 25.01.1990, S. 1.

43 FKZE, Geheimes Studium, umfangreiche Korrespondenz, nicht paginiert.

44 FKZE, Geheimes Studium, Brief von Prof. Dr. Claus-Peter März an den Provinzial der Salesianer Ladislav Vik vom 13.08.1990, S. 1.

45 FKZE, Geheimes Studium, Ladislav Vik, Brief ohne Datum, S. 3

46 FKZE, Geheimes Studium, Brief von Ladislav Vik an Lothar Ullrich vom 29.04.1991, S. 1.

47 Ebd.

hingegen versuchte Priester, Laien und Laiinnen⁴⁸ auszubilden und orientierte sich zudem an zeitgemäßen wissenschaftlichen Standards. Hierfür wurde aktuelle theologische Literatur benötigt, die aufgrund der Verbots, geisteswissenschaftliche Literatur aus dem Ausland einzuführen, nicht vorhanden war und auf geheimen Wegen besorgt werden mussten. Die unter anderem von mir als Laienstudentin in die ČSSR gesandten Bücher zählten dazu und wurden offenbar Teil eines geheimen bibliothekarischen Grundstocks in der ČSSR.

Ausgebildet wurden die tschechischen Theologie-Student*innen nach nicht dokumentierten Lehrplänen in der DDR, meist unter hohem persönlichen Einsatz, verbunden mit großem Risiko. Alternative Ausbildungsmöglichkeiten in anderen sozialistischen Ländern, wie z.B. in Polen oder Russland gab es nicht.

Um den zeitlichen Anforderungen einer modernen Ausbildung gerecht zu werden, gingen somit beide katholische Kirchen, die tschechische und die der DDR riskante, illegale Wege.

So war es möglich, dass nach dem Systemumbruch Anfang der 90er Jahre bereits ein nach zeitgemäßem katholisch-theologischem Standard geschultes Lehrpersonal zur Verfügung stand, welches sofort einsetzbar war. Alle ehemaligen Aufbaustudent*innen, welche eine Untergrundausbildung in der DDR erhalten haben, hatten im Anschluss Dozenturen und Professuren an den Hochschulen und Universitäten des tschechischen Landes inne und konnten die sich neu formierende Hochschullandschaft aktiv mitgestalten.

Durch den Glaubenswiderstand in beiden Ländern ist es gelungen, den Repressalien der kommunistischen Diktaturen standzuhalten und eine tendierte Vernichtung des katholischen Glaubens insbesondere in der ČSSR zu vermeiden. Dennoch ist Tschechien heute stark atheistisch geprägt und es wäre interessant zu untersuchen, ob die Gründe ausschließlich in der beschriebenen Zeit der kommunistischen Diktatur bis 1989/90 zu suchen sind oder ob weiteren Faktoren eine Rolle spielen.

Claudia-Maria Maruschke, geb. 1958 in Görlitz, zur Zeit Studium der Volkskunde / Kulturgeschichte und Religionswissenschaft (im Bachelor) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Diplomstudium katholischer Theologie am Philosophisch-Theologischem Studium Erfurt (1986-1993), Diplomstudium Sozialpädagogik Caritasverband Berlin (1982-1984), Erzieherin katholische Fachschule Michendorf (1976-1979).

⁴⁸ Ein Laie oder eine Laiin ist ein Angehöriger oder eine Angehörige einer Religionsgemeinschaft, der / die kein geistliches Amt innehat, also kein Kleriker ist.

Zurück in die Heimat? Beweggründe für eine Remigration Rumäniendeutscher in ihre alte Heimat nach 1990

Die Jahre des Umbruchs und der Exodus nach Deutschland

Der Begriff „Osteuropa“ ist mittlerweile fest im Sprachgebrauch verankert. Gleichzeitig fällt es – nun mittlerweile drei Jahrzehnte nach dem Kollaps der Sowjetunion – häufig schwer, den „Osten“ genauer zu definieren. Die präsentesten Merkmale und Gemeinsamkeiten „osteuropäischer“ Länder sind in den ehemals kommunistischen Regimen und den Wendejahren der 90er Jahre zu finden. Auch Rumänien gehört zu „Osteuropa“.

Das Land wurde bis 1989 von einer kommunistischen Diktatur regiert. Bis zum Regimekollaps litt die Bevölkerung, vor allem aufgrund von Nahrungsmittelengpässen, unter katastrophalen Lebensverhältnissen. Das war nicht zuletzt Ursache für die blutigen Aufstände und Demonstrationen in den Hauptzentren Timișoara und Bukarest im Dezember 1989, welche sich rasant im gesamten Land ausbreiteten und Unruhe auslösten. Als der seit 1965 das Land regierende Diktator Nicolae Ceaușescu am 22. Dezember 1989 den Notstand ausrief und in der Folge das Parlamentsgebäude durch Aufständische gestürmt wurde, versuchte er zusammen mit seiner Frau Elena Ceaușescu zu fliehen. Bei der Fluchtaktion wurden beide in Haft genommen und wenige Tage später in einem Schnellverfahren, am 25. Dezember, unter Beschluss des Rats der Front zur nationalen Rettung (CFSN), durch ein Militärtribunal zum Tode verurteilt und erschossen.¹ Der politische Umbruch und somit das Ende des Kommunismus kam in Rumänien letztlich durch dieses Ereignis in Gang.

Die rumänische Revolution löste bei der deutschen Minderheit in Rumänien in der Folge eine sich eigendynamisch entwickelnde Massenabwanderung aus.² Da die Bevölkerung seit Jahrzehnten unter dem kommunistischen Regime litt, bestand bei vielen auch nach dem Umbruch der Wunsch, das Land zu verlassen. So stieg die Zahl der Aussiedler*innen in den Jahren 1970-74 mit rund 29.800 Personen stetig an, betrug im Zeitraum 1975-79 bereits 41.615 Personen, 1980-84 insgesamt 72.820 und fand schließlich nach der Wende ihren Höhepunkt im Zeitraum 1990-94 mit 171.900 Personen.³ In den darauffolgenden Jahren nahm die Zahl von (Spät-)Aussiedler*innen bis in die heutige Zeit kontinuierlich ab.

1 Die Hinrichtung war die bislang letzte auf rumänischem Staatsgebiet.

2 Elisa Hanganau u. a.: Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien, online abrufbar unter: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb24-rumaenien-bulgarien.html?nn=403976> (Stand: 03.11.2020).

3 Vgl. Gwénola Sebaux: (Spät-)Aussiedler aus Rumänien, online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/izpb/298587/spaet-aussiedler-aus-rumaenien?p=0> (Stand: 07.01.2021).

Durch die (Spät-)Aussiedler*innenmigration nahm die Anzahl der deutschen Minderheit und damit auch das deutsche Leben in Rumänien drastisch ab. Vor dem zweiten Weltkrieg lebten rund 750.000 Deutsche in Rumänien, was vier Prozent der rumänischen Gesamtbevölkerung ausmachte. Infolge der Abwanderung zur Zeit des Umbruchs verblieben 1992 nur noch 120.000 Deutsche, im Jahr 2002 nur noch knapp 60.000, während es 2011 nur noch 36.900 waren.⁴

Die Folgen der Abwanderung

Die zahlreiche Migration nach Deutschland, aber auch in andere westliche Länder, hat bis heute Auswirkungen auf die rumänische Gesellschaft und das Leben in Rumänien. Durch die Abwanderung von überwiegend jungen Leuten änderte sich die gesellschaftlich-kulturelle Struktur im Land. Es kommt zu einer Überalterung der Bevölkerung, was sich insbesondere in ländlich-peripheren Gebieten beobachten lässt. Auch sind bestimmte „Rückkopplungseffekte“ zu beobachten, die Einfluss auf das gemeinschaftliche Leben in Rumänien haben.⁵ Die niedrigen Entwicklungsraten und die verspätete Modernisierung des Landes wirken sich negativ auf die Lebensqualität der rumänischen Gesellschaft aus.⁶ Da der Westen bessere Berufsmöglichkeiten und einen höheren Lebensstandard verspricht, kommt es zu einem Wegzug von meist gut ausgebildeten Migrant*innen. Dies löst in Rumänien gleichzeitig einen ansteigenden Arbeits- und Fachkräftemangel aus, welcher eine dringend notwendige Modernisierung erschwert, wenn nicht sogar unmöglich macht und somit die Lebensbedingungen auf lange Sicht auf schlechtem Niveau stagnieren lässt. Neben den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen aufgrund des Wegzuges von Migrant*innen, hat die Aussiedlung Rumäniendeutscher auch kulturelle Veränderungen zur Folge. Beispielsweise wird die deutsche Sprache weniger gesprochen, ortsspezifische Dialekte sterben aus und es ist insgesamt eine verringerte Identifizierung mit dem Deutschtum zu verzeichnen.

Auf der anderen Seite kann in Rumänien auch eine Zuwanderung, sprich Remigration verzeichnet werden, bei der es sich unter anderem auch um rumäniendeutsche Rückkehr*innen handelt. Genaue Zahlen sind jedoch nicht bekannt, da die ethnischen Zugehörigkeiten in Statistiken nur selten erfasst werden.⁷ Weiterhin stellt sich die Frage, ab wann überhaupt von einer Remigration gesprochen werden kann, denn es muss zwischen unterschiedlichen Formen des Rückzuges differenziert werden. Eine Rückkehr kann auf bestimmte Zeiträume beschränkt sein, wie es zumeist bei einer Ruhestandmigrationen zu beobachten ist. In diesen Fällen kehren Remigrant*innen regelmäßig in ihr Heimatland zurück und verbringen eine begrenzte Zeit, meist den Sommer über, in Rumänien. Im Falle der Siebenbürger Sachsen hat sich in dem Zusammenhang im Laufe der Zeit

4 Vgl. Sebaux, (Spät-)Aussiedler aus Rumänien.

5 Vgl. James Koranyi/Ruth Wittlinger: From diaspora to diaspora. The case of Transylvanian Saxons in Romania and Germany, Durham 2011.

6 Vgl. Andrei Roth: Abwanderung aus Rumänien, in: Anton Sterbling: Probleme von Abwanderungsregionen, Identitätsfragen, Beiträge zur Osteuropaforschung (12), Hamburg 2006, S. 61-74.
Zizi Goschin: Main Determinants of Romanian Emigration. A Regional Perspective, Bukarest 2016.

7 Vgl. Remus Gabriel Anghel u. a. : International Migration, Return Migration, and their Effects: A Comprehensive Review on the Romanian Case, Bonn 2016.

der Begriff der „Sommersachsen“ etabliert. Bei der Rückkehr kann es sich jedoch ebenfalls um eine beruflich bedingte Migration handeln. Ausgangspunkt hierfür ist meist die saisonale Arbeit im Ausland, die Remigrant*innen zu länderübergreifenden und transnationalen Berufspendler*innen werden lässt. Ein vollständiger Rückzug, der wiederum eindeutig als Rückkehr gewertet werden könnte, da er mit einer vollständigen Verlagerung des Wohnsitzes in die ehemalige Heimat einhergeht, ist selten. Es wird deutlich, dass der Begriff „Rückkehr“ nicht immer klar definiert werden kann.

Insgesamt kann gesagt werden, dass die Auswirkungen einer Remigration durchaus positiv zu bewerten sind. Das Land gewinnt qualifizierte Arbeitskräfte hinzu, die sich in der Regel aufgrund ihres im Ausland generierten Know-Hows auszeichnen. Zudem bringen sie frisches Kapital ins Land, das für ein wirtschaftliches Wachstum und bessere Lebensbedingungen benötigt wird.

Heimatbegriff von Rückkehrer*innen

Zentrales Element im Rahmen der Rückkehr Rumäniendeutscher nach Rumänien stellt der vielschichtige Begriff „Heimat“ dar, der jedoch nicht einfach definiert werden kann. Vielmehr ist eine differenzierte, individuelle Betrachtung erforderlich. Besonders im Kontext der deutschen Minderheit sind mehrere Einflussfaktoren zu berücksichtigen. So spielt nicht nur der geographische Ort, der Vertrauen und Gewohnheit hervorruft⁸, eine große Rolle, sondern auch gesellschaftliche, sozial-kulturelle Strukturen.⁹ Heimat ist daher ein wandelbarer Begriff, der durch individuelle Migrationserfahrungen geprägt wird. Im Falle von (Spät-)Aussiedler*innen hat die räumliche Komponente eine geringere Bedeutung, da Emotionen einen besonders hohen Stellenwert einnehmen. Es kann demnach eine Änderung und Neudefinition des Heimatbegriffes beobachtet werden, der stark durch das individuelle Identitätsempfinden und das Zugehörigkeitsgefühl beeinflusst wird.¹⁰

Beweggründe für die Rückkehr nach Rumänien

Die Migrationsforschung geht davon aus, dass es sich bei Wanderungen auf der kollektiven Ebene um einen zirkulären Prozess handelt.¹¹ So merkte Ravenstein bereits 1885 an, dass einer Emigration immer auch ein Gegenstrom (counter-current) folgt.¹²

8 Vgl. Eckhardt Wilfried Schreiber: Heimat verorten, in: Ingeborg Szöllösi und Georg Aescht (Hg.): Heimat. Abbruch, Aufbruch, Ankunft, Halle (Saale) 2014, S. 39-45.

9 Vgl. Rudolf Poledna: Der Mensch – seine Raumbezogene und soziale Identität, in: Ingeborg Szöllösi/Georg Aescht (Hg.): Heimat. Abbruch, Aufbruch, Halle (Saale) 2014, S. 46-54.

10 Vgl. Claudia Olivier-Mensah/Sarah Scholl-Schneider: Transnational return? On the interrelation of family, remigration, and transnationality. An introduction, in: Transnational Social Review (6), 2016, S. 2-9.

11 Vgl. Edda Currie, Edda: Theorieansätze zur Erklärung von Rückkehr und Remigration, in: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst, Migration und ethnische Minderheiten 2 (2006), S. 7-23, George Gmelch: Return Migration, in: Annual Review of Anthropology 9 (1980), S. 135-159.

12 Vgl. E. G. Ravenstein: The Laws of Migration, in: Journal of the Statistical Society of London 48 (1885), S. 167-235.

Nach qualitativen Erhebungen im Rahmen meiner wissenschaftlichen Arbeit in den Räumen Sathmar und Siebenbürgen wurde ersichtlich, dass der Migration vielfältige Gründe zugrunde liegen und sie sich von einer nicht ethnischen Remigration nach Rumänien unterscheidet. Bei der Datengenerierung wurden fünfzehn problemzentrierte Interviews geführt, Eindrücke teilnehmender Beobachtungen protokolliert und später mit Hilfe von Kodierungsmethoden ausgewertet. Folgend werde ich versuchen, zentrale Ergebnisse der Erhebung und wissenschaftliche Erkenntnisse zusammen zu führen¹³.

Ausgangspunkt bilden die Lebensumstände von (Spät-)Aussiedler*innen in Deutschland, die durch die zugesprochene deutsche Staatsbürgerschaft, mit faktischer Gleichstellung allen Deutschen gegenüber, erleichtert wurde.¹⁴ Auch sind die zumeist guten Qualifikationen und Deutschkenntnisse im Vergleich zu anderen Migrationsgruppen für den Zugang zu Bildungs- und Arbeitsplätzen in Deutschland von Vorteil. Hinzu kommt die meist außerordentlich hohe Leistungsbereitschaft, sich in die deutsche Gesellschaft einzubringen. Dies lässt sich teilweise durch die traditionell begründete Arbeitsmoral, aber auch das starke Zugehörigkeitsgefühl zum Deutschtum begründen.¹⁵ Aufgrund dieser Faktoren konnten sich (Spät-)Aussiedler*innen in der Regel einen guten wirtschaftlichen Standard in Deutschland aufbauen. Da die wirtschaftliche Lage Deutschlands sich von der in Rumänien unterscheidet, eröffneten sich neue Möglichkeiten im Hinblick auf berufliche und private Entwicklungen.

Jedoch spielen nicht nur objektive Eingliederungsfaktoren in Deutschland eine Rolle. So wird die subjektive Wahrnehmung häufig in Form von kulturellen Unterschieden zu den Bundesdeutschen beschrieben, was in den meisten Fällen auf eine divergierende Sozialisation zurückzuführen ist. Durch den Aufenthalt in zwei unterschiedlichen Kulturkreisen kommt es zu einem „Dilemma der Marginalität“.¹⁶ Viele berichteten davon, dass ihnen von Beginn an kulturelle Unterschiede auffielen, weshalb sie sich als Rumäniendeutsche nicht mit der deutschen Bevölkerung identifizieren können oder sich ihr zugehörig fühlen. Die deutsche Art wird häufig als gefühllos, zu genau und zu „westlich“ wahrgenommen. Rumäniendeutsche werden im Vergleich dazu als lockerer und hilfsbereiter beschrieben. In Deutschland stoßen sie auf eine tendenziell distanzierte Art und Weise der Menschen, weshalb sie sich trotz ihrer deutschen Ethnie nicht als Teil der deutschen Gesellschaft sehen. Dies erschwert die Integration in die gesellschaftlichen Strukturen.

Weiterhin erfahren (Spät-)Aussiedler*innen aus Rumänien in Deutschland häufig Ausgrenzung und zum Teil Diskriminierung. Sie haben gegenüber anderen Migrant*innen aufgrund ihrer deutschen

13 Vgl. Jennifer Tempfli: Zurück in die Heimat? Die Remigration Rumäniendeutscher nach Rumänien, Bamberg 2020. (unveröffentlicht)

14 Vgl. Ursula Nienaber: Migration – Integration und Biographie. Biographieanalytische Untersuchungen auf der Basis narrativer Interviews am Beispiel von Spätaussiedlern aus Polen, Rumänien und der UDSSR. Würzburg 1995. Susanne Worbs u. a.: (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse, Nürnberg 2013.

15 Vgl. Sterbling, Zuwanderung.

16 Vgl. Nienaber, Migration – Integration, S. 62.

Die Nichtbereitschaft, die eigene Herkunft und damit verbundene Traditionen aufzugeben und die gleichzeitige Nichtakzeptanz von einer anderen gesellschaftlichen Gruppe wird lt. Nienaber als „Dilemma der Marginalität“ bezeichnet.

Ethnie keine Vorteile, da sie von Deutschen häufig als „Rumän*innen“ oder „Ausländer*innen“ wahrgenommen werden. Dies gründete in den meisten Fällen auf der fehlenden Kenntnis über die Existenz einer deutschen Minderheit in Rumänien. Daher stoßen Rumäniendeutsche in alltäglichen Situationen, wie beispielsweise in der Schule oder am Arbeitsplatz häufig auf Unverständnis in Bezug auf ihre ethnischen Identität, was wiederum das Gefühl von Fremdheit auslöst.¹⁷ In der Regel entwickeln (Spät-)Aussiedler*innen einen individuellen Umgang, mit der ihnen zugewiesenen Rolle in der Gesellschaft in Deutschland. Etwaige Zwiespältigkeiten werden von einigen Befragten auf die leichte Schulter genommen, andere gehen spielerisch damit um. Wiederum andere fühlen sich angegriffen und verletzt. Um nicht aufzufallen, passen sie beispielsweise ihren Dialekt an. Die Erfahrung, „nicht Deutsch“ zu sein, lässt jedoch ein Paradox entstehen. Sind sie in Rumänien noch „die Deutschen“, werden sie in Deutschland unwillentlich in die ebenfalls negativ besetzte Rolle „der Rumän*innen“ hineingedrängt.

Bei der Gestaltung des Lebens Rumäniendeutscher in Deutschland fällt auf, dass sogenannten „Erstnetzwerke“ und lokale Aussiedler*innengemeinschaften eine große Bedeutung zukommt. Durch die emotionale, sprachliche und kulturelle Nähe wird eine gemeinsame identitätsstiftende Komponente geschaffen, die das Gefühl von Heimat auslöst. Die dadurch entstehenden „Parallelgesellschaften“ erleichtern die Eingewöhnung und das Leben in Deutschland im Allgemeinen. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass es zu einer Reduzierung auf diese Netzwerke und somit zur Abschottung von der restlichen Bevölkerung kommt. Zudem gehört auch die Aufrechterhaltung von Kontakten zu Verwandten und Freunden in Rumänien zur alltäglichen Struktur. Damit verbunden sind regelmäßige Besuche „daheim“, in Rumänien. Das Leben in Deutschland ist somit durch eine ständige Verbindung zu Rumänien definiert. Es entsteht eine transnationale Lebensweise mit spezifischen Charaktereigenschaften von (Spät-)Aussiedler*innen. Diese ist gekennzeichnet durch den Bezug zu beiden Ländern und eine multinationale Denkweise. Abgesehen von dem meist holprigen Start in Deutschland, scheint die Mehrheit der Migrant*innen sich ein Leben aufgebaut zu haben, mit dem sie durchaus zufrieden ist. So berichten die meisten der Befragten von einem überwiegend guten Leben, das nur durch kleine Unstimmigkeiten und negative Erlebnisse geprägt ist.

Auf Basis klassischer Migrationsmuster, fällt es schwer hinreichende Gründe für eine Remigration zu finden. Da es sich jedoch um einen multidimensionalen Prozess handelt, ist es notwendig, neben wirtschaftlichen und politischen auch ortsspezifische und individuelle Einflussfaktoren einzubeziehen.¹⁸ Aufgrund der im Vergleich zu Deutschland ökonomisch schlechteren Lage Rumäniens, spielen wirtschaftliche Anreize bei den meisten Rückkehrer*innen nur eine nebensächliche Rolle oder werden durch weitere Aspekte ergänzt. So konnte bei den Interviews keine rein wirtschaftlich motivierte, sondern nur eine durch multiple Einflüsse bedingte Remigration beobachtet werden.

17 Vgl. Friedhelm Koch: Deutsche Aussiedler aus Rumänien. Analyse ihres räumlichen Verhaltens, Köln 1991.

18 Vgl. Sebastian Sparwasser: Identität im Spannungsfeld von Zwangsmigration und Heimkehr. Ungarndeutsche Vertriebene und die Remigration, Budapest 2016.

Die Lebensqualität und das Lebensgefühl in Deutschland werden von (Spät-)Aussiedler*innen in den meisten Fällen positiv wahrgenommen. Daraus geht hervor, dass bei der Entscheidung zu einer Rückkehr meist nicht objektive und lebensstandardbezogene Faktoren im Vordergrund stehen. Remigrant*innen sind weder sehr erfolgreich noch unerfolgreich im Aufnahmeland.¹⁹ Vielmehr geht es um die persönliche Lebensqualität. Durch den ständigen Austausch und das transnationale Verhalten entwickeln sie eine hybride Identität, durch die die emotionale Verbundenheit zum Herkunftsland nicht verloren geht.²⁰ Rückkehrer*innen pflegen daher ein ausgeprägteres Verbundenheitsgefühl. Der Rückzug in die Heimat wird emotionaler wahrgenommen als die vorhergehende (Spät-)Aussiedlung.

Es wird ersichtlich, dass die letztendliche Entscheidung der Rückkehr komplex ist und keinem klaren Grund zugeordnet werden kann. Vielmehr handelt es sich um einen Entscheidungsabfolge, die ihren Ausgangspunkt in wiederkehrenden Aufenthalten in Rumänien findet. Durch das Entstehen von Heimweh, gekoppelt mit dem Gefühl der Heimatverbundenheit, werden die Aufenthalte in Rumänien immer häufiger. Das kann als ein sich verstärkender Prozess gesehen werden, der vergangene Erinnerungen und nostalgische Gefühle hervorruft.

Neben einer zunehmenden emotionalen Verbundenheit werden durch Aufenthalte auch soziale Netzwerke in Rumänien ausgebaut und vorhandene intensiviert. Dadurch und durch die abnehmende Identifikation mit der deutschen Gesellschaft kommt es zu einem inneren Loslösen. Die Option des Rückzuges nach Rumänien entstand bei vielen der Befragten als eine Art Blitzidee, die gleichsam Begeisterung auslöste. Bei der letztlichen Remigration steht somit nicht die Nutzenmaximierung, sondern hauptsächlich ein persönliches Gefühl im Hinblick auf ein besseres und passenderes Leben im Vordergrund.²¹ Die meisten beschreiben ihre Remigration als ein erleichterndes und mit Freude verbundenes Gefühl. Aufgrund des langen Prozesses wird ersichtlich, dass eine Remigration meist nicht von Beginn an intendiert und somit nur selten eine bewusst getroffene Entscheidung ist. Sie hängt von dem persönlichen sozialen Netzwerk, dem Lebensgefühl in Deutschland und der inhärenten Verbundenheit zu Rumänien ab. Sie kann daher auch als eine logisch geschlossene Konsequenz gesehen werden, welche häufig als ein emotionales Auf und Ab beschrieben wird. Nach dem Rückzug in die alte Heimat Rumänien jedoch, bereute keiner der Befragten die Entscheidung.

Komplexität der Rückkehr bei Rumäniendeutschen

Schlussfolgernd kann gesagt werden, dass sich die Migration Rumäniendeutscher aufgrund ihrer Vielschichtigkeit nicht nur auf die (Spät-)Aussiedlung nach Deutschland beschränkt. Obwohl diese

19 Vgl. Gmelch, Return Migration.

20 Michael Schönhuth (2006): Heimat? Ethnische Identität und Beheimatungsstrategien einer entbetteten „Volksgruppe“ im translokalen Raum, in: Sabine Ipsen-Peitzmeier / Markus Kaiser (Hg.): Zuhause fremd. Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland, Bielefeld 2006, S. 365-380.

21 Vgl. Currlé, Theorie Rückkehr.

Form der Migration immer mehr abnimmt, haben die kommunistische Zeit und auch die Jahre nach dem Regimefall 1989 bis heute Auswirkungen auf das Leben von Rumäniendeutschen und die darauffolgenden Generationen.

Die Remigration von (Spät-)Aussiedler*innen nach Rumänien stellt einen besonderen Fall der Migration dar. Meist kommt sie aufgrund von Mentalitätsunterschieden, Diskriminierungserfahrungen und / oder Problemen bei der Eingliederung in die bestehenden Strukturen in Deutschland zustande. Das Leben in Rumänien wird positiver als in Deutschland wahrgenommen. Gleichzeitig ist der Gedanke an den Rückzug klar mit einer positiven emotionalen Bindung verbunden. Es entsteht der Wunsch, dieses wiederzuerlangen. Wirtschaftliche Faktoren spielen dabei nur eine nebensächliche Rolle. Die Gründe für einen Rückzug nach Rumänien spiegeln daher die persönlichen Empfindungen und individuellen Lebenssituationen der Betroffenen wieder. Zentrale Schlüsselemente sind das Heimat- und Identitätsempfinden. In den meisten Fällen sprechen Rückkehrer*innen davon, die Heimat zu vermissen. Bei der Entscheidung des Rückzuges handelt es sich in vielen Fällen um sich entwickelnde Entscheidungsprozesse von Einzelpersonen.

Da das Teilgebiet der Remigrationsforschung in Rumänien bisher wenig Aufmerksamkeit fand, erscheinen weitere Forschungen in diesem Themengebiet sinnvoll. Vor allem der Erkenntnis, dass der Rückzug stark durch emotionale Faktoren bedingt wird, kann in der Zukunft stärker nachgegangen werden.

Jennifer Tempfli, geb. 1994 in Landshut, Bachelorstudium der Soziologie und Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Masterstudium der Sozial- und Bevölkerungsgeographie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und Corvinus Universität Budapest.

Der Weg Georgiens in die Unabhängigkeit

Die Geschichte der Unabhängigkeit fängt für Georgien in den 80-er Jahren unter sozialistischer Regierung in der Sowjetunion an. Zu dieser Zeit bildeten sich die ersten Unabhängigkeitsbewegungen. Außerdem wurde der ehemalige Präsident Georgiens Edward Schewardnadse im Jahre 1985 sowjetischer Außenminister und zum ersten Mal gab es die Hoffnung, dass die Sowjetunion mehr Transparenz, Änderungen und Meinungsfreiheit möglich macht. Wenige Jahre später kam es zu Massendemonstrationen, die zu wichtigen Veränderungen führten.

Am 9. April 1989 sind viele Menschen, insbesondere junge Leute auf die Straße gegangen und haben für die Unabhängigkeit Georgiens demonstriert. Bis zu 100.000 Demonstranten versammelten sich vor dem Parlamentsgebäude in Tbilissi. Mehrere von ihnen haben einen Hungerstreik angekündigt. Die Situation eskalierte, als die Demonstranten von der sowjetischen Armee niedergeschlagen wurden. Es kamen 21 von ihnen ums Leben.¹

Erste Schritte in die Unabhängigkeit

„Sind Sie dafür, dass die staatliche Unabhängigkeit Georgiens auf der Grundlage des Unabhängigkeitsakts vom 26. Mai 1918 wiederhergestellt wird?“²

Diese Frage wurde den Wähler*innen in Georgien im März 1991 gestellt, als es ein Referendum gab. Mehr als 90 Prozent der Georgier*innen haben für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Georgiens abgestimmt. Die offizielle Unabhängigkeitserklärung Georgiens folgte zwei Jahre später, am 9. April 1991.

Nach der Erklärung der Unabhängigkeit fanden die ersten Präsidentschaftswahlen im Mai des selben Jahres statt, die Swiad Gamsachurdia gewann. Diese beiden Wahlen, Volksabstimmung und Präsidentschaftswahlen, gelten bis heute als die ersten regulären Wahlen in Georgien.³ Die Geschichte der Unabhängigkeit fing jedoch mit Hindernissen, Auseinandersetzungen und Bürgerkrieg an. Die 90-er Jahren waren für die georgische Demokratie und Unabhängigkeit eine große Herausforderung. Armut, Wirtschaftskrise und Soziale Problemen waren deutlich spürbar. Bürgerkriegsähnliche Zustände bestimmten die frühen 1990er Jahre. Die georgischen Regionen Abchasien und Südossetien strebten seit der Unabhängigkeit Georgiens nach Eigenstaat-

1 Vgl. o. V.: Niederschlagung der Demonstration vom 9. April 1989 in Tbilissi, online abrufbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Niederschlagung_der_Demonstration_vom_9._April_1989_in_Tbilissi (Stand: 30. September 2020).

2 Vgl. WDR: 9. April 1991 – Georgiens Unabhängigkeit wird proklamiert, online abrufbar unter: <https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag5376.html> (Stand: 30. September 2020).

3 Ebd.

lichkeit. Diese Sezessionsbestrebungen führten zuerst in Südossetien und später auch in Abchasien zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen georgischen Truppen und separatistischen Kräften. In Südossetien wurden die Kämpfe 1992 mit einem Waffenstillstand eingestellt, der politische Status der Region blieb ungeklärt. In Abchasien dauerten die Kämpfe bis 1994 an, in ihrem Verlauf flüchteten 200.000 ethnische Georgier*innen.⁴

Diplomatische Beziehungen mit Deutschland und EU und die Rolle der zivilgesellschaftlichen Bewegungen

Nach dem Zerfall der Sowjetunion war die Bundesrepublik Deutschland das erste Land in der Europäischen Gemeinschaft, das 1991 die Unabhängigkeit von Georgien anerkannte und am 13. April 1992 diplomatische Beziehungen mit der Schwarzmeerrepublik bestätigte. Im selben Jahr eröffnete Deutschland eine Botschaft in der Hauptstadt Tbilissi. Deutsch-Georgische Beziehungen haben eine lange Geschichte die bis zum 19. Jahrhundert, die Zeit, in der die schwäbischen Siedler in Georgien einwanderten, zurückgehen.⁴

Der 9. April stellt den symbolischen Beginn für die zivilgesellschaftliche Bewegungen dar, die sich in den 90-er Jahren in NGOs formierten, um die Rolle der Menschenrechtler*innen zu übernehmen und bis zum heutigen Tag gegen Korruption, für faire Wahlen und Meinungsfreiheit kämpfen. Transparency International, Georgian Young Lawyers' Association und International Society for Fair Elections and Democracy arbeiten schon seit über 20 Jahren in Georgien und sind mittlerweile die größten NGOs im Land. Sie organisieren Demonstrationen gegen Menschenrechtsverletzungen, reichen Anträge im Parlament ein, bieten den Bürgern kostenfreie Beratung und stellen ihnen Anwälte zur Verfügung. Der Weg dieser Organisationen in den 90-er Jahren war nicht einfach. Sie wurden oft als Betrüger*innen dargestellt, die gegen georgische Werte sind, und wurden in der Öffentlichkeit und ihren Büros körperlich angegriffen.

Außerdem nahm Georgien seinen euroatlantischen Weg und wurde somit im Jahre 1999 ein Mitglied des Europarats. Am 27. Januar 1999 hielt der damalige Premierminister Surab Zhvania seine historische Rede im Europarat, in der er den berühmten Satz „I am Georgian, and therefore I am European“ sagte. Der 27. Januar 1999 hat seitdem den pro-westlichen Weg Georgiens über die Jahre hinweg deutlich gemacht.⁵

Rosenrevolution

4 Vgl. Auswärtiges Amt: Georgien: Beziehungen zu Deutschland, online abrufbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/georgien-node/bilaterale-beziehungen/201924> (Stand: 30. September 2020).

5 Vgl. o. V. (Video): "I am Georgian, and therefore I am European" – Zurab Zhvania's historic speech at the European Council", online abrufbar unter: <https://www.georgianjournal.ge/politics/25618-i-am-georgian-and-therefore-i-am-european--zurab-zhvanias-historic-speech-at-the-european-council.html> (Stand: 30. September 2020).

Im Jahr 2003 führten die Prozesse und die Rosenrevolution zur demokratischen Konsolidierung. Am 2. November 2003 fanden die Parlamentswahlen in Tbilissi statt. Einundzwanzig politische Parteien haben daran teilgenommen. Die Zentrale Wahlkommission Georgiens veröffentlichte am nächsten Tag die vorläufigen Ergebnisse, nach denen die Regierungsbündnisse „Für ein neues Georgien“ – 23,1 Prozent der Stimmen und die aktivste Oppositionspartei „Nationale Bewegung“ – 21 Prozent erhielten. Der Rest der Stimmen ging an andere Parteien. Ganz anders sahen die Ergebnisse allerdings bei der Auszählung durch die NGO „International Society for Fair Elections and Democracy“ aus. Hier kommt die „Nationale Bewegung“ mit 26,6 Prozent auf den ersten Platz und die Regierungspartei mit 18,92 Prozent auf den zweiten. Dem damaligen Präsidenten, Schewardnadse zufolge waren das die freiesten und transparentesten Wahlen, die es bisher gab. Die USA und der Westen haben sie mit großem Interesse beobachtet. Wie die Medien berichteten, „hat die Zentrale Wahlkommission auch einen ganzen Tag nach Schließung der Wahllokale nicht einmal die Hälfte der Stimmen der Wähler*innen ausgezählt, die am 2. November an den Parlamentswahlen in Georgien teilgenommen haben.“⁶ Die Opposition vermutete, dass die Regierung die Wahlen fälschen und die Stimmen zusammen mit den regierungsnahen Oppositionsparteien teilen wollte.

Am 4. November organisierte Micheil Saakaschwili, der damalige Vorsitzende des Tifliser Stadtrates und Führer der Oppositionspartei „Nationale Bewegung“ ein Treffen mit anderen Oppositionsparteien, um die Stimmen der Wähler*innen zu schützen und Wahlfälschung zu verhindern. Am selben Tag veranstaltete die Opposition eine Protestkundgebung, an der Tausende von Menschen teilnahmen und zu der die Führer*innen der Opposition die Veröffentlichung der objektiven Ergebnisse von Parlamentswahlen forderten.

Eduard Schewardnadse forderte die Opposition auf, sich zusammzusetzen und mit einem Dialog zu beginnen. Zugleich erklärte die Zentrale Wahlkommission, dass gemäß den vorläufigen Ergebnissen der Parlamentswahl vom 2. November mindestens fünf politische Kräfte ins Parlament einziehen dürfen, darunter die regierungsfreundlichen Bündnisse „Für ein neues Georgien“ und der Block „Saakaschwili – Nationale Bewegung“.

Am 10. November begann die Verhandlung zwischen Schewardnadse und der Opposition. Nach zwei Stunden verließ Micheil Saakaschwili aus Protest die Verhandlungen. Seiner Meinung nach war es unmöglich mit der Regierung zu sprechen, da Schewardnadse behauptete, nichts mit Wahlbetrug und Fälschungen zu tun zu haben. Somit forderte Saakaschwili die Bevölkerung Georgiens auf, die Protestkundgebungen gegen das Regime fortzusetzen, den Sieg der Opposition anerkennen zu lassen.

Nachdem von Schewardnadse und hohen Regierungsvertretern diese Forderung der Opposition – ebenso wie ihre Forderungen nach einer Wiederholung der Wahlen – abgelehnt wurden, rich-

6 Deutsche Welle: Die „Rosenrevolution“ in Georgien Das Ende der Ära Schewardnadse, Bonn 2003, S. 8.

tete sich der Protest der Opposition gegen den Präsidenten Schewardnadse selbst, der zum sofortigen Rücktritt aufgefordert wurde.⁷

Schewardnadse musste zu seinem politischen Rivalen Aslan Abaschidse Präsident von Adscharien (ein Region in Georgien) reisen. Die Partei von Abaschidse war damals die zweitstärkste Kraft bei den Wahlen landesweit geworden. Trotz der Hilfe von Adscharien, musste Schewardnadse nach massiven Protesten zurücktreten.

Vor Schewardnadses Rücktritt fanden zahlreiche Kundgebungen statt, an denen Zehntausende Menschen teilgenommen haben und die bis zum 22. November dauerten. Am 22. November stürmten die Anhänger der Opposition das Parlament. Damit haben die Demonstranten die Sitzung des Parlaments verhindert. Die Menschen trugen rote Rosen mit sich, die zum Symbol dieser Revolution erklärt wurde.

Am 23. November begann ein Ultimatum. Die Opposition forderte Schewardnadses Rücktritt, andernfalls würden die Demonstranten ihn aus seiner Residenz jagen. Präsident Schewardnadse akzeptierte die Forderung und erklärte am Abend seinen Rücktritt.⁸

Somit übernahmen die Oppositionsführer Micheil Saakaschwili, Nino Burdschanadse und Surab Schwania die Führung in Georgien. Am 25. November wurde ein wesentlicher Teil der Parlamentswahlen vom Obersten Gericht annulliert. Die Wahlen fanden erneut am 4. Januar 2004, weitestgehend ordnungsgemäß statt und Micheil Saakaschwili gewann mit 96 Prozent der Stimmen.

Nach dem Regierungswechsel änderte sich die Situation in Georgien. Die Menschen fühlten sich freier und sicherer, der Alltag war nicht mehr so unerträglich wie vorher und die Stimmung wurde positiver. Das Land wurde offener gegenüber dem Westen, was sich unter anderem darin zeigte, dass deutsche politische Stiftungen wie die Heinrich-Böll-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung oder der DAAD Büros in Tiflis öffneten.

Augustkrieg 2008

Der lange schwebende Konflikt zwischen Georgien und Russland eskalierte im August 2008. Am 7. August (nicht am 8. August, wie die russischen Medien falsch berichten) marschierten russische Truppen durch den Roki-Tunnel in Georgien ein und es kam zum Krieg in Zchinwali, welcher fünf Tage dauerte. Er endete am 12. August mit einem in mehreren Punkten ausgehandelten Waffenstillstandsabkommen.⁹ Das Abkommen vermittelte die französische EU-Ratspräsidentschaft, zu

7 Vgl. Juliane Küchholz: Die Rosenrevolution in Georgien, Berlin 2005, S. 13.

8 Vgl. ebd.

9 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Vor fünf Jahren: Beginn des Kaukasuskriegs, online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/166356/kaukasuskrieg-08-08-2013> (Stand: 06. Oktober 2020).

dem der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy zuerst nach Moskau und danach nach Tiflis reiste. Am selben Tag besuchten zahlreiche offizielle Personen, Stellvertreter und Präsidenten, sowohl Europas, als auch aus den Vereinigten Staaten Georgien, um Solidarisierung zu zeigen. Insgesamt kamen in dem fünf Tage dauernden Krieg 408 georgische Staatsbürger ums Leben.

Bis heute verstößt Russland gegen das Sechs-Punkte-Waffenstillstandsabkommen von 2008 und überschreitet die Grenze zu Georgien rechtswidrig. Es kam mehrmals zu Entführungen georgischer Staatsbürger und Einheimischer.¹⁰

Östliche Partnerschaft

Seit dem 7. Mai 2009 ist Georgien mit fünf anderen Ländern (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Moldau und Ukraine) Mitglied der Östlichen Partnerschaft, einem Teilprojekt der europäischen Nachbarschaftspolitik. Im Rahmen der Östlichen Partnerschaft fördert und stärkt die EU ihre politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen zu diesen Ländern. Dadurch unterstützt die Europäische Union die Transformation in den Staaten zur Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freier Marktwirtschaft.¹¹ Deutschland unterstützte aktiv die Aufnahme von Georgien in die Östliche Partnerschaft und setzt sich bis heute für die Annäherung Georgiens an Europa ein.

Im Jahr 2019 feierte der Deutsche Bundestag die zehnjährige Östliche Partnerschaft und widmete dem Thema eine Debatte in der Plenarsitzung, in der über die Vertiefung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Ländern diskutiert wurde.

2012 – Regierungswechsel

Im Jahr 2012 wurde zum ersten Mal die Macht der Regierung friedlich an die neue Regierungspartei übergeben. Somit wurde der 1. Oktober 2012 ein wichtiges Datum für die demokratische Entwicklung Georgiens.

Neun Jahre regierte Micheil Saakaschwili mit seiner Partei „Nationale Bewegung“ nach der Revolution Georgien. Die Partei verfügte mittlerweile über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament und wurde von der Bevölkerung bereits nach der zweiten Wahlperiode mit Gewalt assoziiert. Es war Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu spüren. Im Herbst 2012 fanden die Parlamentswahlen statt, bei der die „Nationale Bewegung“ 40,34 Prozent der Stimmen erhielt und „Der Georgische Traum“ 54,97 Prozent. Folglich übernahm die neue Koalition „Der Georgische Traum“, die aus

¹⁰ Vgl. Thielko Griebel: Deutschlandfunk, online abrufbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/10-jahre-nach-dem-krieg-russland-suedossetien-und-georgien.724.de.html?dram:article_id=424011 (Stand: 06. Oktober 2020).

¹¹ Vgl. Auswärtiges Amt: Die Östliche Partnerschaft, online abrufbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/erweiterung-nachbarschaft/nachbarschaftspolitik/oestliche-partnerschaft-node> (Stand: 06. Oktober 2020).

mehreren Oppositionsparteien bestand, die Mehrheit in dem georgischen Parlament. Saakaschwili blieb bis zum Herbst 2013 im Amt. Zu dieser Zeit wechselte Georgien zu einer parlamentarischen Demokratie. Dadurch wurden die Macht und die Rolle des Präsidenten als einzelne Person weniger bedeutsam.¹²

Assoziierungsabkommen EU-Georgien

Der Weg Georgiens in die EU ist lang und voller Herausforderungen. Seit 2014 ist Georgien Mitglied der Vertieften und umfassenden Freihandelszone (DCFTA), die von der EU mit drei Ländern der Östlichen Partnerschaft geschlossen wurde und seit Juli 2016 ist das Assoziierungsabkommen EU-Georgien mit der vertieften und umfassenden Freihandelszone vollständig in Kraft getreten ist.¹³ Doch für die Georgier*innen war der 28. März 2017 das wichtigste Datum. Darauf hatten sie jahrelang gewartet. Die Visaliberalisierung. Zum ersten Mal durften georgische Staatsangehörige ohne Visum in die EU einreisen und zum ersten Mal fühlten sie sich als Teil Europas. Der pro-westliche Kurs vom 9. April zeigt sich in verschiedenen Studien. Gemäß der Studie vom NDI (National Democratic Institute) möchten beispielsweise 76 Prozent der georgischen Bevölkerung, dass Georgien Mitglied in der EU wird.

Fazit

Obwohl Georgiens Weg in die Europäische Union mit Schwierigkeiten verbunden und von Hindernissen belastet ist, ist der pro-westliche Kurs seit dem politischen Umbruch in den 90er Jahren grundsätzlich als ein vorteilhafter Prozess zu sehen. Im Rahmen des Assoziierungsabkommens sind noch viele weitere Schritte in neue Richtungen (Medienfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte usw.) zu gehen. Es ist eindeutig, dass die nach Westen gerichtete Politik zweifellos einen wertvollen Beitrag für die Demokratisierung des Landes leistet und der Wille vom 9. April für die Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie weiter gute Fortschritte für das Land bringen wird.

Salome Belkania, geb. 1991 in Tbilissi, Studium der Medienwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, Bachelorstudium Journalismus an der Staatlichen Universität Tbilissi, Georgien.

12 Vgl. Sabine Fischer / Uwe Halbach: Regierungswechsel in Georgien. Innen- und außenpolitische Akzente, in: SWP-Aktuell 2012/A 72, Dezember 2012, S. 1 f.

13 Vgl. Europäische Union: Beziehungen der EU zu Georgien, online abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eastern-partnership/georgia/> (Stand: 07. Oktober 2020).

Deutschland – die (mögliche) Leiterin der kommunistischen Vergangenheitsaufarbeitung

Im Herbst 2016 kam ich im Rahmen eines ERASMUS-Programms als Austauschstudentin nach Deutschland, anfangs nach Chemnitz. Für mich, als Litauerin, war diese Erfahrung sehr interessant. Im Laufe dieses Aufenthalts verstand ich, dass der gigantische und die Aussicht von Chemnitz immer noch prägende Karl-Marx-Kopf nur das äußere Erscheinen davon ist, wie sehr sich das historische Gedächtnis des Kommunismus und das seiner Niederlage in den Jahren 1989/1990 in Deutschland und in Litauen voneinander unterscheidet. Aus diesem Grund möchte ich in diesem Essay Unterschiede in der historischen Erinnerung schildern und anhand einer Reihe von Beispielen die Leitfrage der Herbstakademie „Erinnerung gestaltet Zukunft?“ bejahend beantworten.

Obwohl auch in Litauen mindestens bis zum heutigen Tag ein Teil der sowjetischen Denkmäler an ihren ursprünglichen Orten erhalten sind, auch wenn nicht unbestritten, wurden 1989-1994 insgesamt 42 sich in den Stadtzentren befindende Denkmäler demontiert.¹ In Anlehnung an David Johst kann der Weg, den der litauische Staat nach dem Demontieren wählte, als „Einlagerung der Denkmäler“ zusammengefasst werden.² Im Süden Litauens wurde damals der einzigartige Grūto Park eingerichtet, der ein Territorium von 20 Hektar umfasst und auf dem 46 demontierte sowjetische Denkmäler exponiert wurden. „Die Ausstellung dient dazu, den nach Litauen kommenden Gästen, den litauischen Einwohnern der heutigen und der zukünftigen Generationen die Möglichkeit zu geben, die bloßgelegte sowjetische Ideologie zu erblicken, die viele Jahrzehnte den Geist unseres Volkes erdrückte und verletzte“, so lautet die Information auf der Website. Entlang der 2 Kilometer langen Ausstellung findet man unter anderem auch Objekte, wie Wachtürme, die an die Deportationen nach Sibirien erinnern, welche die grausame Wirklichkeit jenseits der sowjetischen Propaganda zeigen.³ Dadurch bekommt der Besucher nicht den falschen Eindruck, dass mit diesem Park versucht wird, das sowjetische Regime zu verharmlosen.

Dem Beispiel folgend wurde 2011 das Museum sozialistischer Denkmäler im Oblast Odessa, Ukraine, gegründet, auf dessen Areal jetzt 130 sowjetische Skulpturen exponiert werden. Wenn auch fast 3 Jahrzehnte später, folgt die Ukraine dem Vorbild der baltischen Länder und setzt sich kritisch mit der sowjetischen Vergangenheit auseinander. David R. Marples formulierte es so:

1 Vgl. Rytė Šerėnaitė: Po Vilniaus istorijos: sovietiniai paminklai žymi visą Lietuvą, online abrufbar unter: <https://www.alfa.lt/straipsnis/49882725/po-vilniaus-istorijos-sovietiniai-paminklai-zymi-visa-lietuva> (Stand: 19.10.2020).

2 Vgl. David Johst: Demokratischer Denkmalsturz? Über den Umgang mit politischen Denkmälern der DDR nach 1989, online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/231079/demokratischer-denkmalsturz-ueber-den-umgang-mit-politischen-denkmaelern-der-ddr-nach-1989> (Stand: 19.10.2020).

3 Vgl. online abrufbar unter: <http://grutoparkas.lt/lauko-ekspozicija/> (Stand: 19.10.2020).

„there is little difference between the INR’s [Das Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung] interpretation of the 20th century and that of the governments of the Baltic States, and to a lesser extent the formerly Communist states of Eastern Europe“.⁴ Das, was in den baltischen Ländern schon 1991 verwirklicht wurde, sollte nun auch in der Ukraine umgesetzt werden. Gemeint ist das Verbot der kommunistischen Partei. Es stieß jedoch nicht nur auf die Kritik von russischer Seite (was an sich nicht überraschend ist), sondern auch auf Kritik von Seiten der europäischen Menschenrechtsorganisationen,⁵ denn sie verbirgt die Verbreitung der kommunistischen Ideologie unter der Schirmherrschaft der Meinungsfreiheit.

Die Gründe, warum sich der Standpunkt zum Kommunismus in Westeuropa einerseits und Mitteleuropa andererseits unterscheidet, liegen, wie schon erwähnt, im historischen Gedächtnis und damit nicht zuletzt darin, wie die aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion resultierenden politischen Umwälzungen verlaufen sind. Gleich ist, dass beide Länder, Deutschland und Litauen im Ergebnis von der Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit ausgehen können. Im Falle Deutschlands bedeutet das die Wiedervereinigung, im Falle Litauens – die Wiederherstellung der Unabhängigkeit. Mehr Gemeinsamkeiten scheint es in dieser Betrachtung allerdings nicht zu geben, weil sowohl die Vorgeschichte, d. h. die Umstände, unter denen sie hinter den Eisernen Vorhang geraten sind, als auch die Wege, wie die Gerechtigkeit erkämpft wurde, sich unterscheiden. Deutschland wurde in Folge des verlorenen Vernichtungskrieges geteilt, den es selbst 1939 anfang. Damit war es in den 1930er und 1940er Jahren kein passives Subjekt in den Händen der europäischen Mächte wie es zum Beispiel Polen war, das der Historiker Norman Davies als „God’s Playground“ bezeichnete. Die Bezeichnung lässt sich auch auf die baltischen Länder anwenden, darunter auch das Land Litauen, das sogar zweimal unter sowjetische Herrschaft kam, und zwar 1940 aufgrund des Molotow-Ribbentrop-Paktes und 1944 beim deutschen Rückzug. Diese verschiedenen Ausgangspunkte Deutschlands und Litauens haben zur Folge, dass die Deutschen sich einem Schuldgefühl für die Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges stellen. Deshalb betrachteten nicht wenige die Teilung Deutschlands als verdient, auch wenn dieses Zugeständnis nicht laut geäußert wird. Demzufolge empfinden sie Dankbarkeit gegenüber der Sowjetunion und besonders dem damaligen Generalsekretär Michail Gorbatschow, dass er die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglichte. So genießt Gorbatschow im historischen Gedächtnis Deutschlands große Ehre, was auch die große Zahl, der an ihn verliehenen Auszeichnungen und Ehrungen beweist, zum Beispiel, der Titel „Ehrenbürger von Berlin“ 1992.⁶

Entscheidend war bei der Wiedervereinigung Deutschlands, dass sie gewaltlos erreicht wurde, was in Litauen nicht der Fall war. Nachdem am 11. März 1991 Litauen die erste sowjetische Repu-

4 David R. Marples: Decommunization, Memory Laws, and “Builders of Ukraine in the 20th Century”, in: Acta Slavica Iaponica 39 (2018), S. 10.

5 Vgl. Maria Mälksoo: Decommunization in Times of War: Ukraine’s Militant Democracy Problem, online abrufbar unter: <https://verfassungsblog.de/decommunization-in-times-of-war-ukraines-militant-democracy-problem/> (Stand: 20.10.2020).

6 Vgl. online abrufbar unter: <https://www.parlament-berlin.de/de/Das-Haus/Berliner-Ehrenbuerger/Michail-Sergejewitsch-Gorbatschow?open&ref=gBVgPW136SHEQ> (Stand: 14.02.2021).

blik war, die die Unabhängigkeit erklärt hatte, folgte die von Gorbatschow verhängte Wirtschaftsblockade. Da es der Sowjetunion nicht gelang, den Willen der litauischen Bevölkerung, die Unabhängigkeit zu erlangen, zu brechen, kam es zur Anwendung von Gewalt. Am 13. Januar sind am Fernsehturm in Vilnius 14 friedliche Bürger erschossen oder von Panzern überrollt und mehr als 700 weitere Menschen verletzt worden. Am 31. Juli desselben Jahres fand das sogenannte Massaker von Medininkai statt. In der Folge des Angriffs von OMON-Einheiten wurden insgesamt 7 Grenzwächter erschossen. Gorbatschow lehnte mehrfach die Forderung Litauens ab, in den Gerichtsprozessen auszusagen und so bleibt seine Rolle in beiden Massakern unklar. Aufgrund dieser Gewaltanwendung und der Tatsache, dass Litauen zur sowjetischen Einflussphäre ohne jegliche eigene Schuld, als das „Spielzeug“ zwischen Deutschland und der Sowjetunion geriet, gibt es keinen Grund, warum die Litauer an Gorbatschow Gefallen finden sollten. Anders gesagt, die Unabhängigkeit Litauens wurde erkämpft und ist keine Gnade Gorbatschows gewesen, wie es im Falle Deutschlands sein mag.

Eine solche friedliche Entwicklung, wie die Friedliche Revolution in der DDR trug meiner Meinung nach dazu bei, dass die sowjetische Ideologie bzw. das sowjetische Regime aus heutiger Sicht in Deutschland verharmlost werden. In meinem Masterstudium der Geschichtswissenschaften seit 2019 an der Humboldt-Universität zu Berlin fand ich nicht nur im Rahmen einer Übung über den sozialistischen Realismus heraus, dass das am Anfang erwähnte Marx-Denkmal von dem Bildhauer Lew Kerbel (1917-2003) erschaffen wurde.⁷ Viel wichtiger und überraschender waren und sind für mich in Berlin neben Denkmälern und Straßennamen, vor allem die Einstellungen vieler junger Menschen im Hinblick auf die kommunistischen Ideologie. Für sie gehört der Kommunismus nicht nur der Vergangenheit an, sondern steht ebenso für das Streben nach der Zukunft. Zum Beispiel verbreiten sogenannte Marxistische Studierende in Berlin völlig ungehindert ihre links-extremistische Ideologie an der Humboldt-Universität. Unter der Schirmherrschaft von marxistischen Linken „Der Funke“ deklarieren sie ihren Kampf für „eine sozialistische Revolution“ und „die Überführung aller Schlüsselbereiche der Wirtschaft (Banken, Finanzinstitutionen, Großkonzerne) in öffentliches Eigentum“⁸ und bedauern die Wiedervereinigung Deutschlands: „Die herrschende Klasse der BRD und ihr Kanzler stießen in das Vakuum vor. Sie erkannten die historische Chance, die DDR rasch anzugliedern und hier den Kapitalismus wieder einzuführen.“⁹ Wenn sowohl die Deutsche Kommunistische Partei (DKP)¹⁰ als auch die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)¹¹ wegen der Programmpunkte durch die Verfassungsschutzbehörden beobachtet werden, warum gilt das Gleiche also nicht für die Marxistischen Studierenden?

7 Vgl. Thomas Christ: Der sozialistische Realismus: Betrachtungen zum Sozialistischen Realismus in der Sowjetzeit, Basel 1999, S. 128.

8 Vgl. online abrufbar unter: <https://www.derfunke.de/clubmenu/unser-programm> (Stand: 20.10.2020).

9 Vgl. online abrufbar unter: <https://www.derfunke.de/rubriken/geschichte/2559-30-jahre-mauerfall-teil-ii> (Stand 14.02.2021).

10 Vgl. online abrufbar unter: <https://www.im.nrw/deutsche-kommunistische-partei-dkp> (Stand: 20.10.2020).

11 Vgl. online abrufbar unter: <https://www.im.nrw/marxistisch-leninistische-partei-deutschlands-mlpd> (Stand: 20.10.2020).

Es ist lohnenswert zu bemerken, dass die schon erwähnten Marxistischen Studierenden 7 Ortsabteilungen haben. Nur eine davon (diejenige in Berlin ausgeschlossen) befindet sich im Territorium der ehemaligen DDR, und zwar in Magdeburg.¹² Außerdem haben sowohl die DKP als auch die MLPD ihre Hauptsitze im ehemaligen Westdeutschland und sind in diesen Regionen am aktivsten. Es mag paradox erscheinen, dass ausgerechnet dort, wo die kommunistische Diktatur niemals herrschte, die Kommunisten jetzt ihre Hochburgen haben. Auf der anderen Seite überrascht es nicht, da die Menschen in Westdeutschland die SED-Diktatur nicht erfuhren. Sie kennen die Ideologie nur aus Büchern. Auch wenn sie sich mit der SED-Diktatur auseinandergesetzt haben, war sie im Vergleich mit dem real erlebten Terrorregime in der Sowjetunion unter Lenin und Stalin letztendlich sehr mild. Deshalb erscheint Kommunismus für die Westdeutschen als die bessere oder für die Mitglieder der schon erwähnten Parteien sogar als sehr attraktive Alternative.

Wie erwähnt, wurde der Eindruck dadurch verstärkt, dass die politischen Umwälzungen in Deutschland am Ende friedlich verlaufen sind. Eine solche Einstellung ist gefährlich, da man über das Wesen der Sowjetunion aus der Perspektive der Erfahrung, die Deutschland 1989-1990 machte, urteilt. So kann für Westeuropäer auch das Ausmaß der Repressalien unter Lenin und Stalin als eher belanglos erscheinen.

Die Bundesrepublik ist in der europäischen Gemeinschaft für ihre Vergangenheitsbewältigung sehr bekannt und wird dafür respektiert. Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus wird auf verschiedenste Art und Weise sehr gepflegt. Was aber das Gedenken an den Opfer des Kommunismus angeht, so beschloss der Deutsche Bundestag erst im Jahr 2019 ein Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland zu errichten, wieder gegen die Stimmen der Linken.¹³ Der Beschluss ist aber bis zum heutigen Tag nur auf dem Papier geblieben, es fehlt sowohl ein Konzept als auch der Ort für das Mahnmal,¹⁴ das an die Opfer der SED-Diktatur erinnern soll. Wenn es in Deutschland am Verständnis für die Grausamkeit der kommunistischen Regime im Mitteleuropa fehlt, so, denke ich, sollte der Staat mindestens den eigenen Bürgern das gebührende Gedenken ermöglichen.

Weiterhin möchte ich fragen, ob die nicht stattgefundene staatliche Aufarbeitung der kommunistischen Ideologie auch dazu führen konnte, dass die schon erwähnte MLPD in Gelsenkirchen im Juni 2020 eine Lenin-Statue aufstellen konnte. Das Aufstellen der Statue ist hoch umstritten. Ein in dem Zusammenhang von der Stadt Gelsenkirchen beantragter Baustopp war vom Oberverwaltungsgericht NRW abgelehnt worden. Die Bezirksvertretung Gelsenkirchen hatte festgestellt, Lenin würde für Gewalt, Unterdrückung, Terror und schreckliches Leid stehen. Die MLPD hingegen

12 Vgl. Marxistische Studierende: Wer wir sind und was wir wollen, online abrufbar unter: <https://marxistischestudierende.de/> (Stand: 20.10.2020).

13 Vgl. Deutscher Bundestag: Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft gefordert, online abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw50-de-mahnmal-opfer-kommunismus-670584> (Stand: 24.10.2020).

14 Vgl. Deutscher Bundestag: Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft gefordert, online abrufbar unter: <https://www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/berlin-hat-keinen-platz-fuer-ehrerung-der-opfer-des-kommunismus> (Stand: 24.10.2020).

hält Lenin für einen „weltgeschichtlich bedeutenden Vordenker und Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie für die Massen“.

Der Stadt Gelsenkirchen ist es somit nicht gelungen, die Errichtung dieses Mahnmals zu verhindern. Auf der anderen Seite weckte dieses Ereignis das bürgerliche Engagement in Form von Demonstrationen und Protesten und zeigt, dass nicht alle Städte passiv in Bezug auf die Aufarbeitung der kommunistischen Ideologie sind.

Als Gegengewicht zu dieser Statue wurde im Schloss Horst, das sich direkt gegenüber der Statue befindet, die Ausstellung „Der Kommunismus in seinem Zeitalter“ eröffnet¹⁵ und ein Online-Videoprojekt in Gang gesetzt, das von Historikern eröffnet wurde, die sich mit der Geschichte des Kommunismus auseinandersetzen.¹⁶ Entscheidend für die Rolle, die Deutschland in der Aufarbeitung der kommunistischen Ideologie spielt sollte, sind die Fakten, die Dr. Alexander Friedman (Universität des Saarlandes) in seinem Kommentar hervorhob:

Bei der Vorbereitung und Durchführung der Oktoberrevolution 1917 profitierte Lenin von der finanziellen und logistischen Unterstützung des deutschen Generalstabs, setzte sich im nächsten Jahr für den für Deutschland sehr günstigen Friedensvertrag von Brest-Litowsk ein und träumte von der Etablierung der kommunistischen Herrschaft im Geburtsland des Marxismus sowie von einer Allianz zwischen Sowjetrußland und Sowjetdeutschland.¹⁷

Nicht nur die Rolle des Deutschen Reiches bei der Machtübernahme der Bolschewiki in Russland „lässt sich kaum überschätzen“, wie Gerd Koenen es formulierte, sondern auch diejenige des wissenschaftlichen Sozialismus,¹⁸ dessen Theoretiker Karl Marx und Friedrich Engels waren.¹⁹ Obwohl in Russland und der Sowjetunion erstmal versucht wurde, die marxistischen Ideen zu verwirklichen, ist ihre Heimat Deutschland, dessen östlicher Teil von 1945-1989 selbst die Erfahrung mit dem Sozialismus machte. Abgesehen davon, welches Leid die Versuche, diese Ideen zu verwirklichen, verursachten, fand in Deutschland die kritische Auseinandersetzung mit dem Marxismus und zugleich seinen Theoretikern nicht statt. Karl Marx wird immer noch als einer der wichtigsten deutschen Philosophen verehrt, was auch seine Ideen im positiven Licht erscheinen lässt. Die Bedeutung, die Marx als Vorbild zugerechnet wird, illustriert ein Zitat an meiner Universität.

15 Vgl. Deutscher Bundestag: Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft gefordert, online abrufbar unter: <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/enthuellung-lenin-statue-in-gelsenkirchen-100.html> (Stand: 25.10.2020).

16 Vgl. Gelsenkirchen: #keinplatzfuerlenin, online abrufbar unter: <https://www.gelsenkirchen.de/de/stadtprofil/stadtthemen/erinnerungskultur/keinplatzfuerlenin.aspx> (Stand: 25.10.2020).

17 Vgl. Ungekürzte Textstatements zur Aufstellung eines Lenin-Denkmal 2020 in Gelsenkirchen, online abrufbar unter: https://www.gelsenkirchen.de/de/stadtprofil/stadtthemen/erinnerungskultur/_doc/Textstatements_zur_Aufstellung_eines_Lenin_Denkmal.pdf (Stand: 25.10.2020).

18 Gerd Koenen: Spiel um Weltmacht. Deutschland und die Russische Revolution, online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/apuz/254460/spiel-um-weltmacht-deutschland-und-die-russische-revolution?p=0> (Stand: 25.10.2020).

19 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Sozialismus, online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20648/sozialismus> (Stand: 25.10.2020).

Sobald man das Foyer des Hauptgebäudes betritt, ist man damit konfrontiert: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“²⁰ Man könnte erwidern, dass Marx und Engels nicht verantwortlich dafür waren, wie ihre Ideen praktisch umgesetzt wurden. Das käme jedoch keiner staatlichen Aufarbeitung der kommunistischen Ideologie gleich.

Ich denke, dass der Titel „Deutschland – die Leiterin der kommunistischen Vergangenheitsaufarbeitung“ in dem Zusammenhang nicht passend wäre. Daher steht „mögliche“ in Klammern dazugeschrieben. Positiv ist, aus meiner Sicht allerdings die Wiedergutmachung für die Opfer des SED-Regimes zu bewerten. Weiterhin wollte ich mit diesem Essay zeigen, dass die Erinnerung an die Jahre 1989/1990 nicht nur die Zukunft, sondern in gewissem Maße auch die Art und Weise beeinflusst, wie an die noch tiefer in der Vergangenheit liegenden Ereignisse erinnert wird. Schließlich ist es für die Stärkung der europäischen Solidarität wichtig, bezüglich der kommunistischen Ideologie eine einheitliche rechtliche und damit auch erinnerungspolitische Stellung zu beziehen. Ohne Initiativen, wie zum Beispiel die *Resolution zur Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas*, sind die mittel- und osteuropäische Länder dazu gezwungen, in diesem großen Bund namens Europäische Union ein kleineres Bündnis zu schmieden, das sich auf ihre gemeinsame historische Erfahrung bezieht.

Roberta Bartkutė, geb. 1996 in Šiauliai, Litauen. Bachelorstudium Geschichte an der Šiauliai Universität und Europäische Geschichte als Auslandsjahr an der Technischen Universität Chemnitz, seit Oktober 2019 Masterstudium Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin.

20 Rolf Lautenschläger: Humboldt-Uni will Marx-Zitat murxen, online abrufbar unter: <https://taz.de/!1367755/> (Stand: 27.10.2020).

Deutschland als erinnerungspolitische Miniatur Europas und als Modell für eine europäische Geschichtserzählung?

„Nie wieder“ als entscheidender Fixpunkt in der deutschen Geschichtswahrnehmung und Erzählung

Deutschland wird aufgrund seines exzellenten Umgangs mit der eigenen Vergangenheit in Bezug auf den Nationalsozialismus immer wieder als Vorbild dargestellt. Zuletzt durch die amerikanische Philosophin Susan Neiman, die in ihrem Buch „Learning from the Germans“ stark betont, dass die Form der Erinnerungskultur möglicherweise eine Form ist, die der deutschen Kultur eigen und in vergleichbarer Art und Weise nicht in anderen Kulturräumen zu finden ist.¹ Diese spezifische deutsche Art der Geschichtsaufarbeitung hat weitreichende Konsequenzen, da sich aus der deutschen Perspektive auf die deutsche Geschichte auch immer wieder praktische Konsequenzen ergeben: zum Beispiel wenn aus den deutschen Gewaltverbrechen eine Verantwortung auch in der Außenpolitik abgeleitet wird, dass Vergleichbares „nie wieder“ geschehen dürfe. Das wohl prominenteste Beispiel dafür, wie das in der politischen Praxis aussehen kann, dürfte auch gut 20 Jahre später noch Joschka Fischers Rede zum NATO-Einsatz im Kosovo 1999 sein. Die Quintessenz von Fischers Begründung des Einsatzes war: „Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz; nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus.“² Diese Begründung war schon damals von heftigen Diskussionen darum begleitet, ob sie die deutsche Vergangenheit instrumentalisieren und moralisierend sei. Es scheint aber zunehmend fraglich, ob eine Legitimation der deutschen Außenpolitik, die vor allem in Deutschland selbst überzeugend ist, inzwischen, da die deutsche Politik zunehmend in die europäische Politik eingebettet ist, noch ausreichend sein kann. Umso mehr, als das Deutschland in der Europäischen Union inzwischen zunehmend in die Rolle eines „verwundbaren Hegemons“ gerät, der aufgrund seiner Vergangenheit seine Macht eher zur Vermittlung zwischen verschiedenen Positionen statt zum Aufzwingen eigener Positionen nutzt.³ Aus diesen Feststellungen ergeben sich interessante Fragen für den Umgang mit der deutschen Geschichte in Deutschland und ihren Konsequenzen für die Beziehungen Deutschlands zu seinen europäischen Nachbarn, insbesondere vor dem Hintergrund, dass ein „nie wieder“ ohne Ergänzungen in gewisser Weise lediglich eine negative Legitimation der Europäischen Union starkmacht. Hierbei gibt es Parallelen zu der von Fritz Scharpf vertretenen Auffassung, dass in der europäischen Wirtschaftspolitik der Mo-

1 Vgl. Susan Neiman: Learning from the Germans, London 2019, S. 34-36.

2 Vgl. Joschka Fischer: Rede des Außenministers zum Natoeinsatz, online abrufbar unter: https://www.lmz-bw.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Handouts/2018-06-13-fischer-kosovorede.pdf (Stand 16.10.2020), hier: S. 3.

3 Herfried Münkler: Macht in der Mitte, Hamburg 2015, S. 18.

des der negativen Integration überwiegt, der vor allem durch das Vermeiden von Zöllen und Handelshemmnissen im Gegensatz zur konsequenten Umsetzung von sozialen Rechten bestehe.⁴ Die Parallele zu den Konsequenzen der Geschichtspolitik besteht vor allem darin, dass Deutschland außenpolitisch, etwa bei der Beteiligung an humanitären Interventionen mit der Begründung „Nie wieder Krieg!“ eher das Unterlassen von Handlungen legitimiert. (Auch wenn es fraglich ist, wie lange sich dieser Modus in einem sich verändernden globalen Umfeld und in einer Europäischen Union im Wandel noch aufrechterhalten lassen wird.)

Im Zentrum des folgenden Essays soll vor diesem Hintergrund insbesondere die Frage stehen, wieso das andere große historische Ereignis des 20. Jahrhunderts in Deutschland, die Wiedervereinigung, bislang eine weniger prominente Stellung in der deutschen Geschichtserzählung und Erinnerungskultur einnimmt. Daran anschließend soll auch erörtert werden, warum das im Hinblick auf die Beziehungen zu den europäischen Nachbarn und Partnern Deutschlands ein gewinnbringendes Unterfangen sein könnte.

Die Wiedervereinigung als ein „Verschlucken“ Ostdeutschlands in der bundesrepublikanischen Geschichtserzählung

Wenden wir uns also zuerst der Frage zu, warum die Wiedervereinigung in der Geschichtsschreibung eine geringere Bedeutung zukommt. Es ist nicht so, dass die Wiedervereinigung keine Rolle spielen würde. Sie ist durchaus im kollektiven Bewusstsein verankert ist, wie die alljährlichen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit belegen. Allerdings wurde die Wiedervereinigung wohl das erste Mal 2015 mit der Aneignung des Rufes „Wir sind das Volk“ durch Neurechte Demonstranten als Begründung für politische Anliegen verwendet und dürfte bisher als Fixpunkt für die Rechtfertigung politischer Handlungen kaum tragfähig sein. Das muss nicht ausschließlich mit der Wahrnehmung der Wiedervereinigung zu tun haben, sondern kann auch in der Natur der Proteste begründet liegen, bei denen die Analogien zwischen Zensur in der DDR und der gegenwärtigen Bundespolitik offensichtlich nicht haltbar sind. Allerdings bleibt dennoch auffällig, dass „Nie wieder!“, wie bei der Debatte um die jugoslawischen Sezessionskriege, häufig auf beiden Seiten der Debatte als moralischer Fixpunkt zu erkennen ist. Das scheint in Bezug auf die deutsche Wiedervereinigung bisher nicht der Fall sein.

Ein erster Grund dürfte darin liegen, dass die Wiedervereinigung schlichtweg ein historisch näheres Ereignis ist, zu dem weniger historische Forschung vorliegt, die die Ereignisse einordnet und bewertet, teilweise sicher auch durch allgemeine Entwicklungen in der Geschichtswissenschaft bedingt. Zudem ist Ostdeutschland als zeithistorischer Forschungsgegenstand oft „nicht östlich genug für die Forschungen zu Ostmitteleuropa und nicht westlich genug für die Forschungen zur alten Bundesrepublik“.⁵ Außerdem wurde der Prozess der Wiedervereinigung oft als eine Art

4 Vgl. Fritz Scharpf: Negative und positive Integration, Frankfurt 2008.

5 Kerstin Brückweh: Das Vereinte Deutschland als zeithistorischer Forschungsgegenstand, in: APuZ 70 (2020), H. 28-29, S. 4-10, hier: S. 4.

„Aneignung“ der ehemaligen DDR durch die Bundesrepublik beschrieben, in dem die alte Bundesrepublik als der Referenzrahmen diene.⁶ Daraus ergibt sich dann die Problematik, dass nicht nur der Zusammenbruch des eigenen Systems mit allen daraus folgenden Konsequenzen eine originär ostdeutsche Erfahrung ist, sondern auch die Notwendigkeit, die Wahrnehmung und die Erzählungen über die eigene Geschichte entscheidend zu verändern, lediglich in Ostdeutschland vorhanden waren.⁷ Möglicherweise ist dies auch ein entscheidender Teil der Erklärung dafür, wieso sich die Ostdeutschen scheinbar häufig in den – meist von westdeutschen Politikern – dominierten Feierlichkeiten zur Einheit nur bedingt wiederfinden.⁸

Deutschland als „Miniatur Europas“?

Der Soziologe und Politikwissenschaftler Claus Offe hat erst vor Kurzem in einem Interview darauf hingewiesen, dass „nicht nur der Zusammenbruch des alten, sondern auch die Entstehung des neuen Regimes“ supranational getrieben wurde:

*„Denn was im deutschen Fall durch westdeutsche gesetzgeberische Dominanz bewegt wurde, vollzog sich zwischen 1993 (»Kopenhagen-Kriterien«) und 2013 (Beitritt Kroatiens zur EU) als ein großformatiger konditionalistischer Deal [...]“.*⁹

Der „konditionalistische Deal“, auf den Claus Offe anspielt, ist der von Ivan Krastev und Stephen Holmes problematisierte Deal, dass der Osten des europäischen Kontinents nach dem Zusammenbruch der Ordnung des Kalten Krieges größtenteils damit begann, das westliche Modell kapitalistischer, liberaler Demokratien nachzuahmen, statt einen „eigenen“ Beitrag zum europäischen Miteinander zu liefern und der Westen (bzw. Beamte aus Westeuropa, nicht zuletzt durch die Europäische Kommission verkörpert), im Gegenzug die nötigen finanziellen Mittel bereitstellte, aber so auch zum Richter über den Erfolg oder den Misserfolg der „Europäisierung“ der mittelosteuropäischen Staaten wurde.¹⁰ Zwar war der Beitritt zur EU für die DDR durch den Beitritt zur Bundesrepublik schneller zu bewerkstelligen als für die anderen ostmitteleuropäischen Staaten, das Baltikum oder die ehemaligen jugoslawischen Teilstaaten (bei denen die Beitrittsaussichten mancher Staaten, wie zum Beispiel Serbiens noch nicht endgültig geklärt sein dürften), dafür zahlten die Ostdeutschen aber einen hohen Preis. Anders als in den anderen mittelosteuropäischen Staaten gab es in Ostdeutschland keine „Nachrückereliten“, für die sich durch den historischen Bruch einmalige Karriere- und Lebenschancen in teilweise sehr jungem Alter ergaben, da aufgrund der fehlenden Sprachbarriere bereits eine entsprechende deutsche Elite aus der alten Bundesrepublik

6 Vgl. ebd. S. 6 f.

7 Steffen Mau / Claus Offe: Vom Einheitsrausch zum AfD-Kater? Steffen Mau und Claus Offe im Gespräch mit Claudia Czingon über 30 Jahre deutsche Einheit, in: Leviathan, 48 (2020), H. 3, S. 58-379, hier: S. 378.

8 Vgl. dazu Brückweh Das Vereinte Deutschland, S. 6.

9 Mau Offe / Einheitsrausch, S. 363.

10 Vgl. Ivan Krastev / Stephen Holmes: The light that failed: A reckoning, London 2019.

bereitstand, die diese Lücke dann auch größtenteils auffüllte.¹¹ Dies mag sicher auch damit zusammenhängen, dass die Bundesrepublik im Systemwettkampf des Kalten Krieges auf der Seite stand, die triumphierte und für die das Ende des Kalten Krieges daher keinen Anlass für kritische Selbstreflexion darstellte.¹² Andererseits ist die westdeutsche Dominanz über die ehemalige DDR vor allem zu Beginn der Nachwendezeit, vor dem Hintergrund, dass die Bürgerrechtsbewegung in der DDR anders als in anderen mittelosteuropäischen Staaten nicht in der Lage war, sich auf ein Ziel das über den Umsturz des SED-Regimes hinausging zu verständigen, wohl anders einzuordnen als die Dominanz der westlichen EU-Staaten über die Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes im Rahmen der Integration von Nationalstaaten in die neu erschaffene EU.¹³ Eine weitere auffällige Parallele besteht dagegen, wie Steffen Mau feststellt, in der „Unternutzung des demokratischen Potenzials, das auch aus der Bürgerrechtsbewegung und der friedlichen Revolution hervorging, und [...] [der] Übernutzung des Potenzials nationaler Mobilisierung mit langfristigen Folgewirkungen.“¹⁴ Dies wird insbesondere daran deutlich, dass die Ostdeutschen in ihrer Erwartung an eine Vereinigung mit einer ethnisch homogeneren westdeutschen Gesellschaft, die sich inzwischen in eine zunehmend pluralistische und heterogene Gesellschaft verwandelt hatte, enttäuscht wurden.¹⁵ Das Gleiche gilt auf europäischer Ebene, wo das Verständnis von Nationalstaaten und Nationalität der ostmitteleuropäischen Mitgliedsstaaten sich vor allem auf Herders Verständnis der „Kulturnation“, die durch Sprache, Kultur und häufig Religion gekennzeichnet ist, bezieht, während spätestens seit 2015 deutlich wurde, dass westliche Politiker wie Angela Merkel ein universalistisches Verständnis von Nationalität bevorzugen, das vor allem auf Werten wie den Menschenrechten und ihrem Schutz basiert.¹⁶

Es gibt also einige Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede aus der Wendezeit für Ostdeutschland und Ostmitteleuropa. Insbesondere im Hinblick auf die Gemeinsamkeiten stellt sich aber natürlich dringend die Frage, ob und was aus ihnen für die gemeinsame Zukunft von Ost- und Westeuropäern in einem vereinigten Europa gelernt werden kann. Dies umso mehr, da seit 2015 offensichtlich ist, dass diese Trennlinie in mancher Hinsicht auch 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhanges und über eine Dekade nach der Aufnahme der Ostmitteleuropäischen und baltischen Staaten in die EU bestehen geblieben ist.¹⁷

Daraus ergibt sich, dass der Deutsche Einigungsprozess in seiner Form des „Beitritts“ des Staates mit gescheitertem Model zum „Sieger“ des Kalten Krieges eine unübersehbare Parallele zum

11 Vgl. Mau / Offe Einheitsrausch, S. 364.

12 Vgl. ebd., S. 365.

13 Vgl. ebd., S. 362.

14 Ebd., S. 364.

15 Vgl. ebd., S. 371.

16 Vgl. Jacques Rupnik: The Specter Haunting Europe: Surging Illiberalism in the East, in: Journal of Democracy, 27 (2016), H. 4, S. 77-87, hier: S. 83-84.

17 Vgl. insbes. für den Fall der Visegrád-Staaten dazu Aliaksei Khazarski: An ad hoc Regionalism? The Visegrád Four in the “Post-Liberal” Age, in Polity, 52 (2020), H. 2, S. 250-272, hier: S. 260.

Prozess der europäischen Integration seit 1989 aufweist. Der Beitrittsprozess selbst unterscheidet sich aber dadurch, dass die Bedingungen zum Beitritt auf europäischer Ebene institutionalisiert wurden und folgerichtig auch wesentlich stärker mit einem institutionalisierten Prozess der „Fortschrittskontrolle“ verbunden waren¹⁸, als auf deutscher Ebene, wo die Bedingungen, wie die Einführung der sozialen Marktwirtschaft und der D-Mark, zwar vorhanden waren, aber abgesehen von der Treuhand kaum in formale Institutionen überführt wurden.¹⁹ Eine weitere Gemeinsamkeit, die für die gegenwärtigen Spannungen innerhalb der EU entlang der ehemaligen Blockgrenzen, wie oben ausgeführt, erhebliches Erklärungspotenzial bieten dürfte, ist, dass der Beitritt nicht nur territorial zur Bundesrepublik bzw. zum Schengen Raum oder der EU erfolgte, sondern dass damit zumindest oberflächlich auch ein Beitritt zur Geschichtserzählung über das 20. Jahrhundert des europäischen Westens erfolgte. Daran anknüpfend soll nun die Frage beantwortet werden, ob es eine Möglichkeit gibt, auf die aktuellen Spannungen zu antworten, die neue Perspektiven für ein deutsches und europäisches Miteinander zwischen Ost und West aufzeigen kann.

Das Europa der Projekte

In Ihrem 2019 erschienenen Buch „Der europäische Traum: vier Lehren aus der Geschichte“ nennt die Literaturwissenschaftlerin Aleida Assmann, die viele Jahre zur Erinnerungskultur geforscht hat, vier Lehren, die Europa aus der Geschichte gezogen hat und aus denen sich Projekte entwickelt hätten.^{20,21} Assmann zufolge sind „das Friedensprojekt und das Demokratisierungsprojekt [...] nach 1945 entstanden und wurden nach 1989 neu getestet...die Erinnerungskultur und die Menschenrechte [...] erst nach 1989 dazu gekommen“.²² Assmann betont aber, dass die „neue Erinnerungskultur“ „dialogisch ist, da es nur so möglich sei, tragfähige Verständigungen über die Bedeutung der Vergangenheit, auch über Ländergrenzen hinweg, erreichen zu können.“²³ Assmann sieht die Vorbildlichkeit der Deutschen im Umgang mit ihrer Gewaltgeschichte durch das Modell des Trennungsstrichs veranschaulicht:

Ein Trennungsstrich ist komplexer als ein Schlußstrich: Durch ihn grenzt man sich in der Gegenwart von einer Vergangenheit ab, die man sich aber gleichwohl weiter zurechnet. Man übernimmt für sie Verantwortung und distanziert sich gleichzeitig von ihr, durch bewusste Reflektion, durch Historisierung und vor allem durch eine Umwertung der Werte. Der Trennungsstrich ist die Form der Auseinandersetzung mit einer Vergangenheit, die man nicht einfach loswerden kann, die man aber auf keinen Fall wiederholen möchte. Der moralisch gestützte Imperativ eines „Nie wie-

18 Vgl. Frank Schimmling / Ulrich Sedelmaier (Hg.): *The Europeanization of central and eastern Europe*, Ithaca, New York 2005.

19 Vgl. Dalia Marin: 30 Jahre Politikversagen: Deutschland mit zwei Seelen, in: *Wirtschaftsdienst* 99 (2019), H. 10, S. 670-671.

20 Aleida Assmann: *Der europäische Traum: vier Lehren aus der Geschichte*, München 2019.

21 Vgl. zu Assmanns Forschungen zur Erinnerungskultur insbes.: Aleida Assmann: *Der lange Schatten der Vergangenheit: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2006. und Aleida Assmann: *Auf dem Weg zu einer europäischen Gedächtniskultur*, Wien 2012.

22 Assmann, *Traum*, S. 20.

23 Vgl. ebd., S. 42.

der!“ wird dabei zu einer klaren Richtschnur für die Zukunft der Landes und seiner Gesellschaft“ Diese Zukunft aber wird gerade nicht auf Vergessen, sondern umgekehrt auf Erinnern, Lernen, Reflektieren und Versöhnen gebaut.²⁴

Es ist nötig, Assmann hier so ausführlich zu zitieren, da an diesem Zitat sehr deutlich wird, dass sie die Verantwortung für die eigene Vergangenheit in erster Linie mit einer Distanzierung zu den Geschehnissen der Vergangenheit verbindet. Am „Nie wieder!“ wird deutlich, dass sie, wie Joschka Fischer, auf die Gewaltvergangenheit der Deutschen rekrutiert. Wie sie selbst jedoch feststellt, ist diese Möglichkeit der Vergangenheitsbewältigung oft von einer starken Fokussierung auf die eigene Opfergeschichte verstellt.²⁵ Diese Fokussierung dürfte aber nicht nur mit dem „Platzmangel“ für andere in der eigenen Erzählung zusammen hängen, sondern auch mit dem Bedürfnis nach positiver Identifikation, das von Assmann an dieser Stelle unerwähnt bleibt.²⁶

Die Wiedervereinigung in Deutschland und Europa als Ergänzung und Erweiterung der Geschichtserzählungen

Was kann aus diesen Überlegungen folgen? Es ergibt sich insbesondere im Hinblick auf das Fehlen von spezifisch ostdeutschen oder „osteuropäischen“ Erfahrungen in der deutschen und europäischen Geschichtserzählung die Möglichkeit, gerade die Erfahrungen von 1989 und 1990 zu einem positiven Identifikationspunkt umzudeuten. Um jedoch zu vermeiden, dass dies lediglich zu einem Rückfall in Heldenmythen und Nationalismen führt, könnten zwei weitere Modifikationen der entsprechenden Erzählungen erfolgreich sein. Die erste Anpassung könnte etwa in Anlehnung an Assmanns Konzept „differenzierter Trennstrich“ genannt werden. Dieser Trennstrich würde dann so zu verstehen sein, dass man sich von Teilen der DDR-Vergangenheit, wie dem Überwachungsstaat, abgrenzt und sie sich zugleich weiter zurechnet, während man sich den institutionalisierten Antifaschismus der DDR zu eigen machen könnte, ohne ihn politisch zu instrumentalisieren, wie es in der DDR zumindest teilweise der Fall war. Außerdem würde es auch die Möglichkeit bieten, die Demokratiebewegung der DDR in eine gesamtdeutsche Erzählung über das 20. Jahrhundert einzufügen. Diese Ergänzung würde, die deutsche Erzählung auch besser in die europäische Erzählung von der Verwirklichung der Menschenrechte mit dem Fall des Eisernen Vorhangs integrieren. Dies würde die Chance eröffnen, nicht nur die „alten Projekte“ neu zu testen, sondern auch die Erinnerungskultur und die Menschenrechte stärker miteinander zu verbinden. Die Erinnerung an die demokratischen Revolutionen sollten zu einem Fixpunkt der Debatte, mit dem politische Notwendigkeiten begründet, werden. Ein aktuelles Beispiel sind die Entwicklungen in Belarus, bei denen die Demokratiebewegung dort im Sinne der Erinnerungskultur, der Menschenrechte und des Friedens zu unterstützt werden sollte. Dies sollte damit begründet werden, dass die Bürger dort auch die Chance zu einer so deutlichen Verbesserung ihrer Lebensumstände haben, wie das 1989

24 Vgl. ebd., S. 44.

25 Vgl. ebd., S. 42.

26 Vgl. ebd.

und 1990 der Fall war. Natürlich sollte beim Versuch, die europäische (und deutsche) Erzählung über das 20. Jahrhundert zu ergänzen, auch die Problematisierung einer eindeutigen Einordnung in Täter und Opfer nicht zu kurz kommen. An diesen Gedanken anknüpfend sollte die Erinnerung an 1989 und 1990 nicht einfach genutzt werden, um ein Heldennarrativ zu schaffen, sondern um gezielt darauf hinzuweisen, dass „NS-Verfolgte im Nachkriegskommunismus zu Verfolgern, Regimekritiker zu Stasi-Ermittlern werden, Soldaten Täter wie Opfer sein können“.²⁷ Durch die beiden Figuren des „problematischen Opfers“ und des „problematischen Helden“ könnte eine solche Geschichtserzählung negative und positive Identifikationspunkte stärker miteinander verbinden und durch diese Differenzierung die Verfestigung von isolierten nationalen Erzählungen zumindest aufweichen. Dies dürfte nicht zuletzt im Hinblick auf einen gemeinsamen europäischen Referenzrahmen zur Verständigung über die gemeinsame Geschichte, ein lohnendes, wenn auch nicht ganz einfaches Unterfangen sein.

Simon Eckert, geb. 1995 in Filderstadt, Bachelorstudium der Philosophie, Politik und Ökonomik an der Universität Witten / Herdecke und an der Universität Lettlands, Riga.



²⁷ Sabine Offe: Opfererzählungen. Europäische Gedächtnisorte, in Moritz Csáky / Johannes Feichtinger (Hg.) Europa – geeint durch Werte? Die europäische Wertedebatte auf dem Prüfstand der Geschichte, Bielefeld 2007, S. 133-143.

Die Romantisierung der lettischen Autonomiebewegung zwischen 1986 und 1991 im gegenwärtigen Feier- und Gedenktagskalender

Der moderne Feier- und Gedenktagskalender in Lettland hat seinen Ursprung in den 1980er-Jahren. Damals wurde im Zuge der Entwicklung der lettischen Autonomiebewegung der sowjetische Feiertagskalender zunehmend abgelehnt. Sowjetische Feiertage wurden als Teil der kulturellen Unterdrückung der lettischen Nation verstanden. Aus diesem Grund sollten eigene nationale Erinnerungstage und Rituale erfunden oder aus der Zeit vor der sowjetischen Okkupation wiedereingeführt werden. Ende der 1980er-Jahre fanden anlässlich der Jahrestage großer Ereignisse der Republik Lettland, wie der Unabhängigkeitserklärung vom 18. November 1918, und sowjetischer Repressionen, beispielsweise der Massendeportationen vom 14. Juni 1941, die sogenannten Kalenderdemonstrationen statt.¹ Diese illegalen Volksversammlungen dienten der Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Verbreitung sowie der Verfestigung der nationalen Idee. Außerdem wurden die feierlichen Rituale und Gedenkrituale, wie das Hissen der Nationalflagge, die Niederlegung von Blumen am Freiheitsdenkmal in Riga, das Kleiden in der Nationaltracht sowie das Singen von Volksliedern, auf den Demonstrationen (wieder-)eingeführt.

Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit der Lettischen Republik 1991 führte das Parlament per Gesetz² eine Reihe von Feier- und Gedenktagen ein, die die historische Kontinuität der Ersten Republik aufzeigen, mit denen an die sowjetische Okkupation sowie Repressionen gedacht werden soll und Lettland als Teil der europäischen Erinnerungskultur darstellen. Darüber hinaus sollte der feierliche Kalender an die Ereignisse während der *atmoda* (Erwachen) erinnern. Die Autonomiebewegung zwischen 1986 und 1991 wird oft als *trešā atmoda* (drittes Erwachen) oder einfach als *atmoda* bezeichnet. Damit wird an die vorherigen zwei Wellen des kulturellen Erwachens in der lettischen Geschichte angeknüpft: Die erste entwickelte sich Mitte des 19. Jahrhunderts und die zweite, politischere Welle führte zur Proklamation der unabhängigen Republik Lettland im Jahre 1918.

Die der *atmoda* gewidmeten Erinnerungstage sind heute der 20. Januar – Tag des Gedenkens an die Barrikaden von 1991, der 4. Mai – Tag der Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Lettischen Republik, der 21. August – Tag der Verabschiedung des Verfassungsgesetzes ,Über den staatlichen

1 Vgl. Rebekka Blume: Das lettische Okkupationsmuseum: das Geschichtsbild des Museums im Kontext der Diskussionen über die Okkupationszeit in der lettischen Öffentlichkeit, in: Arbeitspapiere und Materialien/Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Bd. 83, Bremen 2007, S. 23.

2 Vgl. Latvijas Republikas Likums: Par svētku, atceres un atzīmējamām dienām, online abrufbar unter: <https://likumi.lv/ta/id/72608-par-svetku-atceres-un-atzimejamam-dienam> (Stand: 06.11.2020).

Status der Republik Lettland' und der 23. August – der Baltische Weg und gleichzeitig seit 2009 der europäische Tag des Gedenkens an die Opfer des Stalinismus und Nationalsozialismus.

Ziel dieser Arbeit ist es, die in der Feier- und Gedenkkultur existierenden Bilder, Darstellungen und Narrative über die *atmoda* zu analysieren und nachfolgende Fragen zu beantworten: Wie wird an die *atmoda* jährlich erinnert? Welche Rituale finden an den vier Erinnerungstagen statt? Welchen ideologischen Hintergrund haben sie?

Im Zuge der Perestroika entstand in Lettland Mitte der 1980er-Jahre im Untergrund eine organisierte politische Bewegung, die das Ziel hatte, die lettische Sowjetrepublik autonom von der Zentrale in Moskau zu regieren. Dafür war eine öffentliche Thematisierung des bisher verschwiegenen Geheimprotokolls des Hitler-Stalin-Pakts ausschlaggebend, denn das Geheimprotokoll belegte die Gesetzeswidrigkeit der Inkorporation der baltischen Republiken in die Sowjetunion.³ Um die Einigkeit der baltischen Bevölkerung im Bestreben, den Mythos über den freiwilligen Eintritt in die UdSSR zu zerstreuen, zu demonstrieren, bildeten Menschen aus Estland, Lettland und Litauen am 23. August 1989, 50 Jahre nach der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts, eine rund 600 Kilometer lange Menschenkette zwischen den Hauptstädten Tallinn, Riga und Vilnius. Diese Aktion wurde als ‚Baltischer Weg‘ bezeichnet.

Die Lettische Volksfront (*Latvijas Tautas Fronte*), 1988 gegründet, gewann im Anschluss im März 1990 die lokalen Wahlen zum Obersten Rat und nutzte diesen Erfolg, um durch die Erklärung der Unabhängigkeit am 4. Mai 1990 das ideologische und politische Monopol der Kommunistischen Partei aufzuheben. Mit dieser Unabhängigkeitserklärung *de jure* begann eine Übergangsperiode, die am 21. August 1991, am Tag des Putsches in Moskau, mit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit endete. Sie verlief allerdings nicht absolut gewaltfrei – vom 13. bis zum 27. Januar 1991 verteidigten die Einwohner*innen Rigas die Telekommunikationszentren und Regierungsgebäude durch Barrikaden vor dem Sturm der sowjetischen Spezialeinheiten der Polizei (*OMON*). Am 20. Januar 1991 kam es dabei zu Todesopfern.⁴

In der heutigen Geschichtsschreibung Lettlands wird die Autonomiebewegung zwischen 1986 und 1991 als nationale Befreiung von einer imperialen Macht dargestellt. Die Autonomiebewegung wird als erfolgreiche Befreiung des lettischen Volkes (einer ethnischen Gruppe, die sich durch eine gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte definiert) vom sowjetischen Joch verstanden, das Repressionen und Massendeportationen⁵ und die Unterdrückung der lettischen Kultur und Sprache⁶ mit sich brachte. Die Verkündung der Unabhängigkeitserklärung der Republik Lettland am

3 Baiba Kuške: Radio arhīvu dārgumi: Atklāti runā par Latvijas okupāciju, online abrufbar unter: <https://www.lsm.lv/raksts/kultura/izklaide/radio-arhivu-dargumi-atklati-runa-par-latvijas-okupaciju.a104312/> (Stand: 06.11.2020).

4 Aleksandrs Mirlins (Hg.): Janvāra hronika: Latvijas Republikas Augstākās padomes barikāžu laika preses relīzes, Riga 2016, S. 180 ff.

5 Mehr dazu: Daina Bleiere: Repressions against Farmers in Latvia in 1944-1953, in: Symposium of the Commission of the Historians of Latvia: The Hidden and Forbidden History of Latvia under Soviet and Nazi Occupations 1940-1991, 14 (2005), S. 242-255.

6 Mehr dazu: Jānis Riekstiņš: Colonization and Russification of Latvia 1940-1989, in: Ebd., S. 228-242.

4. Mai 1990 gilt als Restauration der demokratischen Republik, die durch die sowjetische Okkupation infolge des Abschlusses des Hitler-Stalin-Pakts im August 1939 unterbrochen wurde.⁷

Laut dem Historiker Gatis Krūmiņš zeigte die Autonomiebewegung nicht nur die „Stärke der Nation im Kampf mit der kolonialen Großmacht“⁸, sondern „war einer der wichtigsten Impulse, die zum Zusammenbruch der totalitären sowjetischen Macht beigetragen hatten“⁹. Laura Ardava resümiert, dass in der akademischen Geschichtsschreibung der Erfolg der Autonomiebewegung durch eine sorgfältige strategische Planung jedes Schritts der Volksfront begründet wird.¹⁰ Auf dem Weg zur Unabhängigkeit setzte die Volksfront eine parlamentarische demokratische Reform um und sicherte die politische Transformation rechtlich.¹¹ In der Geschichtsschreibung wird zudem die gewaltfreie und nichtmilitärische Natur der *atmoda* betont.¹² Als prägnantestes Beispiel des gewaltfreien Widerstands gilt der Baltische Weg, der beispielsweise laut dem Historiker Imants Cīrulis „die Sympathien in den Augen der Weltgemeinschaft gewann“¹³. Der lange Weg zur Unabhängigkeit fand schließlich mit der Verabschiedung des Verfassungsgesetzes über den Austritt aus der UdSSR am 21. August 1991 ein Ende. Dabei wird oft übersehen, dass Boris Jelzin, der damalige Präsident der UdSSR, mit dem Dekret vom 24. August als Erster die Unabhängigkeit Lettlands anerkannte und auf diese Weise den Abzug der sowjetischen Truppen aus Lettland begünstigte.

Die Erinnerungstage an die *atmoda* dienen dazu, die Elemente der nationalen Identität zu popularisieren, die Wende als Befreiung von der Okkupationsmacht zu legitimieren und die staatliche Entwicklung seit 1991 positiv darzustellen. Bereits am 3. Oktober 1990 verordnete der Oberste Rat Lettlands, den 4. Mai als Gedenktag an die Verkündung der Unabhängigkeit der Republik Lettland in den Kalender einzutragen.¹⁴ Zwölf Jahre später wurde mit dem Wechsel des Parlaments der 4. Mai arbeitsfrei¹⁵ und im April 2011 wurde er in den ‚Tag der Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Lettischen Republik‘ umbenannt.¹⁶ Die Leiterin der Kommission für Menschenrechte und öffentliche Angelegenheiten, Ingrida Circene, behauptete damals, dass diese Umbenennung die

7 Vgl. Irēne Šneidere: The First Soviet Occupation Period in Latvia 1940-1941, in: Ebd., S. 33-43, hier: S. 34 f.

8 4. maijs – Latvijas neatkarības atjaunošanas diena, online abrufbar unter: <http://www.babite.lv/lv/4-maijs-latvijas-neatkaribas-atjaunosanas-diena/> (Stand: 06.11.2020).

9 Ebd.

10 Vgl. Laura Ardava: Latvijas Trešās atmodas sociālās atmiņas un komemorācijas diskurss medijos (1988-2014), Latvijas Universitāte. Sociālo zinātņu fakultāte 2015, online abrufbar unter: <https://dspace.lu.lv/dspace/handle/7/31333> (Stand: 06.11.2020), S. 81.

11 Vgl. ebd.

12 Z. B.: Valdis Blūzma (Hg.): Nevardarīgā pretošanās: Latvijas neatkarības atgūšana dokumentos (1945-1991). 4. sējums. Latvijas neatkarības idejas uzturēšana trimdā (1945-1991), Rīga 2017.

13 Imants Cīrulis: 4. maijs – aprīlī 30 gadu kopš Latvijas Republikas neatkarības atjaunošanas, online abrufbar unter: https://www.delfi.lv/news/national_politics/4-maijs-april-30-gadu-kops-latvijas-republikas-neatkaribas-atjaunosanas.d?id=52107975 (Stand: 06.11.2020).

14 Vgl. Latvijas Republikas Likums: Par svētku, atceres un atzīmējamām dienām.

15 Vgl. Grozījumi likumā „Par svētku un atceres dienām“, online abrufbar unter: <https://likumi.lv/ta/id/60998-grozijumi-likuma-par-svetku-un-atceres-dienam-> (Stand: 06.11.2020).

16 Vgl. ebd.

symbolische Bedeutung dieses Datums stärken würde.¹⁷ Ergänzend sei erwähnt, dass am 4. Mai und am 21. August, laut gesetzlicher Verordnung, die Nationalflaggen an öffentlichen sowie privaten Gebäuden gehisst werden müssen.¹⁸

Demnach gilt der 4. Mai, nach dem 18. November als zweitwichtigster Tag in der staatlichen Geschichte Lettlands. Die grundlegenden Rituale dieses Tages sind landesweite ökumenische Gottesdienste sowie eine feierliche Sitzung im Parlament, die an die Sitzung und die Verabschiedung der Deklaration im Jahre 1990 erinnern soll. An dieser feierlichen Tagung sind das Ministerkabinett, der Präsident bzw. die Präsidentin sowie die Mitglieder des damaligen Obersten Rats anwesend. Nach der Sitzung spricht der Präsident oder die Präsidentin die Bürger*innen an.¹⁹ Sowohl Gottesdienste, Parlaments-sitzung als auch die Präsidentenansprache werden im Fernsehen, Radio und im Internet übertragen. Das Niederlegen von Blumen am Freiheitsdenkmal und das Singen der Staatshymne sind unveräußerliche Symbole aller Erinnerungstage in Lettland, somit auch des 4. Mai.

Im Jahre 2011 beschloss das Parlament, mehr Bürger*innen in die Feierlichkeiten am 4. Mai einzu-beziehen, denn eine Umfrage, die 2010 im Rahmen des staatlichen Forschungsprogramms ‚Natio-nale Identität‘ durchgeführt wurde, ergab, dass 77,5 Prozent der Befragten den 4. Mai nicht feiern.²⁰ Seitdem entwickelt jede Stadtregierung jährlich ein Programm mit der Wiederherstellung der Un-abhängigkeit gewidmeten Veranstaltungen. Dabei handelt es sich beispielsweise um Kunst- und historische Ausstellungen, Konzerte der Volks- und Popmusik, Filmvorführungen oder Sportaktivi-täten, deren Teilnahme in der Regel kostenlos ist.²¹ Die Vielfalt des in dem Zusammenhang dar-gebotenen Programms, welches vom jeweiligen Stadtbudget getragen wird, soll Interesse bei mög-lichst vielen Menschen in allen Altersgruppen mit unterschiedlichen Interessen wecken. Am aufwen-digsten wird der 4. Mai alle fünf Jahre gefeiert.

Im Jahre 2016 behauptete die Kulturministerin Dace Melbārde, dass der 4. Mai als Feiertag genauso wichtig wie der 18. November sei, denn „dank der Wiederherstellung der Unabhängigkeit können wir 26 Jahre lang die Bücher, die wir wollen, lesen, die Lieder, die wir wollen, singen, wir können rei-sen, wir können unsere Freiheit feiern“²². Der 4. Mai steht somit für die Wiederherstellung der kultu-rellen Autonomie und die Entwicklung nach der Wende wird ausschließlich positiv bewertet.

17 Vgl. 4.maija svētkus pārdēvē par Latvijas Republikas Neatkarības atjaunošanas dienu, online abrufbar unter: <https://www.apollo.lv/5630263/4-maija-svetkus-pardeve-par-latvijas-republikas-neatkaribas-atjaunosanas-dienu> (Stand: 06.11.2020).

18 Vgl. 7.pants. Latvijas valsts karoga lietošana svētku, atceres un atzīmējamās dienās, in: Latvijas valsts karoga likums, online abrufbar unter: <https://likumi.lv/ta/id/200642-latvijas-valsts-karoga-likums> (Stand: 06.11.2020).

19 Vgl. ebd.

20 Vgl. Vita Zelče: Anomija Latvijas svētku un piemiņas dienu kalendārā un praksē, in: Aija Zobena (Hg.). Apmaldījušies brīvībā: anomija mūsdienu Latvijā = Lost in Freedom: Anomy in Contemporary Latvia, Riga 2018, S. 104-150, hier: S. 118.

21 Vgl. Aleksandrs Rube: 4. maija svinības Daugavpilī, online abrufbar unter: <https://latgaleslaiks.lv/raksti/2018-05-03-4-maija-svinibas-daugavpili> (Stand: 06.11.2020); 4. maija svinības Ventspilī, online abrufbar unter: <https://lv100.lv/jaunumi/4-maija-svinibas-ventspili/> (Stand: 06.11.2020).

22 Premjers: 4.maijs ir visas tautas, nevis tikai deputātu svētki, online abrufbar unter: <https://www.lsm.lv/raksts/zinas/latvija/premjers-4.maijs-ir-visas-tautas-nevis-tikai-deputatu-svetki.a181062/>, (Stand: 06.11.2020).

Darüber hinaus schlug das Kulturministerium 2016 eine neue Tradition vor: Am 4. Mai sollen sich Familien, Freund*innen, Nachbar*innen und Kolleg*innen an einem Tisch mit weißer Decke versammeln. Die Tradition soll als ‚Fest der weißen Tischdecke‘ bezeichnet werden und laut Kulturministerin Melbārde, die Menschen dazu inspirieren, eigene Erinnerungen an die Wende zu teilen, so dass die Jüngeren mehr über die Geschichte der Wende in der eigenen Familie und außerhalb erfahren.²³ Dieser Vorschlag löste sowohl Zustimmung als auch Skepsis aus. Gemäß einer Umfrage wird diese Tradition nur zögernd angenommen, da sich die Menschen über die Gleichsetzung der weißen Tischdecke mit staatlichen Symbolen wie der Flagge und der Hymne wundern.²⁴ Darüber hinaus sahen sie keinen Zusammenhang zwischen der historischen Wiedererlangung der Unabhängigkeit und dem Essensritual.²⁵

Die Staatsführung schien zudem über das Vergessen der *atmoda* durch den Generationswechsel besorgt. Aus diesem Grund übernahm der Staatspräsident Egils Levits, einer der Autor*innen der Deklaration vom 4. Mai, im Jahre 2020 die Aufklärung der jüngeren Generationen und hielt am Vorabend eine Online-Vorlesung über die Ziele und Erfolge der *atmoda* ab. Diese trug den Titel ‚Warum der 4. Mai?‘. In der Vorlesung erklärte Levits, dass der 4. Mai ein „symbolisches Datum“²⁶ sei und einen Umbruch sowie den Übergang vom „Leben im okkupierten Territorium“²⁷ zum „Leben im eigenen demokratischen Land“²⁸ repräsentiere.

Der **21. August**, der Tag der Annahme des Verfassungsgesetzes ‚Über den staatlichen Status der Republik Lettland‘, hat als Feiertag eher eine formale Bedeutung und wird im Vergleich zum 4. Mai schlichter gefeiert. Vom Alltag unterscheidet sich der 21. August durch Gottesdienste, die Niederlegung von Blumen am Freiheitsdenkmal und eine feierliche Tagung im Parlament. Aufgrund des Wunschs des Parlaments, mehr Bürger*innen in die Feierlichkeiten einzubeziehen, wurde der 21. August 2011 und 2016 außerordentlich groß gefeiert. In diesen Jahren fanden zahlreiche Konzerte statt und in den Museen wurden thematische Ausstellungen vorbereitet. Zudem wurde 2011 die Webseite ‚www.21augusts.lv‘ erstellt, die über die politische Geschichte des 21. August und das Verfassungsgesetz ‚Über den Staatsstatus der Republik Lettland‘ aufklärt sowie historische Fotos und Videos mit Erinnerungen von Zeitzeug*innen zur Ansicht bietet. In der Staatsideologie ist der 21. August der Tag, der die tatsächliche Unabhängigkeit brachte und die Rückkehr in die Demokratie markierte.²⁹ Der 21. August wird zudem als Anfang der Integration in die internationale politische Arena und in bedeutende internationale Organisationen wie die EU sowie die NATO betrach-

23 Vgl. ebd.

24 Vgl. Mūsaiķu kalendārs lielās svinēšanas gadā, online abrufbar unter: <http://lulfmi.lv/Muslaiku-kalendars-lielas-svinesanas-gada> (Stand: 06.11.2020).

25 Vgl. ebd.

26 Valsts prezidenta Egīla Levīta lekcija vecāko klašu skolēniem „Kāpēc 4. maijs?“, online abrufbar unter: <https://www.president.lv/lv/jaunumi/zinas/valsts-prezidenta-egila-levita-lekcija-vecako-klasu-skoleniem-kapec-4-maijs-26234#gsc.tab=0> (Stand: 06.11.2020).

27 Ebd.

28 Ebd.

29 Saeimas priekšsēdētājas uzruna, online abrufbar unter: <http://www.21augusts.lv/saeimas-prieksdijas-uzruna> (Stand: 06.11.2020).

tet.³⁰ Er wird in der Erinnerungspolitik als erfolgreicher Abschluss der am 4. Mai angefangenen Übergangsperiode gedeutet.³¹

Während der 4. Mai und der 21. August das Bild des Beginns einer positiven Entwicklung Lettlands vermitteln und wenig an die Schrecken der sowjetischen Okkupation erinnert wird, rückt jährlich am **23. August** der Hitler-Stalin-Pakt in den öffentlichen Diskurs. Der Pakt wird in der Erinnerungspolitik Lettlands als eine Vereinbarung zwischen zwei Großmächten über die Teilung Europas sowie die Verletzung des Völkerrechts und als Anfang der sowjetischen Okkupation betrachtet.³² Am 23. August wird an den Baltischen Weg erinnert, der die Einigkeit der baltischen Völker im Widerstand gegen die sowjetische Okkupation symbolisiert. Zudem wird in der Rhetorik der Staatsführung wiederholt die gewaltfreie Natur der Aktionen und die Einigkeit der drei baltischen Länder im Widerstand gegen die Sowjetmacht thematisiert.³³ Ergebnisse des Baltischen Weges sind demnach die gegenseitige Unterstützung und strategische Konsolidierung der drei Länder im Kontext der Integration in den euroatlantischen Raum.³⁴

Der Baltische Weg wurde zum 20- und 30-jährigen Jubiläum, 2009 und 2019 groß gefeiert. Er symbolisiert den Tag der Einheit der drei baltischen Länder. Der europäische Gedenktag an die Opfer des Stalinismus und Nationalsozialismus tritt in Lettland somit in den Hintergrund. 2009 fand eine 24-stündige internationale Marathonveranstaltung unter dem Motto ‚Herzrhythmus für das Baltikum‘ statt. Der Marathon begann in Tallin sowie Vilnius und endete in Riga vor dem Freiheitsdenkmal. An dem Marathon nahmen neben sportlichen Bürger*innen Politiker*innen auch Prominente aus allen drei Ländern teil. Diese Aktion symbolisierte die gesellschaftliche Einheit im Baltikum. Laut Ardava und Eglitis wirkte sie vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise wie ein unpassendes glänzendes Spektakel oder sogar wie eine Show.³⁵ Dieser Marathon findet trotzdem seit 2009 jährlich statt, hat aber eher eine sportliche Bedeutung.³⁶

Der 30. Jahrestag des Baltischen Weges stand für den kulturellen Austausch zwischen den drei Ländern: Musiker*innen aus Litauen und Estland traten in den Großstädten Lettlands auf und

30 Solvita Āboltiņa: 21. augusts ir apliecinājums Latvijas tautas drošībai, spēkam un pārliecībai, online abrufbar unter: <https://www.diena.lv/raksts/latvija/zinas/aboltina-21-augusts-ir-apliecinajums-latvijas-tautas-drosmei-spekam-un-parliecibai-14067041> (Stand: 06.11.2020).

31 1991.gada 21.augusta un konstitucionālā likuma „Par Latvijas Republikas valstisko statusu“ pieņemšana, online abrufbar unter: <http://www.21augusts.lv/par-21-augustu> (Stand: 06.11.2020).

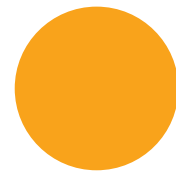
32 Vgl. Edīte Brikmāne: Baltijas ceļš – uzvarēt pretinieku ar juridisku patiesību, online abrufbar unter: <https://lvportals.lv/skaidrojumi/307330-baltijas-cels-uzvaret-pretinieku-ar-juridisku-patiesibu-2019> (Stand: 06.11.2020).

33 Vgl. Sarmīte Ēlerte [u.a.]: Baltijas ceļš 30, online abrufbar unter: <https://lv100.lv/uploads/2019/08/21/baltijas-cels-30-buklets-230x340-v9-lv-web.pdf> S. 9.

34 Vgl. „Baltijas Ceļš vienmēr būs kā simbols un garants Latvijas, Lietuvas un Igaunijas neatkarībai” – Valdis Zatlers, online abrufbar unter: <https://www.vestnesis.lv/ta/id/196431> (Stand: 06.11.2020).

35 Vgl. Daina S. Eglitis/Laura Ardava: The Politics of Memory: Remembering the Baltic Way 20 Years after 1989, in: *Europe-Asia Studies*, 64/6 (August 2012), S. 1033-1059, hier: S. 1037.

36 Vgl. 23. augusts: Baltijas Ceļš 2014 (Viļņa-Rīga-Tallina, 22.-24. augusts), online abrufbar unter: <http://www.noskrien.lv/kalendars/baltijas-cels-2014-vilna-riga-tallina-22-24-augusts> (Stand: 06.11.2020).



im Rigaer Kino wurden lettische, estnische sowie litauische Filme gezeigt. In vielen Städten wurden kulturell-aufklärerische Veranstaltungen organisiert: Die Feierlichkeiten konzentrierten sich somit nicht nur auf die Hauptstadt, wie es oft der Fall war. Am 22. August fand in Riga die internationale Konferenz ‚The Baltic Way. Continued‘³⁷ statt, an der europäische Politiker*innen, Journalist*innen und Wissenschaftler*innen teilnahmen. Die Anwesenheit von Zeitzeug*innen aus verschiedenen europäischen Ländern erlaubte zum ersten Mal, den Baltischen Weg nicht nur aus der Sicht der baltischen Völker, sondern auch im internationalen historischen Kontext zu betrachten.

Der **20. Januar**, Tag des Gedenkens an die Barrikaden von 1991, ist somit der einzige Gedenktag in der Erinnerungskultur aus der Zeit der *atmoda*. Obwohl die sogenannte Barrikaden-Zeit mehrere Tage andauerte, wählte das Parlament im Jahre 1997 den 20. Januar als Erinnerungstag aus, weil an diesem Tag die OMON das Innenministerium der Republik Lettland besetzt und dabei vier Menschen erschossen hatte. Einer der Getöteten war der Kameramann und Regisseur Andris Slapiņš, an dessen Gedenktafel die Staatsführung jährlich Blumen niederlegt. Der 20. Januar hat somit den Charakter eines Trauertages um die lettischen Opfer des Militärkonflikts mit OMON. Gleichzeitig werden an diesem Tag die Teilnehmer*innen der Barrikaden von damals als Nationalheld*innen verehrt und die zuständige staatliche Kommission verleiht seit 1996 jährlich Gedenkabzeichen.³⁸

Die Barrikaden gelten heutzutage als Symbol der Einigkeit und des Heldentums: „Barrikadentage sind eine Zeit, die mit Heldentum verbunden ist, mit der Bildung unserer Identität. Es ist eine Zeit, aus der wir Mut, Ausdauer und Einheit lernen können,“³⁹ erklärte 2018 der damalige Staatspräsident Raimonds Vējonis. An die Januarereignisse wird als ein Höhepunkt des Widerstands gegen das sowjetische totalitäre Regime erinnert, und es wird dabei ein romantisierendes Bild eines ‚letzten Kampfes‘ für die Demokratie gezeichnet. So behauptete 2012 die Schriftstellerin und Mitglied der ‚Kommission‘, Marina Kosteņeckā, dass die Barrikaden kein Kampf von Lett*innen gegen den Russ*innen gewesen seien, sondern „von allen gegen das totalitäre Regime“⁴⁰. Das gemeinsame Ziel war laut Kosteņeckā „ein wohlhabendes und demokratisches Lettland“⁴¹, dass als Resultat hervorging und beibehalten werden muss.

Resümierend lässt sich sagen, dass das kollektive Gedächtnis über die *atmoda* stark von der Hervorhebung der Einigkeit der lettischen Nation und Dämonisierung der sowjetischen Okkupation geprägt ist. Sowohl in der Geschichtsschreibung als auch in kommemorativen Praktiken wird die *atmoda* als kulturelle und rechtlich-politische Befreiung vom sowjetischen Einfluss und

37 Vgl. Baltijas Ceļš: Turpinājums. Starptautiskas konferences materiāli. 2019. gada 22. augusts, Rīga, Latvija, Rīga 2019.

38 Vgl. Pasniegs piemiņas zīmes barikāžu dalībniekiem Rīgā, online abrufbar unter: <https://www.delfi.lv/news/national/politics/pasniegs-pieminas-zimes-barikazu-dalibniekiem-riga.d?id=36432809> (Stand: 06.11.2020).

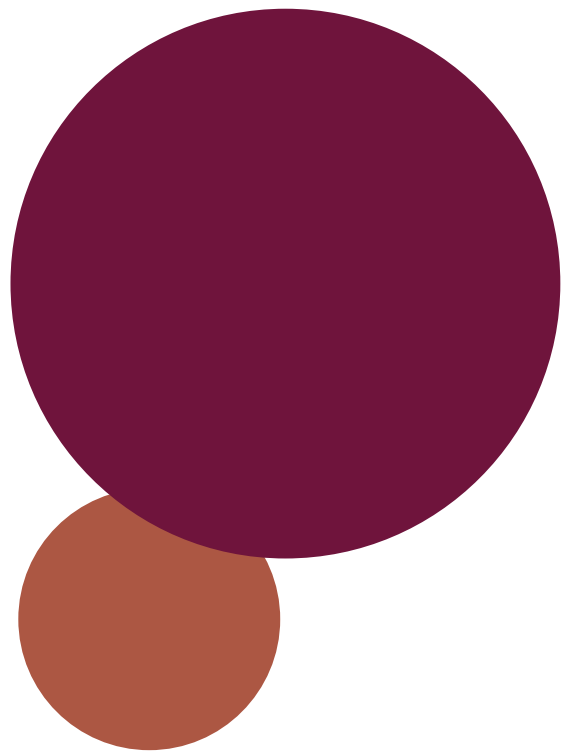
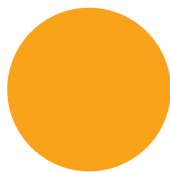
39 Barikāžu laiks māca par drosmi un vienotību, kas Latvijai ir nepieciešama arī šodien, online abrufbar unter: <https://www.president.lv/lv/jaunumi/zinas/barikazu-laiks-maca-par-drosmi-un-vienotibu-kas-latvijai-ir-nepieciešama-ari-sodien-25367> (Stand: 06.11.2020).

40 Guntars Laganovskis: Tās 1991.gada barikāžu gaisās naktis, online abrufbar unter: <https://lvportals.lv/norises/242982-tas-1991-gada-barikazu-gaisas-naktis-2012> (Stand: 06.12.2020).

41 Ebd.

als Rückkehr zu den demokratischen Werten sowie Freiheiten des westeuropäischen Raums dargestellt. Die *atmoda* wird an den Erinnerungstagen durch Flaggen, Volkslieder, die Staatshymne und Prozessionen vor dem Freiheitsdenkmal als Erfolgsgeschichte der Volksfront romantisiert. Andere Narrative, wie Nostalgie für die sowjetische Vergangenheit, sowie Kritik an der Autonomiebewegung und an der staatlichen Entwicklung nach 1991, werden aus der Erinnerungspolitik Lettlands somit verdrängt.

Aleksandra Pure, geb. 1994 in Riga, Bachelorstudium Geschichte an der Universität Bremen, Masterstudium Geschichte an der Universität Bremen und an der Universität Lettlands.



Königsberg / Kaliningrad – von der östlichsten deutschen zur westlichsten russischen Region. Politische und wirtschaftliche Umbrüche in der Exklave bis 1996

Heute ziehen sich durch die einstmals östlichste Provinz Deutschlands Ostpreußen, die durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 einen endgültigen völkerrechtlichen Status bekam, die Staatsgrenzen gleich dreier Länder – Polens, Russlands und Litauens. In den 1990er Jahren war das russische Nordostpreußen nach den politischen Umwälzungen jener Zeit ein erstrangiges Spekulationsobjekt. Die Ideen zu den Zukunftsperspektiven der Region um Kaliningrad reichten damals von einer vierten Baltischen Republik über ein Hongkong an der Ostsee, einen Anschluss an Litauen oder Polen bis zu einem Rückkauf durch die Bundesrepublik.¹

Stadt und Gebiet Kaliningrad erlebten ab 1990, damals noch als Bestandteil der Sowjetunion, den zweiten großen politischen und wirtschaftlichen Umbruch. Bereits 45 Jahre zuvor war es zu fundamentalen Veränderungen gekommen, die mit einem kompletten Bevölkerungsaustausch einhergingen. Kaliningrad hieß die Stadt am Pregel erst seit 1946. 700 Jahre deutscher Geschichte waren 1945 in Königsberg zu Ende gegangen. Nach dem Ersten Weltkrieg durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages von Deutschland abgetrennt, fielen die Ideen Adolf Hitlers in Ostpreußen auf einen fruchtbaren Boden. Das Blatt wendete sich jedoch spätestens zum August 1944, als britische Bomberverbände Königsberg ins Visier nahmen und schwer zerstörten. Ostpreußen und Memelländer waren auch die Ersten, die die Wucht der herannahenden Front weit im Osten Deutschlands Anfang 1945 getroffen hatte.

Am 31. Januar 1945 war Königsberg von der Roten Armee eingeschlossen, die Verbindung zu den deutschen Truppen, aber auch die Landverbindung für Zivilisten waren unterbrochen. Erbitterte Kämpfe der Deutschen konnten die Kessellage des zur Festung ernannten Königsbergs bis zum 25. März 1945 sichern. Der Sturm auf die Stadt durch 150.000 sowjetische Soldaten begann am 6. April 1945.² Die Stadt kapitulierte unter Festungskommandant Otto Lasch am 9. April 1945. Am 25. April 1945 wurde schließlich auch Pillau besetzt.

Die Propagandamaschinerie von Gauleiter Erich Koch war lange Zeit auf Hochtouren gefahren worden und hatte Evakuierung und Flucht verboten. Der Räumungsbefehl für die Zivilbevölkerung

1 Vgl. Wilfried Böhm / Ansgar Graw: Königsberg morgen. Luxemburg an der Ostsee, in: Blaue Aktuelle Reihe, Bd. 25, Asendorf 1993, S. 77.

2 Vgl. Bert Hoppe: Auf den Trümmern von Königsberg. Kaliningrad 1946-1970, München 2000, S. 22.

war viel zu spät gegeben worden. Die Menschen flohen mit ihren Trecks entlang der Frontlinie, gerieten dabei häufig selbst in die Kampfhandlungen, behinderten deutsche Soldaten³, wurden oft von der Roten Armee eingeholt und zurückgeschickt, wenn sie nicht schon vor Ort umkamen oder als Reparationsverschleppte in die Sowjetunion verbracht wurden.⁴ Die größten Evakuierungszüge der Zivilbevölkerung gingen zunächst noch per Bahn in den Westen Ostpreußens oder weiter gen Westen Richtung Deutschland. Später erfolgte die Evakuierung vor allem über das Frische Haff und Pillau. 75 % der Bevölkerung flohen noch Anfang 1945. Nicht alle, die einen der begehrten Plätze auf den deutschen Schiffen ergattern konnten, überlebten. Flüchtlingsschiffe wurden oftmals torpediert und versenkt, Trecks über das zugefrorene Haff aus der Luft beschossen. Im Gebiet verblieben zu diesem Zeitpunkt 500.000 Zivilisten, die sich meist in den Städten konzentrierten, jedoch oft schon in einer schwierigen Wohn- und Versorgungslage. Im Oktober 1944 waren des Weiteren alle 16-65-jährigen Männer zum Volkssturm eingezogen worden. In der Falle saßen somit vor allem Alte, Kranke, Frauen und Kinder.⁵

Michael Wieck, einer der wenigen überlebenden Juden in Königsberg, beschrieb die Einnahme der Stadt im April 1945: „Alles, was man vom Dreißigjährigen Krieg gehört hatte, von Tatarenüberfällen, Räubersagen oder anderen Gruselgeschichten – es war über Nacht Wirklichkeit geworden. Noch viel schlimmer als Phantasie und Erzählung es vorzustellen oder wiederzugeben vermögen.“⁶ Er selbst wurde von seinen Eltern getrennt und ins Lager Rothenstein abgeführt, das er als Konzentrationslager bezeichnete und das ihn fast das Leben kostete. „Hier sammelte man alle verdächtigen Zivilisten und wollte wohl die untergetauchten Parteibonzen herausfiltern. Alle Ausweise und Nachweise meines Status eines verfolgten Juden hatte man mir inzwischen weggenommen, und längst hatte ich mir abgewöhnt, davon zu erzählen. Kein Russe wusste Bescheid, oder war gewillt, für irgendetwas Kredit zu geben. [...] Von Juden oder Judenschicksal wollten sie nichts hören. [...] Der Preis, dem deutschen Volk gleichberechtigt zuzugehören, war inzwischen sehr hoch. Ich hatte ihn zu bezahlen. Es gab keine andere Wahl.“⁷

Am 7. April 1945 wurde die „Militärkommandantur der Stadt und Festung Königsberg“ gegründet, die unter anderem für die Registrierung der deutschen Bevölkerung zuständig war. Es wurden Bezirkskommandanturen eingerichtet, die vor allem für Wirtschaftsfragen, also Nahrungsmittelbeschaffung für die örtliche Bevölkerung, verantwortlich waren und Arbeitskräfte erfassten. Am 10. Mai 1945 wurde eine „Provisorische Verwaltung für Zivilangelegenheiten“ eingerichtet, faktisch somit eine Verwaltung für die deutsche Bevölkerung. Selbstverwaltungsorgane der Deutschen gab es nicht, da man davon ausging, dass das Gebiet an die Sowjetunion fällt.⁸ Bis zum September

3 Vgl. Gerhild Luschnat: Die Lage der Deutschen im Königsberger Gebiet 1945-1948, Frankfurt (Main) 1996, S. 25.

4 Vgl. Hermann Pölkling: Ostpreußen. Biographie einer Provinz, Berlin 2011, S. 801.

5 Vgl. Gerhild Luschnat: Die Lage der Deutschen, S. 25.

6 Vgl. Michael Wieck: Zeugnis vom Untergang Königsbergs. Ein „Geltungsjude“ berichtet, Heidelberg 1988, S. 229.

7 Vgl. ebd., S. 244 f.

8 Vgl. Bert Hoppe: Auf den Trümmern von Königsberg, S. 25.

1945 wurden 43 deutsche „Bürgermeister“ ernannt, die die Armbinde „Starosta“ und damit jeweils Verantwortung für einige Straßenzüge trugen, um die Bewohner und deren Arbeitsfähigkeit zu erfassen. Alle Deutschen sollten registriert werden, um den Bedarf an Arbeitskräften decken zu können. Es bestand eine Arbeitspflicht. Betriebe, Militäreinheiten und Verwaltung konnten ihren Bedarf an menschlicher Arbeitskraft in den Erfassungsstellen anmelden. Der Zwang zur Arbeit wurde erst im Sommer 1946 aufgehoben, außer für Facharbeiter. Nach und nach kamen genug Neusiedler ins Gebiet, die die Deutschen ab 1947 von ihren Arbeitsstellen verdrängten.⁹

Am 9. Juli 1945 wurde der Sondermilitärkreis Königsberg gegründet. Damit gaben die Militärkommandanturen ihre zivilen Aufgaben in der Verwaltung und Wirtschaft ab. Die „Provisorische Verwaltung für Zivilangelegenheiten“ mit 134 Mitarbeitern in 15 Abteilungen unterstand nun dem Militärrat des Sondermilitärkreises. Sie bildete die Grundlage für den Kern der späteren zivilen Verwaltung und der Parteiorganisationen des Gebietes.¹⁰ Am 17. Oktober 1945 wurde das nördliche Ostpreußen, das seit der Schlusserklärung von Potsdam vom 2. August 1945 unter sowjetischer Verwaltung gestanden hatte, offiziell von der Sowjetunion annektiert und am 7. April 1946 per Ministerratsbeschluss in die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) eingegliedert. Es entstand eine ständige Zivilverwaltung. Am 4. Juli 1946 wurde Königsberg umbenannt in Kaliningrad.¹¹

Im Gegensatz zu anderen von der Roten Armee zum Ende des Zweiten Weltkrieges eroberten Territorien ist die deutsche Bevölkerung Nordostpreußens nicht vertrieben, sondern bewusst zurückgehalten und als Arbeitskräftepotenzial genutzt worden. Verwunderlich ist jedoch das Ausmaß der mutwilligen Zerstörungen und Sachbeschädigungen durch die Soldaten bei Einnahme des Gebietes und das unbeschränkte Abtransportieren von Industrieanlagen in das Innere der Sowjetunion, da Iosif Stalin bereits seit der Konferenz in Teheran 1943 auf die Region spekulierte. Bis 1947 wurde Königsberg / Kaliningrad von Moskau als Kriegsbeute betrachtet, ausgeraubt und zerstört, was zu Verständnislosigkeit bei der Gebietsführung und den Menschen führte, die das Gebiet als sowjetisches Territorium ansahen und alles Eigentum als sozialistisches Eigentum.¹² Erst im Juni 1947 reiste eine Kommission aus 15 Mitgliedern des Ministerrates aus Moskau ins Gebiet. Die Reiseteilnehmer waren ob der Umstände vor Ort schockiert und machten die Gebietsführung allein dafür verantwortlich. Der kommissarisch eingesetzte Gebietsparteichef Pëtr Ivanov beging daraufhin Selbstmord.¹³

Obwohl es offizielle Anweisungen gab, die Zivilbevölkerung zu versorgen, scheiterte dies in der Praxis, besonders 1945, kläglich. Zehntausende der im Gebiet verbliebenen Deutschen verhungerten, erlagen Krankheiten und Kälte, waren wohnungslos, verrohten, wenn sie nicht schon vorher

9 Vgl. ebd., S. 30 f.

10 Vgl. ebd., S. 26.

11 Vgl. ebd., S. 27.

12 Vgl. Per Brodersen: Die Stadt im Westen. Wie Königsberg Kaliningrad wurde, Göttingen 2008, S. 37.

13 Vgl. ebd., S. 38.

im Siegesrausch willkürlich getötet worden waren. Bauern wurde die Rückkehr auf ihre Höfe verwehrt. Die Saat konnte daher nicht ausgebracht werden. Die Ausweisung der verbliebenen zirka 97.000 Deutschen¹⁴ im Jahre 1948 war denn auch fast ausnahmslos von diesen herbeigesehnt worden. Sie hatten jahrelang parallel neben den neuen Machthabern und Neusiedlern in größter Not gelebt. Ihre Heimat war ihnen immer fremder geworden. Ein Zwang zum Erlernen des Russischen hatte jedoch nicht bestanden. Eine Assimilation war nicht erfolgt und auch nicht vorgesehen, obwohl es zeitweise deutsche Schulen, einen deutschen Klub mit Bibliothek und die deutschsprachige Zeitung „Neue Zeit“ gab. Stalin misstraute den Menschen, die andere Lebensformen kennengelernt hatten und die Sowjetbürger entsprechend beeinflussen konnten. Darin wird einer der Gründe für die Ausweisung der Deutschen gesehen. Ein weiterer ist die Umwandlung in ein militärisches Sperrgebiet, die mit einem vergleichlosen Verfall der vordem vorhandenen zivilisatorischen Infrastrukturen einherging. Die Volkswirtschaft entwickelte sich diffus. Während eine Fischfangindustrie aufgebaut wurde, versank die ehemals blühende Landwirtschaft in Bedeutungslosigkeit. Das komplizierte ostpreußische Entwässerungssystem für das Ackerland wurde aus Unkenntnis vernachlässigt und zerstört. Die Holz- und Zellulosefabrikation wurden unter falscher Einschätzung der Rohstoffgrundlage und mit starken negativen ökologischen Folgen errichtet. Die einst entwickelte Tourismus-Infrastruktur stand nur noch dem Militär und den Gebietseinwohnern zur Verfügung.¹⁵ Seit den 1960er Jahren hatte man auf den Aufbau großer Industriekombinate und die Aufblähung der Verwaltungs- und Planungsapparate gesetzt sowie auf eine vorwiegend auf den militärisch-industriellen Komplex orientierte Produktionsstruktur.¹⁶ Die deutsche Vergangenheit wurde ignoriert und tabuisiert. Für sowjetische Wissenschaftler war eine Beschäftigung mit der Vorkriegsgeschichte praktisch unmöglich. Auch der Blick auf die Nachkriegsgeschichte unterlag Restriktionen. Die neu angesiedelten Menschen lebten in einem Zwiespalt, ihnen fehlte durch die negierte Vorkriegsgeschichte eine Brücke in die neue Heimat. Ebenso wurde das Bewusstsein für die gelebte Gegenwart und deren Wahrnehmung vom Staat beeinflusst. Erst Anfang der 1990er Jahre wurde begonnen, regionales Gegenwartsbewusstsein mit historischen Informationen zu verbinden, hierher gehörte auch die Frage nach den Deutschen.¹⁷

Nach dem Zerfall der UdSSR stand das Gebiet vor einer massiven Wirtschafts-, Sozial- und Wertekrise sowie Sinn- und Identitätskrise.¹⁸ Neben der Einführung der Marktwirtschaft war der Erhalt der zentralen Unionsmacht Hauptgegenstand der politischen Turbulenzen der Jahre 1990/91. Am 12. Juni 1990 erfolgte die Souveränitätserklärung der RSFSR. Die Rechte der zur Föderation gehö-

14 Vgl. ebd., S. 81.

15 Vgl. Peer H. Lange: Militarisierung oder Demilitarisierung des Gebietes Kaliningrad – Das sicherheitspolitische Schlüsselproblem in der Ostseeregion, in: Das Königsberger Gebiet im Schnittpunkt deutscher Geschichte und in seinen europäischen Bezügen, Bonn 1993, S. 159 ff.

16 Vgl. Thomas Gärtig: Zwischen Chaos und risikovollem Aufbruch in die Marktwirtschaft. Stand und Optionen in der Freien Wirtschaftszone „Jantar“, in: Friedemann Kluge (Hg.): „Ein schicklicher Platz“? Königsberg/Kaliningrad in der Sicht von Bewohnern und Nachbarn, Osnabrück 1994, S. 89.

17 Vgl. Eckhard Matthes: Verbotene Erinnerung. Die Wiederentdeckung der ostpreußischen Geschichte und regionales Bewusstsein der russischen Bevölkerung im Gebiet Kaliningrad 1945-2001, Bietigheim-Bissingen 2001, S. 38.

18 Vgl. Thomas Gärtig: Zwischen Chaos und risikovollem Aufbruch in die Marktwirtschaft, S. 83.

renden Republiken, autonomen Gebilde, Regionen und Gebiete sollten vergrößert werden. Am 14. Juli und 13. September 1990 nahm der Oberste Sowjet der RSFSR die Beschlüsse „über die Schaffung von Zonen freien Unternehmertums“ sowie die Verordnung der Regierung über Maßnahmen zur Entwicklung von Freien Wirtschaftszonen FWZ an.¹⁹ Der wichtigste Schritt für die Gründung einer Sonderwirtschaftszone im Kaliningrader Gebiet war die Verordnung des Ministerrates der RSFSR „Über die Freie Wirtschaftszone im Kaliningrader Gebiet (FWZ „Jantar““ vom 25. September 1991.²⁰ In ihr griffen nunmehr Steuerbefreiungen für ausländische Unternehmer, ein zollfreier Export und Import für im Gebiet produzierte beziehungsweise verbrauchte Ware sowie wirtschaftliche Gestaltungsfreiheit. Hunderte von Joint Ventures wurden gegründet, meist mit polnischer Beteiligung, wobei bei der Gesamtsumme der Investitionen deutsch-russische Unternehmen führten. Die staatliche Wirtschaft befand sich im Niedergang, es herrschten eine hohe Arbeitslosigkeit und Inflation. Die Not, auch durch ausstehende Soldzahlungen in der Armee (die Angaben zur Truppenstärke im Gebiet variieren für 1991 zwischen 70.000 und 400.000 Soldaten²¹), führte zu Diebstählen in der Öl-, Fisch- und Bernsteinindustrie sowie von Metall.

Das natürliche Bevölkerungswachstum war ab 1992 negativ. Die Geburtenrate sank, die Scheidungsraten stiegen. 78 % der Gebietsbewohner lebten in den Städten und nicht mehr wie die ehemali- gen ostpreußischen Bewohner auf dem Land. Es herrschten akute Engpässe in der Lebensmittelversorgung und im Gesundheitswesen sowie eine dramatische Wohnungsnot, die die Gebietsregierung 1993 veranlasste, den konstanten Zuzug von Migranten aus Kernrussland zu limitieren. Die direkte und verschleierte Arbeitslosigkeit durch zum Beispiel Kurzarbeit war hoch. Der Arbeits- und Wohnungsmarkt wurde zusätzlich durch die gewaltige Zahl rückkehrender Soldaten und die Demobilisierung großer Truppenteile belastet. Ab 1990 erfolgte der Rückzug von zirka einer Million sowjetischer Militärangehöriger aus Mitteleuropa über Kaliningrad.²²

Im Jahre 1991 wurde Kaliningrad auf Initiative des damaligen Bürgermeisters gegen den Willen des sowjetischen Verteidigungsministeriums für ausländische Besucher geöffnet, was einen Boom von Zehntausenden deutschen Heimattouristen auslöste.²³ 1992 erfolgte infolge der Regelungen zur Freien Wirtschaftszone ein Zuzug von zirka 20.000 unter Stalin umgesiedelten Russlanddeutschen. Dies sowie einsetzende bundesdeutsche Wirtschaftsaktivitäten lösten polnische Sicherheitsbedenken aus.²⁴ Ab 1993 war eine zunehmend nervöse, nationalistisch aufgeladene Atmosphäre zu beobachten. Die vermeintliche Gefahr einer Re-Germanisierung war 1994 Wahlkampfthema.²⁵

19 Vgl. Volker Frobarth: Das Königsberger Gebiet in der Politik der Sowjetunion 1945-1990. Mit einer analytischen Betrachtung des Kaliningrader Gebiets in der Politik Russlands 1991-2000, Berlin 2001, S. 215.

20 Vgl. Heike Dörrenbächer: Die Sonderwirtschaftszone Jantar´ von Kaliningrad (Königsberg). Bilanz und Perspektiven, in: Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Bd. 81, Bonn 1994, S. 39.

21 Vgl. Wilfried Böhm / Ansgar Graw: Königsberg morgen, S. 97.

22 Vgl. Thomas Gärtig: Zwischen Chaos und risikovollem Aufbruch in die Marktwirtschaft, S. 84-89.

23 Vgl. Wilfried Böhm / Ansgar Graw: Königsberg morgen, S. 106.

24 Vgl. Peer H. Lange: Militarisierung oder Demilitarisierung des Gebietes Kaliningrad, S. 160.

25 Vgl. Gerhard Gnauck: Zwischen Chaos und risikovollem Aufbruch in die Marktwirtschaft. Stand und Optionen in der Freien Wirt-

Im Februar 1995 verlor die FWZ „Jantar“ aufgrund eines Beschlusses der Staatsduma ihre Sonderprivilegien. Sie wurde erneut an die in der Russischen Föderation geltenden Regelungen adaptiert. In der Folge verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation und damit die soziale Lage im Gebiet bis zum Winter 1995/96 drastisch.²⁶

Alexandra Jelitte, geb. 1969 in Berlin, Diplomstudium der Russischen und Polnischen Sprache an der Humboldt-Universität zu Berlin, der Universität Warschau sowie der Moskauer Staatlichen Linguistischen Universität, Masterstudium der Kultur und Geschichte Mittel- und Osteuropas an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder).



schaftszone „Jantar“, in: Friedemann Kluge (Hg.): „Ein schicklicher Platz“? Königsberg/Kaliningrad in der Sicht von Bewohnern und Nachbarn, Osnabrück 1994, S. 62 f.

²⁶ Vgl. Volker Frobarth: Das Königsberger Gebiet in der Politik der Sowjetunion 1945-1990, S. 218.

Alte Wunden – offene Rechnungen?

Zur Bedeutung des Bundes der Vertriebenen für den europäischen Einigungsprozess

Das Jahr 2020 wird der Nachwelt als Jahr der COVID-19-Pandemie im Gedächtnis bleiben. Dabei ist es auch das Jahr der vertagten Jubiläumsfeiern: 75 Jahre sind vergangen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Aufteilung Deutschlands unter den Alliierten; 50 Jahre seit dem Kniefall von Warschau und der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze; 30 Jahre seit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag und der Deutschen Einheit.

Die Ereignisse von 1989/90 waren sowohl Endpunkt als auch Neuanfang. Doch sind einige Fragen etwa aus Sicht der Vertriebenenverbände seinerzeit unbefriedigend gelöst worden. Ihre teilweise polemischen Interventionen sowie aus der Geschichte abgeleiteten Entschädigungs- und Wiedergutmachungsforderungen belasten die Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarstaaten Polen und Tschechien bis in die Gegenwart. Der vorliegende Beitrag begibt sich auf Spurensuche nach „alten Wunden“ und „offenen Rechnungen“ deutscher Flüchtlinge und Heimatvertriebener aus den historischen Ostgebieten.

Grenzen ziehen

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag war nicht mehr als ein Symbolakt. Denn bereits am 6. Juli 1950 hatte die Deutsche Demokratische Republik dem Görlitzer Abkommen als dem Grenzvertrag mit der Volksrepublik Polen zugestimmt. Die Bundesrepublik Deutschland indes erhob als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs noch lange Zeit Anspruch auf die deutschen Ostgebiete, die seit der Potsdamer Konferenz – so die offizielle Sprachregelung – „unter polnischer und sowjetischer Verwaltung“ standen. „3 geteilt? Niemals!“ Noch bei der 1. Wahl zum Deutschen Bundestag 1949 warben nach diesem Motto etliche Parteien für ein „freies Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937“, darunter die CDU und SPD.

Besonderen Anklang fand die Forderung bei den Vertriebenenverbänden und „ostdeutschen“ Landsmannschaften. Seit der Unterzeichnung der *Charta der deutschen Heimatvertriebenen*¹ vom 5. August 1950 pochten sie auf ihr „Recht auf Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit“, denn „[d]en Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten.“² Stieß dieser Opferdiskurs in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf ein gesellschaft-

1 Matthias Stickler: *Charta der deutschen Heimatvertriebenen*, online abrufbar unter: <http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/charte-der-deutschen-heimatvertriebenen/> (Stand: 18.04.2019).

2 Vgl. online abrufbar unter: <https://www.bund-der-vertriebenen.de/charta-auf-deutsch> (Stand: 14.11.2020).

lich vorteilhaftes Klima, drehte sich der Wind mit der Neuen Ostpolitik des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Willy Brandt: Im *Warschauer Vertrag* vom 7. Dezember 1970 sicherte die Bundesrepublik zu, die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze der Volksrepublik Polen anzuerkennen.

Der *Bund der Vertriebenen* (BdV, anno 1957), der sich inzwischen als Dachorganisation der Vertriebenenverbände gebildet hatte, kündigte in der Folge seine zuvor überproportionale Bindung an die Sozialdemokratie auf und wandte sich dem konservativen Lager der Unionsparteien zu.³ Nicht genug, dass diese Positionierung die schrittweise gesellschaftliche Marginalisierung des BdV beschleunigte, wo doch die bundesrepublikanische Presse und das Intellektuellenmilieu mehrheitlich entspannungspolitisch und auf die NS-Vergangenheitsbewältigung eingestellt waren. Mehr noch nährte der bisweilen heftige Protest des BdV gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze seinen Ruf als Verband von Gebiets- und Geschichtsrevisionisten.⁴ Eine scharfzüngige Abrechnung auf Grundlage der *Charta der deutschen Heimatvertriebenen* unternahm erstmals der Publizist Ralph Giordano,⁵ dessen Kritik beispielsweise der Rechtsextremismus- und Antisemitismusforscher Samuel Salzborn wiederholte und bekräftigte.⁶

Aus Sicht des BdV blieb die „deutsche Frage“ bis zum Zwei-plus-Vier-Vertrag ungelöst. Doch als der Rück siedlungswunsch zum Zeitpunkt der Deutschen Einheit in etlichen einst von Flucht und Vertreibung betroffenen Familien längst erloschen war, welche Existenzberechtigung hatten da noch die Vertriebenenverbände?

Hart an der Grenze

Nach dem Ende des Kalten Krieges trat an die Stelle der Ost-West-Systemkonfrontation eine Bestrebung zur „Europäisierung der Erinnerung“. Der „Erinnerungsboom“ der 1990er-Jahre erfasste auch die bundesrepublikanischen Erinnerungsorte „Flucht und Vertreibung“ sowie den „Verlust des historischen deutschen Ostens“.⁷ Die veränderten diskursiven Rahmenbedingungen versuchte der BdV in seinem Sinne zu nutzen und berief sich auf den „Kulturparagraph“ §96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG):

3 Vgl. Matthias Müller: *Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949-1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht*. Berlin (= Politik und Geschichte 8) 2012. Siehe auch Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. *Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzung der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1949*. Düsseldorf (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 46) 2004.

4 Vgl. Manfred Kittel: *Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961-1982)*. München (= Schriften der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer) 2007.

5 Vgl. Ralph Giordano: *Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein*. Hamburg (Polizei + Forschung, Sonderband) 1987.

6 Vgl. Samuel Salzborn: *Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände*. Berlin 2000. Siehe auch Ders.: *Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung*. Hannover 2001.

7 Vgl. Simon Lange: *Der Erinnerungsdiskurs um Flucht und Vertreibung in Deutschland seit 1989/90. Vertriebenenverbände, Öffentlichkeit und die Suche nach einer „normalen“ Identität für die „Berliner Republik“*. Köln 2015.

Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern. Die Bundesregierung berichtet jährlich dem Bundestag über das von ihr Veranlasste.⁸

Der Versuch des BdV, für die „deutsche Frage“ einmal mehr eine transnationale europäische Öffentlichkeit herzustellen, ähnelte am ehesten einem „transnationalen Nationalismus“⁹, der um die Jahrtausendwende gar zu einem „deutsch-polnischen Medienkrieg“ führte.¹⁰

Jenseits des Eisernen Vorhangs hatte die polnische Öffentlichkeit lange Zeit nichts von der politischen Marginalisierung des BdV ahnen können. So befürchtete sie im Jahr 2000 beim Vorschlag eines *Zentrums gegen Vertreibungen (ZgV)*, dass die deutsche Mehrheitsgesellschaft eine Art „deutsches Opferzentrum“ befürworte, wo die Ereignisse Mitte der 1940er-Jahre aus dem konkreten historischen Zusammenhang gehoben würden. Als um dieselbe Zeit aus dem Umfeld des BdV die Organisation *Preußische Treuhand* hervortrat, um in heutzutage polnischen Gebieten Eigentumsforderungen zu erheben, droht seither die polnische Regierung ihrerseits mit Kriegsreparationsforderungen an Deutschland, da der Verzicht im Jahre 1953 – so die Argumentation der polnischen PiS-Partei – einzig auf Druck der Sowjetunion zustande gekommen sei. Darauf erwiderte die deutsche Regierung zuletzt 2017 schlicht, dass alle Ansprüche wegen deutscher Verbrechen im Zweiten Weltkrieg spätestens mit dem Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages ihre Gültigkeit verloren hätten.

Doch im Juni 2020 kam ausgerechnet von deutscher Seite Bewegung in die Reparationsfrage, mit dem neugewählten Vorsitzenden der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag Manuel Sarrazin (Bündnis 90 / Die Grünen). In einem Positionspapier, über das zuerst die *Süddeutsche Zeitung*¹¹ berichtete, schreibt er: „Deutschland kann die Debatte nicht für beendet erklären, wenn sie es für unsere polnischen Partner und Freunde, als erste Opfer des deutschen Angriffskrieges, noch nicht ist.“ In diesem Sinne unterbreitet Sarrazin sechs Vorschläge, „wie

8 Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz, BVFG) §96, Fassung vom 25.11.2015 (BGBl. 1, Nr. 46, S. 2011, online abrufbar unter: http://www.gesetze-im-internet.de/bvfg/_96.html (Stand: 14.11.2020).

9 Vgl. Christian Jaques : Le réseau § 96 (de la Loi sur les expulsés de 1953) et les représentations du « passé allemand » d'Europe centrale et orientale. Vers un espace public transnational?, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* Jg. 48 (2016), H. 2, S. 371-385.

10 Vgl. Maren Röger: Medien als diskursive Akteure: Die polnischen Nachrichtenmagazine „Wprost“ und „Polityka“ über den „Vertreibungskomplex“ 1989-2003, in: Peter Haslinger u. a. (Hg.): *Diskurse über Zwangsmigrationen in Zentraleuropa. Geschichtspolitik, Fachdebatten, literarisches und lokales Erinnern seit 1989*. München (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 108) 2008, S. 77-91. Siehe auch Ders.: *Flucht, Vertreibung und Umsiedlung. Mediale Erinnerungen und Debatten in Deutschland und Polen seit 1989*. Marburg (= Studien zur Ostmitteleuropaforschung 23) 2011.

11 Vgl. Daniel Brössler: *Grüne legen Vorschlag zu Reparationszahlungen vor*, online abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/reparationszahlungen-deutsch-polnische-beziehungen-zweiter-weltkrieg-1.4935666> (Stand: 22.01.2021).

mit der deutschen Schuld in Polen moralisch und finanziell umgegangen werden kann, ohne dass dieses aus deutscher Sicht zu offiziellen Verhandlungen auf Regierungsebene über Reparationszahlungen führt und beide Positionen ihre Rechtspositionen wahren können.¹² Ob ein Teil der Vorschläge wie Fonds für bislang unberücksichtigte Opfergruppen oder die Beteiligung an polnischen Kulturprojekten Anwendung findet, bleibt abzuwarten, doch zeigt der Vorgang, dass vor allem die polnische Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg das Potenzial hat, Europas Zukunft mitzugestalten. Zurück zu den Vertriebenen: Beinahe zeitgleich mit der *Preußischen Treuhand* öffnete sich eine weitere Front zur Tschechischen Republik. Denn die Sudetendeutsche Landsmannschaft bestand darauf, dass vor dem EU-Beitritt Tschechiens die Einhaltung von Menschenrechten zu prüfen sei, seien doch nach wie vor die sogenannten *Beneš-Dekrete* in Kraft. Von den 143 „Dekreten des Präsidenten der Republik“, die die tschechoslowakische Regierung zwischen 1940 und 1945 im Londoner Exil erließ, regelten 8 den Entzug der Staatsbürgerschaft und die Enteignung des Vermögens der deutschen und ungarischen Minderheiten sowie die Schließung der deutschen Hochschulen in Brünn und Prag – die Dekrete wurden am 28. März 1946 vom tschechoslowakischen Parlament gebilligt und seither unverändert belassen.

Während der Deutsch-Polnische Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 wie auch die *Deutsch-Tschechische Erklärung* vom 21. Januar 1997 unter anderem vorsahen, die zukünftige Zusammenarbeit nicht von der Vergangenheit beeinflussen lassen zu wollen, forcierten einzelne Untergruppen des BdV im Vorfeld der EU-Osterweiterung ihre Forderung nach Anerkennung und Sühne des Vertreibungsunrechts. Mit zwei Sammel-Beschwerden zogen sie vor den *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte*, doch wurden Beschwerden in Bezug auf die *Beneš-Dekrete* 2005 und Beschwerden vonseiten der *Preußischen Treuhand* 2008 allesamt als unbegründet abgewiesen. Ende gut, alles gut?

Grenzen überschreiten

Seit seiner Gründung im Jahr 1957 bis zum EU-Beitritt Polens und der Tschechischen Republik im Jahr 2004 waren die öffentliche Selbstinszenierung wie auch die massenmediale Fremdwahrnehmung des BdV eng verknüpft mit dem Opferdiskurs sowie dem Oder-Neiße-Diskurs.¹³ Als transnationale Antwort auf das ZgV erfolgte 2005 auf Initiative der Kulturminister Deutschlands, Polens, der Slowakei und Ungarns die Gründung des *Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität* (European Network Remembrance and Solidarity) mit Sitz in Warschau.¹⁴ Parallel dazu beschloss der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien Union und SPD im November 2005, in Ber-

12 Vgl. Manuel Sarrazin: Zur Frage der Reparationsforderungen aus Polen, online abrufbar unter: <https://manuelsarrazin.de/2020/06/15/zur-frage-der-reparationsforderungen-aus-polen/> (Stand: 22.01.2021).

13 Vgl. Anna Jakubowska: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen (1957-2004). Selbst- und Fremddarstellung eines Vertriebenenverbandes. Marburg (= Studien zur Ostmitteleuropaforschung 25) 2012.

14 Vgl. Stefan Troebst (Hg.): Vertreibungsdiskurs und europäische Erinnerungskultur. Deutsch-polnische Initiativen zur Institutionalisierung. Eine Dokumentation. Osnabrück (= Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V. 11) 2006. Siehe auch Ders.: Europäisierung der Vertreibungserinnerung? Eine deutsch-polnische chronique scandaleuse 2002-2007, in: Ders. (Hg.): Erinnerungskultur – Kulturgeschichte – Geschichtsregion. Ostmitteleuropa in Europa. Stuttgart (= Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa 43) 2013 [2009], S. 219-245.

lin ein „sichtbares Zeichen“ zur Ächtung des Vertreibungsrechts zu setzen. Die daraus entstandene Bundesstiftung *Flucht, Vertreibung, Versöhnung* plant für den Sommer 2021 die Eröffnung ihres Dokumentationszentrums im *Deutschlandhaus* in Berlin-Kreuzberg.

10 Jahre nach Beginn des europäischen Transformationsprozesses erwies sich die Erinnerungsarbeit des BdV als Stresstest für die deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Beziehungen. Mit diplomatischem Geschick vermochten die drei großen Koalitionen der „Ära Angela Merkel“, innen- wie außenpolitisch, Frieden zu stiften. Inzwischen gelten die inner- wie außerhalb der Vertriebenenverbände engagierten Betroffenen und ihre Nachfahren als europäische Brückenbauer. Und ihr Grundgesetz – die *Charta der deutschen Heimatvertriebenen* vom 5. August 1950 – gilt als eines der Gründungsdokumente der Bundesrepublik Deutschland, so der ehemalige Präsident des Deutschen Bundestags Norbert Lammert in einer Festrede anlässlich des 60. Jubiläums der Charta im Jahr 2010.

Nichtsdestotrotz leben manche Positionen auch außerhalb des BdV als Polemik fort, etwa im 2017 gegründeten Verein *Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD* (VAdM). Mit einem Sammelband aus 15 Feuilleton-artigen Beiträgen stellte sich der VAdM 2019 erstmals der breiten Öffentlichkeit vor, begleitet und scheinbar legitimiert von einem Vorwort des US-amerikanischen Völkerrechtlers Alfred de Zayas.¹⁵ Darin schreibt er:

„Die deutschen Vertriebenen und ihre Nachkommen dürfen keine Opfer zweiter Klasse sein. Die anhaltende Diskriminierung der Vertriebenen in den Medien, in Schulbüchern und im politischen Dialog bedeutet eine Verletzung menschenrechtlicher Normen. Die bundesdeutsche Rechtsposition zur Vertreibung wurde seit Mitte der 1980er Jahre nach und nach geschwächt. Bisher haben sämtliche deutsche Bundesregierungen erklärt, dass sie die Vertreibung und entschädigungslose Enteignung nicht anerkennen. Es fehlen jedoch nicht nur Aktivitäten, um dem Recht zu Geltung zu verhelfen, vielmehr haben die Bundesregierungen durch konkludentes Handeln sogar mehrfach Grund zu der Einschätzung gegeben, dass sie die durch die Vertreibung geschaffenen Fakten nicht nur politisch hinnehmen, sondern sogar rechtlich anerkennen. Die Haltung der deutschen Regierungen gegenüber den Vertriebenen war und bleibt inkonsequent. Man braucht mehr als nur Rhetorik.“¹⁶

Drastischer äußert sich Wilhelm Kreuer, Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen, wobei er sich zwar gegen den Verdacht des Gebietsrevisionismus verwahrt, jedoch offen Entschädigungsleistungen von den „Vertreiber-Staaten“ fordert:

„Wir haben keine Gebietsansprüche gegen Polen. Wir Heimatvertriebenen wollten niemals polnische Gebiete. Wir beanspruchen lediglich unsere deutschen Gebiete. Gebietsansprüche erhoben

15 Vgl. Stephan Protschka u. a. (Hg.): *Erinnern, Identität bewahren, Zukunft gestalten. Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD – VAdM e. V.* Bad Buchau 2019.

16 Alfred de Zayas: *Forderungen der AfD im Bereich der Beneš-Dekrete und anderen völkerrechtlichen Fragen*, in: Ders., S. 11-24, hier S. 15.

Polen und Russen. Da ihre Forderungen rechtlich nicht begründet werden konnten, handelte es sich um Gebietsraub aufgrund des Siegerrechts. [...] Damit ist, und dies sage ich in aller Klarheit und unmissverständlich, keine Revision von Grenzen gemeint. Damit ist gemeint, dass die Heimatvertriebenen sich erlauben, Unrecht als Unrecht zu bezeichnen. Denn Unrecht wird nicht dadurch zum Recht, dass es verschwiegen wird. Und von den ehemaligen Vertreiber-Staaten erwarten die Heimatvertriebenen durchaus Wiedergutmachung.“¹⁷

Ähnlich unverfroren schreibt Sebastian Pella, AfD-Politiker in Schleswig-Holstein und Redakteur des Wochenmagazins ZUERST!, als er die *Kopenhagener Kriterien* als Bedingungen für den Beitritt zur Europäischen Union infrage stellt:

„Bis auf den heutigen Tag drückt sich die Prager Regierung erfolgreich vor einer Aufhebung der Unrechtsdekrete von 1946. Und schlimmer noch, sie konnte sich sogar mit dem Beitritt der Tschechischen Republik in die EU ‚unverändert‘ in die europäische Rechtslandschaft einbringen. Dem Rechtsverständnis der Europäischen Union stellt dieser Umstand nicht unbedingt ein Qualitätszeugnis aus.“¹⁸

Solche bisweilen als geschichtsrevisionistisch verpönten Positionen konnten im BdV noch bis um die Zeit der Jahrtausendwende offen vertreten werden. Allmählich vollzieht sich, wie in jedem seiner Mitgliedsverbände, auch dort ein Generationenwechsel, sodass jene, die aufgrund ihrer radikalen Ansichten und Äußerungen „gegangen wurden“, nun im Kontext der jüngsten Migrationsdebatte aggressiv mit dem BdV abrechnen. Wie beispielsweise Herbert Karl, Banater Schwabe und AfD-Politiker, der mit reichlich „Schaum vor dem Mund“ seine Beobachtungen beim nationalen *Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung* in Berlin am 20. Juni 2018 kommentiert und in wenigen Zeilen das in Vertriebenenverbänden verbreitete Topos widerlegt, den deutschen Heimatvertriebenen sei eine inhärente Empathie für das Schicksal heutiger Flüchtlinge eigen:

„Die Vermengung der Schicksale von Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten im Osten mit den Narrativen der vermeintlich Asyl-Begehrenden aus der ganzen Welt ist seit geraumer Zeit offizielles Bestreben des BdV. Dieser Verband ist zu einem ‚Wurmfortsatz der kleinen GroKo‘ verkommen (Anführungszeichen im Original, T.S.): Der Widerspruch zwischen der systematischen ethnischen Säuberung der ehemaligen deutschen Ostgebiete nach Kriegsende und der Situation von Wirtschaftsflüchtlingen aus Asien und Afrika wird von den BdV-Funktionären bewusst übergangen. Andererseits ist es schon billige Wahlkampfaktik, wenn Frau Merkel plötzlich von Unrecht spricht, das den Deutschen nach 1945 widerfuhr [...]. In ihrer Kanzlerin-Apologie

17 Wilhelm Kreuer: Deutschland und seine historischen Ostgebiete: Haben die Heimatvertriebenen heute noch Forderungen?, in: Protschka (Hg.): *Erinnern*, S. 39-46, hier: S. 42 f.

18 Sebastian Pella: „Die Deutschen haben hier kein Recht“: Die Vertreibung der Sudetendeutschen und deren Vorgeschichte, in: *Ders.*, S. 47-53, hier: S. 53.

sind sich auch die Vertriebenenmedien – Vorreiter wie so oft die ‚Siebenbürgische Zeitung‘ und die ‚Banater Post‘ [...] – nicht zu schade, Merkels verfehlte Asylpolitik medial zu begleiten.“¹⁹

Alte Wunden – offene Rechnungen? Die Erinnerung an die Flucht und Vertreibung aus den historischen deutschen Ostgebieten lebt fort und wird Deutschlands Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten Polen und Tschechien weiterhin herausfordern. Erst recht, je länger die AfD als Auffangbecken enttäuschter Christen und Konservativer auf Bundes- und Landtagsebene verbal aufrüstet und „den Finger in die Wunde legt“. Die Folge sind wiederkehrende Aufrechnungsdebatten wie zwischen Polen und Deutschland, wo auf die Forderungen von Vertriebenen mit der Frage der Kriegsreparaturen reagiert wird – mit dem Unterschied, dass auf deutscher Seite im Sommer 2020 zwar vor einem Oppositionspolitiker, aber immerhin erstmals Entgegenkommen signalisiert wird. Auch wenn das nachfolgende Zitat von Stephan Protschka (AfD), MdB und Mit-Herausgeber des Sammelbandes, als Schlusssatz provokativ wirken mag, so wirft es doch die berechnete Frage auf, wie lange die Erinnerung im 30. Jahr der Deutschen Einheit wachbleiben kann und ob die Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit unbeabsichtigt den Nährboden für ein langlebiges und potenziell verheerendes Opfernarrativ bot. Denn noch ist nicht aller Tage Abend.

„Wunden können nur heilen, wenn sie richtig gereinigt werden, sonst beginnt es irgendwann zu eitern. Eine aufrichtige Versöhnung zwischen Vertriebenen und neuen Bewohnern der alten Heimat hat nie stattgefunden – obwohl sie immer beschworen worden ist. [...] Vielleicht ist eine Heilung des Schmerzes über die Vertreibung aus den alten Ostgebieten nicht möglich. Einfach, weil nicht richtig aufgearbeitet wurde, oder um im Bilde zu bleiben – die Wunden nie richtig gesäubert wurden.“²⁰

Tatjana Schmalz, geb. 1994 in Irkutsk (Russland), Bachelorstudium der Russistik und Anglistik an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Tomsker Staatlichen Universität (Russland), Masterstudium „Kulturen und Literaturen Mittel- und Osteuropas“ an der Humboldt-Universität zu Berlin; gegenwärtig Doktorandin im Fach Kulturwissenschaften, Fachbereich Zeitgeschichte, an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

19 Herbert Karl: Der Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung verkommt zu einer Merkel-Apologie, in: Protschka (Hg.): *Erinnern*, S. 99-101, hier: S. 101.

20 Stephan Protschka: *Ausblick*, in: Ders., S. 112-117, hier: S. 113.

Vergangenheitsbewältigung mit Humor? Das tschechische Brettspiel „Soudruhu, nezlob se!“

Einleitung

Ivan Mládek entwickelte Anfang der 1990er-Jahre im postsozialistischen Tschechien das Brettspiel *Soudruhu, nezlob se!* (Genosse ärgere Dich nicht). Der 1942 in Prag geborene Sänger und Komiker Mládek erfuhr Unterdrückung und Einschränkungen im Privatleben von Seiten des tschechischen Regimes.¹ Das von ihm entwickelte Brettspiel, thematisiert die totalitäre Vergangenheit des tschechoslowakischen Staatssozialismus auf besondere Art. Einzelne Ereignisse und Missstände in der Tschechoslowakei werden hier durch eine auf die Spitze getriebene Polemik – begleitet von schwarzem Humor – im Spiel nacherlebt. Das Spiel ist auf heutige Empfehlung des Herstellers insbesondere für jene geeignet, die sich rückblickend mit der Erfahrung von Unterdrückung und Ausgrenzung auseinandersetzen möchten. Somit sollen schwer lastende, gar traumatische Erinnerungen durch Humor an Leichtigkeit gewinnen und Möglichkeiten eröffnen, die Vergangenheit auf eine weniger schmerzhaft Weise nachzuerleben oder sogar aufzuarbeiten.²

Mit der vorliegenden Arbeit soll der Frage nach einer möglichen Vergangenheitsbewältigung mit Hilfe von Humor am Beispiel des Brettspiels *Soudruhu, nezlob se!* nachgegangen werden. Dafür wird zunächst der Humorbegriff thematisiert. Anschließend werden der Spielablauf, sowie die darin vorkommenden und spielleitenden Vor- und Nachteilskarten erläutert. Anhand dieser Ereigniskarten, die mit humoristischen Mittel gestaltet wurden, wird ihre Wirkung diskutiert, um abschließend zu einem Schlussgedanken und Resümee kommen zu können.

Humor spielt in alltäglich stattfindenden Interaktionen eine enorm große Rolle. Er wird mit Begriffen wie Lebensfreude, Leichtigkeit oder Fröhlichkeit assoziiert, weshalb humorvolle Menschen nicht grundlos häufig eine große Beliebtheit genießen. Humorvoll zu sein, ist jedoch nicht nur eine wünschenswerte Eigenschaft, sondern im Sozialen wird nahezu erwartet, dass Menschen in der Lage sind, in gewissen Situationen über sich selbst lachen zu können. Das große Comedy- und Satire-Angebot im Fernsehen, in Podcasts oder Büchern bestätigt das gesellschaftliche Verlangen, zum Lachen gebracht werden zu wollen. Dabei ist die Frage, was Humor eigentlich ausmacht, äu-

1 Vgl. die Website von Ivan Mládek, online aufrufbar unter: <https://www.mladekivan.cz/en/o-ivanu-mladkovi/autobiography/> (Stand: 02.12.2020).

2 Vgl. Charlotte Mellentin/Felix Spichal: Vergangenheitsbewältigung mit Humor? Das tschechische Brettspiel „Soudruhu, nezlob se!“, in: *Zeitgeschichte-online*, online abrufbar unter: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/vergangenheitsbewaeltigung-mit-humor> (Stand: 30.09.2020).

ßerst komplex und keinesfalls einheitlich zu beantworten. Grund dessen ist der subjektive Gehalt des Begriffs, weshalb bereits ein Witz genügt, um bei Menschen die unterschiedlichsten Reaktionen hervorzurufen. Bei einem Publikum aus 100 Personen kann ein einziger Witz sogleich 100 verschiedene Reaktionen hervorrufen: von schallendem Gelächter bis hin zum Stirnrunzeln und Kopfschütteln.

Sich dafür zu sensibilisieren, ist für den hier vorliegenden Beitrag äußerst wichtig; insbesondere, wenn Humor zur Vergangenheitsbewältigung beitragen soll und somit Ereignisse humorvoll thematisiert werden, die für Betroffene unter Umständen bis heute höchst traumatisierend sein können. Das Zitat des deutschen Dichters Jean Paul „Freiheit gibt Witz und Witz gibt Freiheit“ deutet auf den Gehalt von Humor hin. Wer schon einmal lachte, bis die Tränen kamen, wird nachvollziehen können, dass Lachen Mauern durchbrechen und innere Blockaden lösen kann. Dieses Potenzial von Humor ist es, weshalb die Auseinandersetzung mit dem Thema lohnt und sich die Frage gestellt werden muss, ob Humor möglicherweise ein geeignetes Mittel der Vergangenheitsbewältigung sein kann.

Der Entwickler des Spiels, Ivan Mládek, der bis heute sein Leben der Musik und Comedy widmet, hat sie für sich mit einem klaren „Ja“ beantwortet. In seiner Kunst thematisiert er immer wieder den damaligen Alltag in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und setzt sich dabei mit der selbst erlebten Unterdrückung und den auferlegten Einschränkungen von Seiten des Regimes auseinander. Auf eine besondere Art thematisiert das von ihm erfundene Brettspiel die erlebte Repression. Obwohl zunächst nur für den privaten Gebrauch entwickelt, erlangte es ab 1987 eine immer größere Beliebtheit bei Regimekritikern und wurde Teil der „dissidentischen Praxis des Samizdat“³.

Heute bietet das Spiel die Möglichkeit, einzelne Ereignisse und Missstände, unter Einbeziehung einer humoristischen Komponente, nachzuerleben. Letztendlich gelingt es auf diese Weise Erinnerungs- und Populärkultur zu verbinden.

Das Spiel und der Ablauf

In dem Brettspiel, das namentlich an den Spielklassiker *Mensch, ärgere Dich nicht* erinnert, entscheidet pures Würfelglück über den Ausgang des Spieles. Gewonnen hat, wem zuerst die Flucht aus der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Grenze zur Bundesrepublik gelingt. Dafür muss nicht nur die Karriereleiter vom einfachen parteilosen Arbeiter bis hin zur mächtigsten Person im Staat, dem Generalsekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, erklommen werden, sondern auch eine Millionen Kronen gesammelt werden, die als benötigte Starthilfe in der neuen Heimat in 50.000 Deutsche Mark umgetauscht werden müssen.

3 Florian Greiner / Maren Röger: Den Kalten Krieg spielen. Brett- und Computerspiele in der Systemkonfrontation, in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History, online abrufbar unter: <https://zeithistorische-forschungen.de/1-2019/5679#footnote-017> (Stand: 19.10.2020).

Das Spiel endet für alle, sobald der ersten Person die Flucht aus der Tschechoslowakei gelingt. Sollte ein Mitspieler jedoch durch einen Wurf auf einem der Felder *Mine*, *Grenzwache* oder *Elektrozaun* landen, die sich auf dem Brettspiel in der Nähe der aufgemalten Grenze befinden, so scheidet die Person vorzeitige aus, wodurch der Tod des Flüchtlenden durch die lebensgefährliche Grenzsicherung am „Eisernen Vorhang“ symbolisiert wird. Neben neutralen Feldern können Spielfiguren auch auf sogenannten Ereignisfeldern landen, die entweder durch ein lachendes oder weinendes Gesicht gekennzeichnet sind. Je nach Symbol wird hier ein regimekonformes Verhalten belohnt (lachendes Gesicht) oder ein nicht-regimekonformes Verhalten bestraft (weinendes Gesicht), was dem Spieler Vorteile bzw. Nachteile einbringt. Diese Karten enthalten humorvolle und polemische Elemente, die dem Brettspiel seinen humoristischen Charakter verleihen. Zugleich sollen sie den damaligen Alltag in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik widerspiegeln und nacherlebbar machen, wodurch sie die Unterdrückung durch das sozialistische Regime im öffentlichen wie auch privaten Raum verdeutlichen.

Durch sogenannte positive Vorteilskarten kann der Spieler beispielsweise zu einer *schusssicheren Weste*, dem *Plan der Verminderung vor der Grenze* oder zu *kompromittierendem Material gegen den Vorsitzenden der Prüfungskommission* gelangen, was beim Grenzübertritt oder bei der Parteikontrollen vor einer Inhaftierung oder sogar vor lebensbedrohlichen Konsequenzen schützen kann. Die *schusssichere Weste* und der *Plan der Verminderung* verdeutlichen die tödliche Gefahr der Grenzüberschreitung zur Bundesrepublik. Hingegen spielt die Karte mit dem *kompromittierenden Material gegen den Vorsitzenden der Prüfungskommission* auf das stets präsente gegenseitige Misstrauen innerhalb der Bevölkerung des Staatssozialismus an. Auch finanzielle Belohnungen sind im Spiel möglich. So erhält ein Spieler beispielsweise 2.000 Kronen für das Auseinanderschlagen einer Demonstration mit weiteren Milizionären, 50.000 Kronen wenn ein hoher Parteiangehöriger absichtlich beim Kartenspielen gegen einen anderen Mitspieler verliert und 10.000 Kronen, wenn man vor Gericht eine Falschaussage gegen einen Dissidenten tätigt. Letzteres spielt polemisch darauf an, dass das Regime sogar die Unehrlichkeit seiner Bürger tolerierte und bei dem Verbrechen gegen den Meineid wegschaute, wenn es dem Sozialismus förderlich war. Dabei wurde das Bestrafen oder zumindest die Einschüchterung von Regimekritikern sogar durch Prämien aktiv unterstützt.⁴ Durch das Ziehen weiterer positiver Ereigniskarten kann auch die Karriereleiter nach oben erklommen werden, beispielweise durch die *Heirat mit der Tochter des Innenministers*, was zur Beförderung führt. Mit dieser Karte thematisiert Ivan Mládek, dass in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik soziale Strukturen und Beziehungen nicht nur über das private Glück entschieden, sondern auch über die beruflichen Karrieren und die damit verbundenen Aufstiegschancen. Der Kontakt zu *hohen politischen Amtsträgern* konnte so manchen Arbeitgeber imponieren und überzeugend wirken, die geeignete Person für einen Job zu sein, ungeachtet der tatsächlich vorzuweisenden beruflichen Qualifikationen. Neben den positiven Ereigniskarten wird durch das Landen auf einem Feld mit weinendem Gesicht impliziert, dass sich der Spieler untreu gegenüber dem Regime verhielt, weshalb der Betroffene mit dem Ziehen einer Nachteilskarte mit Geld- oder sogar Gefängnisstrafen rechnen muss. Durch das Ziehen der Karten *Du hast öffentlich gesagt, Pilsen sei von der USA befreit worden* oder *Du wurdest in*

⁴ Vgl. Mellentin / Spichal, Vergangenheitsbewältigung.

einer Jeansjacke mit amerikanischem Symbol gesehen, was beides indirekt den Ost-West-Konflikt thematisiert, wird der Bertoffene mit dem Zurückziehen der eigenen Spielfigur bestraft. Auch das Ziehen der Karten *Du bist nicht bei der Parteisitzung erschienen* oder *Du hast nicht auf der ‚Anticharta‘ unterschrieben* führt zum Zurückziehen der Spielfigur und die Karte *Du bist der Meinung, Václav Havel hat das Zeug dazu, Präsident der Tschechoslowakei zu werden* führt den Spieler sogar ins Irrenhaus, was einmal Aussetzen gleichkommt.

Die Wirkung von Humor im Spiel – Pro und Kontra

Ivan Mládek versuchte sich an einem außergewöhnlichen Weg, die innenpolitischen und gesellschaftlichen Spannungen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, sowie den Ost-West-Konflikt spielerisch rückblickend erfahrbar zu machen. Dabei wurde die Realität durch das subjektiv Erlebte rekonstruiert und erfuhrt mit der überspitzten Polemik eine Puktion. Diese Art der Thematisierung der Vergangenheit birgt unweigerlich das Risiko, dass die zum Teil als schockierend und schmerzvoll wahrgenommene Realität durch Parodie und Humor verharmlost wird, was bei Betroffenen Empörung hervorrufen und als geschmacklos eingestuft werden könnte. Wir können davon ausgehen, dass sich Ivan Mládek dieser Problematik bewusst war. So verzichtete er beispielsweise bei der Gestaltung der Landesgrenze auf humoristische Mittel und bildet damit „die ‚ernste‘ Erfahrungsgeschichte der Diktatur ab“⁵, wodurch deutlich wird, dass der Einsatz von Humor in Bezug auf eine Vergangenheitsbewältigung nicht grenzenlos ist. Durch die Tatsache, dass Menschen aufgrund ihrer Verzweiflung bereit waren, im Falle einer gescheiterten Flucht den Tod in Kauf zu nehmen, ist die vom Grenzübergang ausgegangene Lebensgefahr für Ivan Mládek demnach nicht nur eine physische, sondern auch eine emotionale Grenze.⁶ Durch den bewussten Verzicht auf Humor an dieser Stelle, werden das sinnlose Morden der Grenzschützen und die unmenschlichen Befehle ihrer Vorgesetzten nicht verharmlost. Aufgrund der Einhaltung dieser gefühlsbestimmten und zugleich moralischen Grenze und durch den ausgewählten Einsatz von Humor, konnte Ivan Mládek letztendlich ein Spiel entwickeln, das einen hohen Unterhaltungswert besitzt. Dieser Wert ist aber insbesondere für die sogenannte „Postmemory-Generation“⁷ nicht ganz unproblematisch. Humor kann hier verharmlosend wirken und sogar das realsozialistische Regime beschönigen.⁸ So bestätigen Betroffene in ihren Spielrezensionen, dass ihre Kinder beim gemeinsamen Spielen das Spiel als „übertrieben“ und „unrealistisch“ einstufen, wohingegen die Eltern bestätigten, das Spiel käme der Realität sehr nah.⁹ Mit fehlendem real erlebten Bezugspunkt zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und damit zum ehemaligen kommunistischen Regime, erschwert der Einsatz von Humor das Erkennen der Realität. Sigmund Freud bezeichnete dies als die Problematik des Witzes, die er als „Gefahr der Verwirrung durch die Tendenz und der Urteilstäuschung durch

5 Greiner / Röger, Den Kalten Krieg spielen.

6 Vgl. Mellentin / Spichal, Vergangenheitsbewältigung.

7 Marianne Hirsch: The Generation of Postmemory, in: Poetics Today 29 / 1 (2008), S. 103-128.

8 Vgl. Mellentin / Spichal, Vergangenheitsbewältigung.

9 Vgl. ebd.

den guten Sinn“ beschrieb.¹⁰ Möglicherweise empfiehlt der Hersteller das Spiel gerade deshalb explizit Betroffenen, die sich rückblickend mit der Vergangenheit auseinandersetzen möchten.¹¹ Diese besitzen das Hintergrundwissen, um die Anspielungen in den Ereigniskarten verstehen zu können. Ohne Vorwissen werden die Ereigniskarten, auf denen kommentarlos Begriffe wie *Anticharta* oder Personen wie *Václav Havel* stehen, nicht nur unverständlich, sondern sie verlieren auch ihre humoristischen Momente. Denn ein Witz bereitet nur Freude, wenn Bekanntes wiedererkannt wird.¹² Dies setzt voraus, dass die Einordnung des Witzes gelingt und lange, erklärende Kommentare weggelassen werden können, da diese „Nachhilfe“ dem Witz seine geplante Wirkung nehmen würde.¹³ Ivan Mládek setzt demzufolge voraus, dass die Spieler z. B. den führenden Regimekritiker der Tschechoslowakei und späteren Präsidenten *Václav Havel* kennen, um den hintergründigen Humor der oben beschriebenen Ereigniskarte verstehen zu können.

Durch die Aktualität zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Spieles waren Themen wie diese jedoch von allgemeinem Interesse, weshalb das Wissen im Spiel impliziert wird. Auf die „Postmemory-Generation“ muss dies jedoch nicht mehr zutreffen, sodass Witze misslingen könnten, wenn das entsprechende Hintergrundwissen und damit das Wiedererkennen von Begebenheiten fehlt. Hinzu kommt, dass Humor durchaus eine Generationsfrage ist, das heißt, dass ein Inhalt, der während des Bestehens des tschechoslowakischen Staatssozialismus noch als humorvoll bezeichnet wurde, bei der heutigen Generation nicht mehr dasselbe Maß an Freude hervorrufen muss.¹⁴ Deshalb kann die Wirkung und der Gehalt von Humor, je nach Generation, unterschiedlich sein. Während er wenig Erfolg bei der Wissensvermittlung haben wird, und sogar schädlich wirken kann, kann er hingegen bei Betroffenen, welche die Unterdrückung durch das Regime am eigenen Leib erfahren, ein geeignetes Mittel zur Vergangenheitsbewältigung sein. Durch den Einsatz von Humor und Polemik wird Vergnügen ausgelöst und schwer lastende oder sogar traumatische Erinnerungen gewinnen an Leichtigkeit. Dies eröffnet die Möglichkeit, sich an die Vergangenheit auf eine weniger schmerzhaft Weise zu erinnern und diese dabei womöglich aufzuarbeiten.¹⁵ Witze begünstigen seelische Vorgänge, wodurch Hemmungen beseitigt und Verdrängung aufgearbeitet werden können.¹⁶ Für nicht betroffene Generationen weckt das Spiel hingegen unter Umständen Neugierde. Und letztendlich kann der Einsatz von Populärkultur auch dazu beitragen, einen generationsübergreifenden Austausch zu ermöglichen. So kann beim gemeinsamen Spielen ein heilsamer Austausch entstehen und belastendes Schweigen durchbrochen werden, wobei der Einsatz von Humor befreiend wirken kann.

10 Sigmund Freud: *Der Witz und seine Beziehung zum Unterbewussten*, London 1940, S. 102.

11 Marketa Spiritova: „Genosse ärgere Dich nicht!“ Brettspiele als Zugang zur populären Erinnerungskultur im östlichen Europa, in: Karl Braun / Claus-Marco Dietrich / Angela Treiber (Hg.): *Materialisierung von Kultur: Diskurse, Dinge, Praktiken*: 39. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde in Nürnberg vom 25.-28.09.2013, Münster 2015, S. 551-560, hier: S. 558.

12 Vgl. Freud, *Der Witz*, S. 136 f.

13 Vgl. ebd.

14 Vgl. ebd., S. 137.

15 Vgl. Mellentin / Spichal, *Vergangenheitsbewältigung*.

16 Vgl. Freud, *Der Witz*, S. 102-104, 150 f.

Schlussgedanke

Denkmäler oder Museen sind gesellschaftlich anerkannte Objekte und Orte des Erinnerns und werden als „kanonisierte Repräsentanten der sogenannten ernsten Kunst“¹⁷ verstanden. Die Populärkultur wird hingegen überwiegend als Quelle des Vergnügens angesehen und trägt den Stempel der „Massenkultur“.¹⁸ Das Erinnern an historische Ereignisse mittels populärer Kultur passt für viele Menschen nicht zusammen. Schnell steht der Vorwurf von Materialisierung und Kommerzialisierung des Erinnerns im Raum.¹⁹ Als historische Quelle verdeutlicht das Brettspiel *Soudruhu, nezlob se!* jedoch, welche Selbst- und Fremdbilder Betroffene in sich getragen haben und vielleicht immer noch tragen, und wie Vergangenes heute durch diese Bilder bewertet werden kann. In Ivan Mládeks Spiel wird das totalitäre Regime als verbrecherisch und mörderisch dargestellt, welches seine Bürger in die Psychiatrie und ins Gefängnis bringt. Die Bildsprache ist einfach gehalten und reduziert sich auf Symbole des staatlichen Überwachungsapparats. „Geschichtsdeutungen im Sinne kommunistischer Narrative, sinnentleerte politische Rituale, Sanktionen durch das Betriebskollektiv, Überwachung und Erpressung, allgegenwärtiges Misstrauen und Rückzug in private Wochenendhäuschen [und] Umweltverschmutzung“²⁰ sind die präsenten Themen des Spiels. Es wird ein Geschichtsbild kreiert, das für viele bis heute mit traumatisierenden Erinnerungen einhergeht, aber mit Hilfe von Humor einen befreienden Charakter erhält. Diese ungewöhnliche Erinnerungsstrategie wird durch die menschliche, unermüdliche Suche nach Lust und Vergnügen gestärkt, die der Mensch insbesondere „aus der Freiheit des Denkens“ bezieht.²¹ Aufgrund der Unterdrückung durch das herrschende Regime und der damit einhergehenden Freiheitsbegrenzung war der Freiheitsbegriff für viele Menschen in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zumeist ein Sehnsuchtsbegriff. Erst durch die Grenzöffnung erlangten die Menschen wieder ihre äußere Freiheit. Viele konnten jedoch das Erlebte bis heute nicht verarbeiten, sodass die jahrzehntelange Unterdrückung teilweise dazu geführt hat, dass auch nach 1989 / 90 das innere Seelenleben unfrei blieb. Wieder andere sind moralisch belastet und haben sich durch ihre Handlungen im kommunistischen Regime für eine offene Trauer disqualifiziert. So oder so kann die Vergangenheit bis heute belastend sein, was zum Verstummen der Betroffenen führt. Doch fehlende Kommunikation kann das Schaffen einer liberalen Erinnerungskultur nicht nur aufhalten oder verlangsamen, sondern im schlimmsten Fall sogar maßgeblich verhindern, denn die Aufklärung geht dem Erinnern immer voraus. Insbesondere für nachfolgende Generationen ist es von großer Bedeutung, dass offen über die Vergangenheit kommuniziert wird. Nur so kann ein vollständiges Bild von der Vergangenheit erlangt werden. Schlussendlich verdeutlicht das Spiel als populärkulturelle Quelle den gesellschaftlichen Versuch, mittels des Einsatzes von Humor, eine Krisen- bzw. Vergangenheitsbewältigungsstrategie zu finden. Es lässt sich als kontroverses Brettspiel einordnen, das zum Diskutieren einlädt und ei-

17 Brigitte Frizzoni / Ingrid Tomkowiak: Einleitung, in: Dies. (Hg.): *Unterhaltung. Konzepte – Formen – Wirkungen*, Zürich 2006, S. 7-16, hier: S. 8.

18 Vgl. Spiritova, *Brettspiele*, S. 552.

19 Vgl. ebd.

20 Ebd., S. 558 f.

21 Freud, *Der Witz*, S. 142.

nen generationsübergreifenden Austausch möglich macht, durch den am Ende alle Mitspieler gewinnen können.

Charlotte Maria Mellentin, geb. 1996 in München, Bachelorstudium der Geschichte und Germanistik, sowie der Sozialwissenschaften und Psychologie an der Universität Augsburg, Masterstudium im Fach History - European Societies in Transformation an der Universität Regensburg.



Erinnerung von Rechtsaußen? Wie und warum die rechtspopulistische PEGIDA die Symbole der Friedlichen Revolution mobilisiert

Einleitung

Dreißig Jahre nach der „Friedlichen Revolution“ und der Wiedervereinigung Deutschlands stellen diese beiden Ereignisse eine der freudigsten kollektiven Erinnerungen in der Bundesrepublik dar.¹ Während Städte, Bundesländer und Staat die „runden“ Jubiläen feierlich begehen, mobilisieren allerdings auch (ost-)deutsche Rechtsaußen-Akteure das Erbe und die Erinnerung an die Revolution: Der historische Ruf „Wir sind das Volk!“ ist ein Standardrepertoire auf den Demonstrationen der rechtspopulistischen Dresdner Bewegung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) – und die Rechtsaußen-Partei Alternative für Deutschland (AfD) ruft im Wahlkampf 2019 dazu auf, „die Wende“ zu vollenden. Aufgrund der üblichen Assoziation der Friedlichen Revolution mit Werten wie Freiheit, Menschenrechte und Demokratie erstaunt es kaum, dass der rechtsradikale Appell an 1989 durch Rechtsaußen-Akteure die Öffentlichkeit entrüstet.

Anhand der Analyse der rechtspopulistischen Dresdner PEGIDA-Protestbewegung trägt dieser Essay zum aktuellen Diskurs zum Erbe von 1989 bei. Auf Grundlage von einer sechsmonatigen Feldforschungsphase in mehr als einem Dutzend Straßendemonstrationen sowie von Recherchen auf PEGIDAS Kanälen in den sogenannten sozialen Netzwerken beschreibe ich, wie die Symbolik der Friedlichen Revolution als organisatorische Vorlage und rhetorisches Mittel in den PEGIDA-Veranstaltungen fungiert. In einem zweiten Schritt unternehme ich den Versuch, den Appell an 1989 zu erklären. Zunächst gehe ich auf die strategische Funktion des Bezugs auf kollektive Erinnerung als kulturelle Ressource zur Mobilisierung von Unterstützern, Legitimation von Protest und Delegitimation von Gegenprotest ein. Anschließend thematisiere ich PEGIDAS Verwendung der Symbole der Friedlichen Revolution als Kritik am gegenwärtigen bundesdeutschen demokratischen System, insbesondere als Auflehnung gegenüber westdeutscher Dominanz. Ich schlussfolgere, dass die Erinnerung an die Friedliche Revolution noch immer „heiß“ ist und als kulturelles Repertoire durch Raum und Zeit sowie über politische und ideologische Grenzlinien hinweg reist.

¹ Der vielleicht gebräuchlichere Ausdruck für diese Zeitperiode ist „die Wende“, jedoch ziehen viele ehemalige Widerständler sowie staatliche Akteure „Friedliche Revolution“ vor, sowohl um die Wirkungsmacht von bürgerlichem Protest zu betonen als auch den SED-geprägten Begriff der Wende zu vermeiden. Dieser Essay orientiert sich am offiziellen Sprachgebrauch, auch wenn dieser nicht ohne Kritik geblieben ist. Siehe Michael Beleites: Wie kann und soll an die friedliche Revolution erinnert werden?, in: Hans Vorländer (Hg.): Revolution und demokratische Neugründung, Dresden 2011, S. 141-156.

Die Friedliche Revolution und ihre Symbole

Das Konzept der Friedlichen Revolution bezeichnet die revolutionären Ereignisse, die im Herbst und Winter 1989-1990 in der ehemaligen DDR stattfanden. Die Revolution begann im Nachgang der gefälschten Kommunalwahlen im Mai 1989, fand ihren Höhepunkt in drei Massendemonstrationen in den sächsischen Städten Plauen, Dresden und Leipzig im frühen Oktober und mündete im sogenannten Berliner Mauerfall im November sowie der Einberufung eines Runden Tisches im Dezember 1989.² Der Begriff der Friedlichen Revolution ist eng verbunden mit den regelmäßigen Leipziger „Montagsdemonstrationen“, die Oppositionelle und desillusionierte Bürgerinnen und Bürger auf den Straßen vereinten.³ Aus den oppositionellen Kreisen rund um die Leipziger Nikolai-Kirche heraus ergriff die Protestbewegung ganz Sachsen und die DDR. Den Montagsdemonstrationen entstammt auch der wichtigste Ruf der Revolution, „Wir sind das Volk!“, welcher die Distanz zwischen der Regierung der „Volksrepublik“ und dem demonstrierenden „Volk“ rhetorisch geschickt verringern sollte.⁴ Ab Ende 1989 zielten die revolutionären Ereignisse in der DDR schließlich mehr und mehr auf die Wiedervereinigung mit Westdeutschland ab. Dies schlug sich etwa in der Wandlung des revolutionären Rufes von „Wir sind das Volk!“ zu „Wir sind ein Volk!“ nieder. Der abgewandelte Ruf erreichte Dominanz im Zusammenhang mit einem Besuch des westdeutschen Kanzlers Helmut Kohl in Dresden im Dezember 1989.⁵

Gefeiert als Deutschlands einzige erfolgreiche Revolution „von unten“⁶ spielt die Friedliche Revolution eine wichtige Rolle in der gegenwärtigen deutschen Erinnerungspolitik und -kultur. Anlässlich des dreißigjährigen Jubiläums fand eine Reihe großformatiger und feierlicher Gedenkveranstaltungen in ganz Deutschland statt.⁷ In einer Rede im Rahmen der Gedenkveranstaltung zum Mauerfall betonte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier:

2 Vgl. Hans Vorländer: Pathos und Ernüchterung: Über den Zusammenhang von Revolution und demokratischer Neugründung, in: Ders. (Hg.): Revolution und demokratische Neugründung, Dresden 2011, S. 15-30.

3 Vgl. Detlef Pollack: Die Friedliche Revolution: Strukturelle und ereignisgeschichtliche Bedingungen des Umbruchs 1989 in der DDR, in: Clemens Vollnhals (Hg.): Jahre des Umbruchs: Friedliche Revolution in der DDR und Transition in Ostmitteleuropa, Göttingen 2011, S. 119-139.

4 Vgl. Francesca Polletta/James M. Jasper: Collective Identity and Social Movements. Annual Review of Sociology 27, (2011), S. 283-305.

5 Vgl. Karl-Siebert Rehberg: Freiheitsgewinn zwischen Bürgerstolz und Identitätsbedrohung: Dresden nach der deutschen Wiedervereinigung, in: Dresdner Hefte, no. 100 (2009), S. 8-15.

6 Carola S. Rudnick: Die andere Hälfte der Erinnerung: Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989, Bielefeld 2011.

7 Detaillierte Informationen und Berichte über die Veranstaltungen zur Feier des dreißigjährigen Jubiläums der Friedlichen Revolution sind verfügbar im Netz auf der Regierungsseite „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“; (unter: <https://deutschland-ist-eins-vieles.de>).

„Diese Mauer, sie fiel ja nicht einfach. Die friedlichen Revolutionäre haben sie eingerissen. Sie, die Mutigen in der DDR, haben Geschichte geschrieben: Demokratiegeschichte, Weltgeschichte. Dafür können ihnen wir [sic] auch 30 Jahre später nicht dankbar genug sein.“⁸

In diesem Sinne stellen auch die zentralen Symbole der Revolution, nämlich die Montagsdemonstrationen und der Ruf „Wir sind das Volk!“, zwei besonders positiv besetzte kollektive Erinnerungen im wiedervereinten Deutschland dar.⁹

PEGIDA und die Friedliche Revolution

Die sogenannten „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“, kurz PEGIDA, formierten sich im Herbst 2014 in Dresden. Innerhalb kürzester Zeit mobilisierte die Organisation um Anführer Lutz Bachmann eine immer größere Anzahl an Menschen, die wöchentlich auf öffentlichen Plätzen in der Dresdner Altstadt gegen die vermeintliche Islamisierung Deutschlands demonstrierten, insbesondere gegen die Migrations- und Integrationspolitik der Bundesregierung sowie gegen „die Eliten“ im Allgemeinen.¹⁰ Mit 25.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erreichte die Protestbewegung im Januar 2015 ihren Höhepunkt, doch verschwunden ist sie bis heute nicht: PEGIDA demonstriert seit nunmehr sechs Jahren (zwei-)wöchentlich in Dresden und bringt üblicherweise zwischen einigen Hundert bis wenigen Tausend Sympathisanten auf die Straße. Die Inhalte, die in Reden oder auf Plakaten dargeboten werden, sind aufgrund ihrer oft rohen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Elitenhass bis heute höchst problematisch. Die Bewegung wird daher als rechts bis rechtsextrem eingestuft.¹¹

Umso größer war die öffentliche Entrüstung darüber, dass PEGIDA von Beginn an die zentralen Symbole der Friedlichen Revolution vereinnahmte. Tatsächlich kennzeichnen sowohl materielle als auch symbolische, sowohl explizite als auch implizite Bezüge auf die Friedliche Revolution die Dresdner PEGIDA-Demonstrationen. Zuallererst folgt der Entwurf der Demonstrationen dem Vorbild der Leipziger Montagsdemonstrationen: Seit 2014 finden PEGIDAS öffentliche Veranstaltungen immer montagabends statt. Selbst während des sogenannten „Lockdowns“ im Zuge der COVID-19 Pandemie im Frühjahr 2020, als großformatige Veranstaltungen untersagt waren, führten PEGIDA Aktivisten das montägliche Protestritual fort – auf YouTube. Darüber hinaus organisiert PEGIDA die Demonstrationen an ikonischen Orten, die symbolischen Wert erlangt haben, wie etwa der Dresdner Frauenkirche sowie am Hauptbahnhof. Während die Frauenkirche für die Friedensbewegung der DDR steht, ist der Hauptbahnhof mit der Erinnerung an die Entwicklung des zentralen Konzepts

8 Bundespräsidialamt: Feierlichkeiten am Brandenburger Tor zu 30 Jahren Friedlicher Revolution und Mauerfall, Berlin 2019, unter: https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/11/191109-Brandenburger-Tor-9-Nov.html;jsessionid=1A372CoB1B2CoogAC5748B8864DB1B3D.1_cid394. (Stand: 25.02.2021)

9 Vgl. Ralph Jessen: Die Montagsdemonstrationen in der DDR, in Martin Sabrow (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 466-480; Helmut Zwahr: Wir sind das Volk!, in Étienne François/Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte, München 2001, S. 253-268.

10 Siehe Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller: PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016.

11 Vgl. Piotr Kocyba: Pegida: Ausdruck rechtsextremen Protests?, in Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hg.): Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen 2020, S. 81-100.

des „friedlichen Protests“ am 8. Oktober 1989 verbunden. An diesem Datum hofften viele DDR-Bürgerinnen und Bürger, das Land in den Flüchtlingszügen von der Deutschen Botschaft in Prag verlassen zu können. Nach der anfänglich gewaltsamen Konfrontation mit der Polizei in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof wurde hier die friedliche Vorlage für die nachfolgenden Demonstrationen in der ganzen DDR geschaffen.¹²

Die kritische Lektüre von Reden, Unterhaltungen, Plakaten und Bildern in PEGIDA-Demonstrationen sowie in der virtuellen Kommunikation deckt außerdem die zahlreichen sprachlichen Verweise auf die Friedliche Revolution auf. Basierend auf einem Selbstverständnis als „friedliche Demonstranten“ behaupten Organisatoren und Anhänger, dass PEGIDA in der Tradition der Montagsdemonstrationen stehe und dass PEGIDA die Revolution von 1989 weiter- bzw. zu Ende führe. Beispielsweise bezeichnen sie die Organisation als eine „Bürgerbewegung“, die Märsche als „Montagsdemonstrationen“ (neben dem Ausdruck „Abendspaziergänge“) und erhoffen sich einen Ausgang „wie damals in 1989“. Ein weiterer expliziter Bezug auf die Friedliche Revolution ist die Verwendung des Rufes „Wir sind das Volk!“, welchen die Menge auf Demonstrationen darbietet, auf Plakate und Deutschlandflaggen gedruckt zeigt und in Kurznachrichten in sozialen Netzwerken zitiert. Ähnlich beansprucht PEGIDA den Gedanken der „friedlichen Proteste“ für sich: In zahlreichen Reden unterstreichen die Organisatoren die Gewaltfreiheit der Bewegung und unterstellen gewalttätiges Verhalten der Gegenseite, d. h. in erster Linie den linken Gegendemonstranten. Tatsächlich hatte PEGIDA anfänglich sogar den Namen „Friedliche Europäer“ (statt „Patriotische Europäer“) erwogen.¹³

Im Gegenzug bezeichnet PEGIDA die gegenwärtige Bundesrepublik als eine Art Wiedergeburt der totalitären Strukturen der ehemaligen DDR. Die Aktivisten halten den Zustand der liberalen Demokratie in Deutschland für „so schlimm wie“ oder „sogar schlimmer“ als die sozialistische Diktatur. Viele Plakate visualisieren diesen Vergleich, etwa durch die Kombination der Buchstaben der jeweiligen Abkürzungen der beiden Staaten. Andere fordern gerade heraus „Nie wieder Deutsche Demokratische Republik!“ oder „Keine dritte Diktatur in Deutschland!“. Die Kritik richtet sich auch an eine bestimmte Institution der Bundesregierung, nämlich das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie seine regionalen Ableger. Im Zusammenhang mit der Erklärung des „Flügels“ der AfD und der Identitären Bewegung als verfassungsfeindlich sowie der Bezeichnung des PEGIDA-Gründers Lutz Bachmann als „Rechtsextremisten“ im Frühjahr 2020, deutet PEGIDA das Bundesamt als derzeitiges Gegenstück zur DDR-Geheimpolizei „Stasi“.

Im Hinblick auf das Parteiensystem behauptet PEGIDA, dass die sogenannten „Alt-Parteien“ – d. h. die Christdemokraten, Sozialdemokraten, Grüne und Linke – die neue „Einheitspartei“ einer „links-grünen Diktatur“ bilden. In Reden und auf Plakaten bezeichnen Aktivisten die vermeintliche Partei als „Neue Einheitspartei Deutschlands“, kurz NED, in Anlehnung an die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die Staatspartei der DDR. Derartige Darstellungen waren be-

12 Vgl. Thomas Widera: Angespante Herbsttage: Revolution in Dresden 1989 – Bedingt friedlich, in: Dresdner Hefte, no. 140 (2020); S. 6-12.

13 Vgl. Hans Vorländer / Maik Herold / Steven Schäller: PEGIDA Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016, hier: S. 5.

sonders zahlreich in der Folge der Regionalwahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen im Herbst und Winter 2019-2020, als die demokratischen Parteien zwecks Bildung stabiler Regierungsmehrheiten breite Koalitionsbündnisse von CDU bis Linken debattierten. Lutz Bachmann kommentierte die Koalitionsgespräche auf der Demonstration am 17. Februar 2020 auf dem Dresdner Neumarkt folgendermaßen:

„Freunde, für mich ist es unfassbar, wie nach nur dreißig Jahren die selbst ernannten Befreier der DDR, die ganzen Bonzen der West-Altparteien, welche uns Demokratie versprochen und blühende Landschaften, [...] nun zusammen wieder eine Diktatur aufbauen wollen und wie sie mit den Verantwortlichen für die Mauer, mit den Verantwortlichen für Ungerechtigkeit, mit den Verantwortlichen für Verbrechen an der Menschlichkeit und mit den Verantwortlichen für hundertfachen Mord an der innerdeutschen Grenze und Erziehungs- sowie Vollzugsanstalten der DDR gemeinsame Sache machen können. [...] Da stehen wir nun also, fast dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands und haben wieder genau so eine nationale Front, eine Sekte von Bonzen, welche dem Volke das Geld aus der Tasche zieht und davon fürstlich von der Realität wie völlig losgelöst wie eine Made im Speck lebt.“

Schließlich verurteilt PEGIDA auch den Zustand des Schutzes von Bürgerrechten und bürgerlichen Freiheiten im wiedervereinigten Deutschland, welchen sie als schlechter als in der DDR einschätzt. Die Gruppenidentität von PEGIDA baut daher auf dem Gedanken des Widerstandes gegen totalitäre Strukturen auf. Auf Grundlage der positiven Erinnerung an die Friedliche Revolution als eine bürgerliche demokratische Bewegung entwickelt die rechtspopulistische Organisation das Narrativ, dass PEGIDA eine Kraft des legitimen Widerstandes gegen die politische Klasse an sich sowie für die Verteidigung von Bürgerrechten ist. Dieser Deutungsrahmen trat gerade im Rahmen der COVID-19 Pandemie zutage, als Staat und Länder die Versammlungsfreiheit und damit das Demonstrationsrecht mit dem Ziel der Eindämmung von Infektionszahlen einschränkten. Vor dem Hintergrund der Einschnitte in die Bürgerrechte beanspruchte PEGIDA die Rolle des Verteidigers des Grundgesetzes und der in ihm enthaltenen Bürgerrechte für sich. In der Tat veranstalteten die Organisatoren um Lutz Bachmann virtuelle Märsche „für unsere Grundrechte“ und „für die Meinungsfreiheit“. Eine Kopie des Grundgesetzes, dekoriert mit einer schwarzen Schleife als Trauerflor, prangte gut sichtbar im Hintergrund der Sprecher in den virtuellen Veranstaltungen. Streng genommen war dieses Narrativ Teil der Bewegung von Beginn an. Es ist besonders explizit in folgendem Eintrag auf PEGIDAS Webseite anlässlich des 28-jährigen Jubiläums des Mauerfalls:

Im Jahre 2014 ist wieder im Osten – in Dresden – eine Widerstandsbewegung gewachsen, die sich nun seit 3 Jahren regierungskritisch und islamkritisch gegen eine Regierung stellt, die, wie zu tiefsten DDR-Zeiten, permanent gegen die Mehrheit des Volkes entscheidet. Das Regime „Merkel“ hat sich die sozialistischen Strukturen von damals angeeignet, das Volk hat zu funktionieren, Obrigkeitsdevotheit ist erwünscht, gerne auch in der Wahlkabine. 12 Jahre hat diese Art der Politik funktioniert, zwei Finanzkrisen und den Austieg [sic] aus der Atomenergie hat das Volk teuer und unnötig – aber geduldig – mitfinanziert. Die „Flüchtlingskrise“, die unsere Wirtschaft, unsere Kultur und unsere Zukunft bedroht, machen wir aber nicht mit! PEGIDA geht in diesen Zeiten voran

und es sieht wie vor 28 Jahren danach aus, dass ein Regime nun zum zweiten Mal innerhalb einer Generation in die Knie gezwungen wird. Wir sind das Volk!

Strategische Ressource

Der analytische Blick auf die Symbole der Friedlichen Revolution in PEGIDAS öffentlichem Protest zeigt auf, dass PEGIDA keinesfalls als erinnerungspolitischer Akteur agiert, der auf die Veränderung der deutschen Erinnerungspolitik abzielt.¹⁴ Viel eher muss PEGIDAS Verwendung der Symbole als die Inanspruchnahme einer kulturellen Ressource zum Ziel der Mobilisierung von Sympathisanten und Teilnehmern verstanden werden. In der Tat kann (kollektive) Erinnerung sozialen Bewegungen als kulturelle Ressource sowie diskursive Strategie dienen, mit deren Hilfe Sichtbarkeit erlangt, Aktivismus legitimiert und Gruppenidentität geschaffen und gestärkt werden kann.¹⁵ Diesem Deutungsansatz liegt ein semiotisches Verständnis von Kultur zugrunde, demzufolge Kultur, metaphorisch gesprochen, eine Art Werkzeugkasten darstellt, aus dem politische Akteure kreativ und für ihre eigenen Zwecke auswählen können.¹⁶

Die Symbole der Friedlichen Revolutionen fungieren also nicht nur als Vorlage, sondern auch als Erklärung und Rechtfertigung für PEGIDAS kontroversen Straßenprotest. Dank der diskursiven und performativen Zusammenführung der rechtsradikalen Organisation mit einem der besonders positiv erinnerten Ereignisse in der (ost-)deutschen Vergangenheit stellen sie ein wirkungsvolles Hilfsmittel zum Zweck der Legitimierung der Organisation, ihrer führenden Aktivisten sowie ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer dar. Gleichzeitig macht der Bezug auf die Revolution eine rhetorische „Abkürzung“ möglich, um die Regierung, die institutionelle Verfassung und den Umgang mit Bürgerrechten im gegenwärtigen Deutschland zu kritisieren. Durch die rhetorische Gleichsetzung der heutigen Bundesrepublik mit der DDR wird erstere selbst zum totalitären Staat. Auf ähnliche Weise fechtet diese diskursive Strategie die Argumente von PEGIDAS politischen Gegnern an: Während die linken Gegendemonstranten PEGIDA als rechtsextrem bezeichnen, benutzt PEGIDA den Bezug auf die Friedliche Revolution, um sich selbst als die „wahren Demokraten“ zu gerieren und die Gegendemonstranten als „links-grüne Faschisten“ zu verunglimpfen.

Kritik am demokratischen System der Bundesrepublik

Darüber hinaus verweist PEGIDAS Verwendung der Symbole der Friedlichen Revolution auf die ansteigende soziale und politische Streitfrage in Bezug auf das Erbe und die Auswirkungen der

14 Vgl. Jan Kubik / Michael Bernhard: A Theory of the Politics of Memory, in Michael Bernhard/Jan Kubik (Hg.): Twenty Years After Communism. The Politics of Memory and Commemoration, New York 2014, S. 7-34; Jenny Wüstenberg: Civil Society and Memory in Postwar Germany, Cambridge 2017.

15 Vgl. Priska Daphi and Lorenzo Zamponi: Exploring the Movement-Memory Nexus: Insights and Ways Forward, in: Mobilization: An International Quarterly 24, no. 4 (2019), S. 399-417.

16 Vgl. Ann Swidler: Culture in Action: Symbols and Strategies, in: American Sociological Review 51, no. 2 (1986), S. 273-86.

Transformationsphase. Tatsächlich lenkt PEGIDA die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Mängel der politischen und ökonomischen Reformen in der ehemaligen DDR. Viele Ostdeutsche erinnern die Übergangsphase als eine „Schocktherapie“ und eine „Kolonialisierung“ durch die Bundesrepublik.¹⁷ Auf der einen Seite stellte der 3. Oktober 1990 weniger eine „Wiedervereinigung“ zweier ebenbürtiger Staaten dar als den simplen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik: Obgleich vom Grundgesetz vorgeschrieben, wurde bis zum heutigen Tag keine neue, gemeinsame Verfassung entwickelt.¹⁸ Andererseits kennzeichneten schmerzhaft sozio-ökonomische Abstiegsverfahren die Übergangsphase, insbesondere verkörpert von der sprunghaft ansteigenden Arbeitslosigkeit im Zuge der großflächigen und abrupten Deindustrialisierung, Privatisierung und Stilllegung von ostdeutschen öffentlichen Unternehmen durch die sogenannte Treuhand.¹⁹ Im Nachgang dieser „großen Transformation“²⁰ sind Ostdeutsche bis zum heutigen Tage in den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Eliten im wiedervereinigten Deutschland unterrepräsentiert.²¹

Aufgrund der schmerzhaften Transformationserfahrungen empfinden bedeutende Segmente der ostdeutschen Gesellschaft eine sogenannte „(post-)transformative Ermüdung“ (transformational fatigue).²² Tatsächlich fühlt sich drei Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution mehr als ein Drittel der Ostdeutschen als „Bürger zweiter Klasse“ im Vergleich zu den westdeutschen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.²³ In diesem Zusammenhang bezeugen die Dresdner Kulturschaffenden Neidhardt und Ulbricht:

„Vielen unserer Mitbürger ist die Freude über die ‚Friedliche Revolution‘ im Laufe der anschließenden gesellschaftlichen und politischen Transformation in den 1990/2000er Jahren abhandgekommen. Der Stolz gerade der Dresdner darüber, im weitgehend friedlichen Protest und im beharrlichen Dialog mit der Macht das Ende der DDR und des SED-Regimes beschleunigt und damit mitvollendet zu haben, ist vielfach Resignation, Skepsis und neuen Ohnmachtsgefühlen gewichen.“²⁴

17 Vgl. Philipp Ther: Die deutsche Schocktherapie: Der deutsche Sonderweg und die Transformation Ostmitteleuropas, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, no. 11 (2019), S. 85-96; Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Übernahme: Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019.

18 Vgl. Hans Vorländer: Pathos und Ernüchterung: Über den Zusammenhang von Revolution und demokratischer Neugründung, in Hans Vorländer (Hg.): Revolution und demokratische Neugründung, Dresden 2011, S. 15-30.

19 Siehe Marcus Böick: Die Treuhand: Idee – Praxis – Erfahrung 1990-1994, Göttingen 2018; Philip Manow: Die politische Ökonomie des Populismus, Berlin 2018.

20 Philipp Ther: Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation, Berlin 2019.

21 Siehe Raj Kollmorgen: Ostdeutschland: Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft, Wiesbaden 2005; Michael Bluhm/Olaf Jacobs: Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung, Mitteldeutscher Rundfunk 2016, unter: <https://www.mdr.de/heute-im-osten/wer-beherrscht-den-osten-studie-100.html> (Stand: 25.02.2021); Steffen Mau: Lütten Klein, Berlin 2019.

22 Siehe Jan Kubik: FATIGUE: What Is It All About? A Programmatic Statement, London 2018.

23 Vgl. Naika Foroutan et al.: Ost-Migrantische Analogien I: Konkurrenz um Anerkennung. Stereotype, Abwertungsgefühle und Aufstiegskonflikte. Erste Ergebnisse einer bundesweiten Bevölkerungsbefragung, Berlin 2019.

24 Vgl. Uta Neidhardt/Justus H. Ulbricht: „Endspiel“ aus Sicht der Nachspiel-Zeit: 1989 als Erinnerung, in: Dresdner Hefte, no. 140 (2020), S. 3-5, hier: S. 3-4.

Das Aufkommen, Erstarken und Fortbestehen rechtsradikaler und rechtspopulistischer Akteure in Ostdeutschland und Ostmitteleuropa kann daher als verspätete Verbitterung über und Widerstand zum westlichen Wirtschaftsliberalismus der 1990er Jahre verstanden werden.²⁵ Vor der Folie von gesellschaftlicher Ermüdung zeigt sich, dass „rechtsradikale Bewegungen umherwabernde Unzufriedenheit und Pessimismus wie ein Kompressor ansaugen“²⁶ und diese Gefühle für ihre anti-westliche und illiberale politische Agenda mobilisieren. Mittels der Infragestellung der allgemein angenommenen Überzeugung, dass die deutsche Wiedervereinigung den letzten Schritt zu Deutschlands vollständiger Demokratisierung darstellt, fordern sie eine neue Revolution, um volle demokratische Strukturen zu erringen. Im Rechtsaußen-Verständnis bedeutet dies: die Errichtung illiberaler politischer Systeme, die dem Rechtsstaat eine geringere Rolle zuschreiben.

Schlussbetrachtung

Auf Grundlage der vorangegangenen Analyse können zwei Schlussfolgerungen gezogen werden. Zum einen weist dieser Essay auf die noch immer andauernden, kontroversen Prozesse der Vergangenheitsaufarbeitung in der Bundesrepublik hin. Dreißig Jahre nach Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung ist die Erinnerung an die Transformationsphase noch immer „heiß“, d. h. „a past that does not ‚cool off‘ by itself and that remains present [...] a past that remains toxic, contested, and divisive in a political, social, moral and – often also – legal sense“²⁷. Die deutsche Politik wird die im Zuge des Beitritts der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik erlittenen Ungerechtigkeiten klarer ansprechen und korrigieren müssen. Rein konventionelle Erinnerungspolitik wie etwa die Errichtung eines Denkmals zu Revolution und Wiedervereinigung im Zentrum Berlins wird nicht ausreichen, um die weiterhin existierende Ost-West-Spaltung zu überwinden. Eher wird eine inklusive gesellschaftliche Debatte nötig sein.

Schlussendlich lässt die Analyse von PEGIDAS Verwendung der Symbolik der Friedlichen Revolution keinen Zweifel zu, dass Erinnerung nicht an konkrete Orte, historische Momente, Akteure und Bedeutungen gebunden ist. Der Essay macht deutlich, dass Erinnerung durch Raum und Zeit sowie über soziale und politische Grenzlinien hinweg „reist“.²⁸ Die Symbolik der Friedlichen Revolution stellt inzwischen eine kulturelle Ressource dar, die Akteuren vom gesamten politischen Spektrum frei verfügbar ist. Dreißig Jahre nachdem die Öffnung der Berliner Mauer den ausschlaggebenden Schritt in Richtung Reisefreiheit über ideologische Grenzen hinweg machte, entbehrt es nicht einer bitteren Ironie, dass die Symbolik des demokratischen Freiheitskampfes ausgerechnet für rechtspopulistische politische Ziele wie die Schließung der Grenzen mobilisiert wird. Während die

25 Vgl. Annette Simon: Wut schlägt Scham: Das „Wir sind das Volk“ der AfD als nachgeholter Widerstand, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, no. 10 (2019): S. 41-50; Ivan Krastev/Stephen Holmes: The Light That Failed: Why the West Is Losing the Fight for Democracy, New York 2020.

26 Matthias Quent: Deutschland rechts außen: Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können, München 2019, hier: S. 247.

27 Chris Lorenz: Blurred Lines: History, Memory and the Experience of Time, in: International Journal for History, Culture and Modernity, no. 2 (2014), S. 43-62.

28 Astrid Erll: Travelling memory, in: Parallax 17 (2011), S. 4-18.

Erben der Revolution wie etwa die ehemaligen Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler die Verwendung der Symbolik durch PEGIDA nicht verhindern können, so ist es ihnen doch möglich, das Publikum der Rechtsaußen-Bewegung von der Unglaubwürdigkeit des Widerstandshabitus zu überzeugen.

Sabine Volk, geb. 1991 in Hamburg, Bachelorstudium der Allgemeinen Rhetorik und Medienwissenschaft an den Universitäten Tübingen und Cádiz, Masterstudium der Europawissenschaften an den Universitäten Groningen, Straßburg und Indianapolis, Masterstudium der Europawissenschaften am College of Europe, derzeit Promotionsstudium an der Jagiellonen Universität Krakau.

Finanzierung: Diese Forschung ist Teil eines Projekts, welches durch das Horizon 2020 Forschungs- und Innovationsprogramm der Europäischen Union unter der Fördernummer No. 765224 [FATIGUE] gefördert wird.



